



Landesverband
Baden-Württemberg

Baden-Württemberg, aber vernünftig und gerecht.



Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026

Beschlossen am 14.12.2025

Inhalt

Präambel	3
1. In den Frieden investieren statt in den Krieg.....	5
2. Vernunft für Baden-Württembergs Wirtschaft: Deindustrialisierung stoppen	8
2.1. Unser Wohlstand basiert auf Frieden.....	8
2.2. Mittelstand und Handwerk stärken.....	9
2.3. Automobilindustrie – Rückgrat, Identität und Zukunft Baden-Württembergs.....	9
2.4. Baden-Württemberg: Land der Tüftler und Erfinder	11
2.5. Verlässliche Energieversorgung	11
2.6. Investitionen in einen starken Standort Baden-Württemberg	11
2.7. Ausufernde Bürokratie abbauen.....	12
2.8. Fachkräfte für Baden-Württemberg ausbilden	13
3. Für eine soziale Wende in Baden-Württemberg.....	15
3.1. Gute Arbeit in der Transformation – Regionale Vision und soziale Absicherung.....	16
3.2. Wohnungskrise endlich beenden	17
3.3. Frauen stärken – Gleiche Chancen in Baden-Württemberg	19
3.4. Offene und vielfältige Kultur	21
4. Bildungskrise überwinden: Kurswechsel für Baden-Württembergs Schulen.....	23
4.1. Baustelle Schule: Personalnotstand und Reformstau beheben.....	23
4.2. Bei Kindern beginnen: Gleiche Startchancen in Baden-Württembergs Kitas.....	26
4.3. Soziale Infrastruktur an Schulen sichern – für Chancengleichheit.....	27
5. Freie Wissenschaft, starke Hochschulen, faire Studienbedingungen	29
5.1. Hochschulen für Frieden und akademische Freiheit.....	29
5.2. Demokratische und soziale Rechte der Studierenden und des akademischen Mittelbaus stärken	30
5.3. Vielfalt der Hochschulen erhalten und stärken	30
6. Schutz von Grundrechten, demokratische Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt.....	33
6.1. Demokratische Teilhabe	33
6.2. Gesellschaftlicher Zusammenhalt als Herzstück der Demokratie	34
7. Zuwanderung wirklich begrenzen – Integration voranbringen	35
8. Gesundheit, Pflege und Teilhabe – Gemeinwohl statt Profitlogik	37
8.1. Pflege und Versorgung.....	38
8.2. Psychische Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe	38
8.3. Geburtshilfe und Frauengesundheit.....	38

8.4. Strukturelle Verantwortung des Landes	39
8.6. Pharma, Arzneimittel und Versorgungssicherheit	39
9. Lehren aus der Corona-Zeit	40
10. Entschlossen für Sicherheit und Ordnung – Schutzauftrag des Staates und Freiheitsrechte im Einklang	42
10.1. Sicherheit ist staatliche Kernaufgabe.....	43
10.2. Sicheres und lebenswertes Lebensumfeld	44
10.3. Gewaltschutz on- wie offline: Ordnungspolitische Stärke trifft auf Kriminalprävention...	45
10.4. Personalmangel bei der Polizei beenden – Handlungsfähigkeit sichern	45
10.5. Schutz und Wertschätzung für alle Einsatzkräfte	46
10.6. Verfassungsschutz – kontrollieren und Befugnisse klar begrenzen.....	47
11. Für eine effektive Justiz in Baden-Württemberg.....	48
12. Bürgernähe und handlungsfähige Kommunen	50
12.1. Lebenswerte und handlungsfähige Kommunen für eine starke Heimat.....	50
12.2. Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz.....	51
13. Solide Finanz- und Strukturpolitik.....	53
14. Klima und Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft in Baden-Württemberg.....	55
14.1. Energiewende: Regional und vernünftig	55
14.2. Flächenschutz statt Zersiedlung - Natur und Arten schützen.....	56
14.3. Gegen Verschleißpolitik	57
14.4. Landwirtschaft: Für bäuerliche Unabhängigkeit statt Agrar-Konzerne	57
15. Sichere, gerechte und zukunftsfähige Mobilität für alle	59
15.1. Mobilität darf kein Luxus sein – Mobilität ist Daseinsvorsorge. Der Staat muss liefern..	59
15.2. Fahrplandichte erhöhen – Taktsystem statt Chaos	59
15.3. Schiene in der Fläche stärken	60
15.4. Rad- und Fußverkehr: Sichere Wege für kurze Distanzen	60
15.5. Mobilität und Aufenthaltsqualität	60
15.6. Smart Mobility: Intelligente Vernetzung ohne Überwachung	61
15.7. Stuttgart 21	62
15.8. Barrierefreie Mobilität für alle	62
15.9. Tarifgerechtigkeit: Mobilität ist Grundrecht.....	62

Präambel



Sehr geehrte Bürgerin, sehr geehrter Bürger,

am 8. März geht es um eine Richtungsentscheidung in Ihrem Bundesland!

Baden-Württemberg braucht endlich eine verlässliche Opposition für Frieden, Vernunft und Gerechtigkeit. Ich verspreche Ihnen: Nach 15 Jahren grün-geführter Landesregierung gibt es mit einer BSW-Fraktion im Stuttgarter Landtag kein Weiter so bürgerferner Politik, sondern mit uns geht es wieder um Ihre ganz konkreten Probleme und Hoffnungen.

Je stärker das BSW am 8. März wird, desto mehr können wir für Sie erreichen. Je stärker das BSW in den Landtag einzieht, desto lauter ist die Stimme für Frieden und Gerechtigkeit in der Politik Baden-Württembergs. Eine neue BSW-Fraktion im Stuttgarter Landtag wäre auch ein deutliches Signal nach Berlin, wo die Politik der schwarz-roten Bundesregierung jetzt schon so unbeliebt ist wie die desolatte Ampel nach drei Jahren.

Friedrich Merz ist wahrscheinlich der schlechteste Bundeskanzler in der Geschichte der Bundesrepublik. Merz startete mit einem großen Wahlbetrug, einem gigantischen schuldenfinanzierten Aufrüstungsprogramm. Seitdem hat der Kanzler nahezu jedes seiner Wahlversprechen gebrochen. Die Wirtschaft ist angesichts hoher Energiepreise und

Bürokratie-Gängelei weiter auf Talfahrt. Die Industrie – besonders in Baden-Württemberg – leidet unter der Wirtschaftspolitik aus Berlin, der Pleitegeier kreist über vielen Unternehmen und der Zustand unserer Infrastruktur ist eine Schande. Der Industriestandort und hunderttausende Arbeitsplätze sind in Gefahr – vor allem auch in Ihrem Bundesland. Kaufkraft und Wohlstand wurden bereits durch die hohe Inflation vernichtet. Menschen mit geringen Einkommen oder schmalen Renten kommen kaum noch über die Runden. Um das Wettrüsten finanzieren zu können, drohen rabiate Kürzungen bei sozialer Sicherheit, Gesundheit und Pflege.

Die Landesregierung Baden-Württembergs bietet dem Berliner Irrsinn leider kein Paroli, sondern trägt die wichtigsten Entscheidungen im Bundesrat sogar noch mit. Dass der Rüstungsetat von 52 auf 153 Milliarden Euro steigen wird, ist nur durch die Billigung Winfried Kretschmanns und anderer Länderchefs möglich. Während auch die Linke im Bundesrat zustimmte, hat das BSW die Kriegskredite abgelehnt.

Deutschland erlebt die größte Aufrüstung seit 1945. Statt unser Land mit Wehrpflicht und einer Militarisierung bis in die Schulen hinein „kriegstüchtig“ zu machen, braucht es eine Rückbesinnung auf die friedliche Beilegung von Konflikten und Abrüstung. Gegen eine Politik, die die Zukunft unseres Landes gefährdet und die direkte Kriegsgefahr für Deutschland erhöht, hat sich das BSW gegründet. Das sind die Prinzipien, die unser Handeln leiten:

In der Wirtschafts- und Energiepolitik muss wieder Vernunft Einzug halten, statt den Bürgern E-Autos und Wärmepumpen aufzuzwingen, die sich die meisten schlicht nicht leisten können. Löhne und Renten sind in Deutschland für zu viele zu niedrig, Steuern und Abgaben sind dagegen für Normalverdiener und Durchschnittsrentner zu hoch! Statt Freiheit und die Meinung des anderen zu achten, breitet sich ein autoritärer Politikstil aus, der den Bürgern vorschreiben will, wie sie zu leben und zu sprechen haben. Auf der anderen Seite lernen immer weniger Kinder in unseren

Schulen auch nur richtig lesen, rechnen und schreiben. All das gefährdet Gemeinsinn und Zusammenhalt und damit die Zukunft unseres Landes. Wirtschaftliche Vernunft, eine gerechte Leistungsgesellschaft, eine friedliche Außenpolitik, echte Meinungsfreiheit und ein Stopp der unkontrollierten Migration sind wichtige Schwerpunkte unserer Partei.

In Baden-Württemberg leiten fünf zentrale Forderungen unser Handeln:

1. Ihre Stimme für das BSW in Baden-Württemberg ist eine Stimme gegen ein Weiter so der alten Parteien. Wir werden uns kompromisslos für Frieden einsetzen. Dafür, dass die wahnwitzige Aufrüstung gestoppt wird, der Krieg in der Ukraine endet und die Gefahr eines dritten Weltkriegs gebannt wird. Cem Özdemirs Grüne haben im Bundesrat für die Wehrpflicht gestimmt. Wir unterstützen die Schulstreiks in Baden-Württemberg gegen die Wehrpflicht!

2. Ihre Stimme für das BSW in Baden-Württemberg ist eine Stimme dafür, dass künftig die Interessen von Familien, Arbeitnehmern, Unternehmen und Rentnern im Mittelpunkt der Politik stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Industrie geschützt wird. Das Verbrenner-Verbot ist Gift für Baden-Württemberg! Die Wirtschaft braucht preiswerte Energie und muss von unsinniger Bürokratie befreit werden. Kein Arbeitnehmer im Ländle soll weniger als 15 Euro in der Stunde verdienen und kein Rentner mit einer Rente bis 2000 Euro Steuern bezahlen müssen. Dafür braucht es Bundesratsinitiativen der nächsten Landesregierung!

3. Ihre Stimme für das BSW in Baden-Württemberg ist eine Stimme für exzellente Schulen, in denen jedes Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die besten Bildungschancen erhält. Wir setzen uns dafür ein, dass der Lehrermangel beendet wird und in den Grundschulen wieder das Erlernen der Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen im Vordergrund steht. Handys und Tablets, die den Wissenserwerb nachweislich erschweren, wollen wir aus den Klassenzimmern der Grundschulen verbannen.

4. Ihre Stimme für das BSW in Baden-Württemberg ist eine Stimme gegen die unkontrollierte Migration, die Kommunen und Bürger weiterhin überfordert. Mit uns gibt es Kontrolle und Begrenzung ohne Diskriminierung und Rassismus. Der zunehmenden Kriminalität begegnen wir mit einer bürgernahen Polizei und einer effektiven und schnellen Justiz. Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss das Land verlassen.

5. Ihre Stimme für das BSW in Baden-Württemberg ist eine Stimme für Meinungsfreiheit und gegen Cancel Culture, eine Stimme für die konsequente Aufarbeitung der Corona-Zeit durch einen Corona-Untersuchungsausschuss im Stuttgarter Landtag, der Verantwortliche vorlädt. Das BSW hat bereits in mehreren Landtagen Untersuchungsausschüsse eingesetzt. Auch Baden-Württemberg braucht eine Corona-Untersuchung! Monatelange Kita- und Schulschließungen, der unsägliche Umgang mit Altenheimen und die Ausgrenzung Andersdenkender sind aufzuarbeiten. Wer wegen Nichtbefolgung abstruser Regeln mit Geldbußen belegt wurde oder an den Folgen der Impfung leidet, muss entschädigt werden.

Das sind unsere Ziele.

Wir werben um Ihr Vertrauen.

Ihre



Sahra Wagenknecht

1. In den Frieden investieren statt in den Krieg

Nie seit dem Ende des Kalten Krieges war die Gefahr eines großen Krieges in Europa und der Welt so greifbar wie heute. Viele Menschen in Baden-Württemberg blicken mit Sorge in die Zukunft. Sie sehen einen entfesselten Militarismus, der unter dem Vorwand der "Zeitenwende" in atemberaubender Geschwindigkeit zur größten Aufrüstung seit Bestehen der Bundesrepublik geführt hat. Mit dem Beschluss vom 18. März 2025 hat der abgewählte Bundestag die Schuldenbremse faktisch aufgehoben – nicht etwa für Investitionen in Schulen, Krankenhäuser oder sozialen Wohnungsbau, sondern für Panzer, Raketen und Drohnen. Die CDU hat so, mit Unterstützung der Ampel-Parteien, im abgewählten Bundestag den Weg für ein historisches Aufrüstungspaket freigemacht. Und selbst die Linke hat in Landesregierungen, an denen sie beteiligt ist, im Bundesrat diesen Kriegskrediten zugestimmt. Auch sie hat damit zur Aufweichung der Schuldenbremse für Aufrüstung beigetragen. Wir sagen klar: Nein zu diesen Kriegskrediten!

Von Baden-Württemberg aus wird Krieg nicht nur politisch, sondern ganz konkret vorbereitet. Unser Bundesland ist ein zentraler Rüstungsstandort: Firmen wie Rheinmetall, Diehl, Elbit Systems, Thales oder Heckler & Koch produzieren Waffen, die weltweit in Kriegsgebieten eingesetzt werden. In Ulm ist das NATO-Kommando JSEC (Joint Support and Enabling Command) stationiert, das die schnelle Verlegung von NATO-Truppen an die Ostgrenze organisiert. In Stuttgart befinden sich mit EUCOM und AFRICOM die operativen US-Kommandozentralen für Europa und Afrika – von hier aus werden völkerrechtswidrige Drohnenangriffe koordiniert und globale Militäreinsätze geplant. In Calw hat das Kommando Spezialkräfte (KSK) seinen Sitz, dessen Skandale um rechtsextreme Netzwerke bis heute nicht aufgeklärt sind.

Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Waffenexporteur nach Israel. Diese Waffen

werden auch im Gazastreifen eingesetzt – in dicht besiedelten Gebieten, gegen zivile Infrastruktur wie Schulen, Krankenhäuser und Wohnhäuser. Damit trägt die Bundesregierung eine Mitverantwortung für israelische Kriegsverbrechen in Gaza und den Genozid. Der Krieg hat bereits mehr als 70.000 Menschen direkt das Leben gekostet, darunter bis zu 70 Prozent Frauen und Kinder. Wir fordern die Einhaltung und Überwachung des Waffenstillstands im Gazastreifen. Die Bundesregierung muss sich endlich für eine politische Lösung im Nahen Osten einsetzen, die Anerkennung eines Staates Palästina und das Ende der israelischen Besatzung. Dazu fordern wir den Stopp aller deutschen Waffenlieferungen an Israel und die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel.

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine ebenso wie die völkerrechtswidrige Kollektivbestrafung in Gaza. Waffen schaffen keinen Frieden. Sicherheit in Europa kann es nur geben, wenn sie gemeinsam gedacht wird – unter Einbeziehung aller Beteiligten und ihrer Sicherheitsinteressen. Jahrzehntlang hat die NATO dieses Prinzip verletzt. Das Ergebnis ist eine Eskalationsspirale aus Sanktionen, Waffenlieferungen und gegenseitigen Drohungen.

Wir wollen raus aus dieser Spirale! Baden-Württemberg darf sich nicht länger an einer Politik beteiligen, die Rüstung statt Diplomatie fördert. Wir wenden uns entschieden gegen Pläne von Ministerpräsident Kretschmann, die Forschung zu militarisieren und einen „Innovationscampus Sicherheit und Verteidigung“ einzurichten. Wir benötigen neue Abrüstungsinitiativen, Rüstungskonversion und eine Rückbesinnung auf Entspannungspolitik und zivile Konfliktlösung. Unsere Verantwortung aus der Geschichte heraus verbietet es, noch einmal den Weg der Konfrontation zu gehen.

Wir wollen keine Panzer auf unseren Straßen oder Kampfflugzeuge am Himmel, wir widersetzen uns jeglicher Kriegslogik in unseren Schulen!

Die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) in Baden-Württemberg wird aktuell auf Kriegsvorbereitung ausgerichtet und ausgeweitet. Mit über 40 Verbindungskommandos, besetzt mit Reservisten, ist die Bundeswehr tief in zivile Strukturen eingebunden. Wir wollen diese Militarisierung des Zivilstaates rückgängig machen und stattdessen die zivile Katastrophenhilfe durch moderne Ausrüstung und erweiterte Kapazitäten stärken. Die Unterordnung ziviler Infrastruktur (Gesundheit, Logistik, Verwaltung) unter militärische Planlogik und Verteidigungsszenarien ist mit einer Friedenspolitik unvereinbar. Statt Ressourcen in Kriegsvorbereitung zu investieren, müssen diese in echte Katastrophenbewältigung, Gesundheit und Soziales fließen.

Auch die Bundeswehrwerbung an Schulen und in Jobcentern muss ein Ende haben. In einem reichen Land wie Baden-Württemberg darf niemand gezwungen sein, aus sozialer Not in die Kaserne zu gehen. Friedenserziehung muss den Platz bekommen, den derzeit Jugendoffiziere und Bundeswehrvideos einnehmen.

Aufrüstung als Konjunkturprogramm und Jobmotor für die Wirtschaft angesichts der schwächelnden Automobilindustrie in Baden-Württemberg, ist politisch und ökonomisch ein Irrweg. Deshalb ist es menschlich und wirtschaftlich vernünftig, in den Frieden zu investieren statt in den Krieg. Baden-Württemberg hat die Möglichkeit, vom Rüstungsstandort zum Zentrum ziviler Hochtechnologie zu werden. Das geht aber nur, wenn die Landesregierung die Konversion aktiv unterstützt und kein öffentliches Geld mehr in die Rüstungsindustrie fließen lässt. Baden-Württemberg zeichnet sich seit Jahrzehnten durch eine aktive Friedensbewegung aus, die in die Entwicklung einer aktiven Friedenspolitik für das Land einbezogen werden kann.

Eine Stimme für das BSW ist eine Stimme gegen Krieg und Aufrüstung. Gegen die Brandstifter von heute und für eine echte Friedenspolitik.

Unsere Ziele:

- Militär raus aus Schulen, Rathäusern, Landratsämtern, und Krankenhäusern!
- Keine NATO-Manöver, keine Reaktivierung der NATO-Pipeline bei Bodelshausen!
- Schließung von US-Kommandozentralen (EUCOM, AFRICOM) und NATO-Stützpunkten wie JSEC in Ulm. Diese Standorte können in bezahlbaren Wohnraum, Kultur- und Innovationszentren umgewidmet werden.
- Auflösung des Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Calw.
- Keine Subventionen, Kredite oder Fördermittel für Rüstungsunternehmen. Statt "Innovationscampus Sicherheit und Verteidigung" fordern wir einen Rüstungskonversionsfonds.
- Zivilklauseln an baden-württembergischen Hochschulen verteidigen und flächendeckend einführen.
- Friedenserziehung statt Bundeswehrwerbung: Raus mit Offizieren aus Schulen und Jobcentern. Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr.
- Statt „Krisenvorsorge“ und Kriegstüchtigkeit in den Klassenzimmern fordern wir eine Friedenspädagogik, die lehrt Konflikte politisch zu lösen.
- Ausbau der Friedensbildung, Unterstützung von Friedensinitiativen und Städtepartnerschaften für Völkerverständigung.
- Baden-Württemberg muss den ICAN-Appell für ein atomwaffenfreies Land unterstützen und sich gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Deutschland stark machen.
- Diplomatie statt Sanktionen: Die Landesregierung muss sich im Bundesrat für Friedensverhandlungen einsetzen, nicht für Taurus-Raketen und Wirtschaftskriege.
- Wir lehnen die Wiedereinführung der Wehrpflicht strikt ab.

- Bundesratsinitiative: Strengere Kontrolle von Rüstungsexporten und Abschöpfung von Übergewinnen aus der Rüstungsindustrie, um Anreize für riskante Geschäfte zu reduzieren.
- Keine deutsche Beteiligung an US-amerikanischen geopolitischen Konflikten. Baden-Württemberg braucht wirtschaftliche Zusammenarbeit statt Konfrontation.

2. Vernunft für Baden-Württembergs Wirtschaft: Deindustrialisierung stoppen

Wirtschaften ist kein Selbstzweck: Ziel ist die nachhaltige Sicherung einer hohen Lebensqualität. Arbeiten ist für uns ein zentraler Ausdruck von Teilhabe und Selbstwirksamkeit eines jeden Menschen. Wir streben eine innovative Wirtschaft an, mit fairem Wettbewerb, gut bezahlten und sicheren Arbeitsplätzen, einem hohen Anteil industrieller Wertschöpfung, einem gerechten Steuersystem und einem starken Mittelstand. Unser Ziel ist eine faire Leistungsgesellschaft mit echter Chancengleichheit und einem hohen Grad an sozialer Sicherheit und Mobilität. Wir werden die Wirtschaftspolitik wieder an Vernunft und Gerechtigkeit orientieren – statt an Ideologie und Egoismus.

Baden-Württemberg ist ein industrielles Schwergewicht. Man beneidet uns um weltbekannte, erfolgreiche Unternehmen, einen starken Mittelstand und die vielen sogenannte „Hidden Champions“. Tüftler und Erfinder – als Beschäftigte oder Unternehmer – prägten diesen Erfolg, der durch rigorose Sparpolitik von Grün, Rot und Schwarz in den letzten 20 Jahren zu nichts gemacht wurde. Das Bildungssystem, einst vorbildlich, verfällt in atemberaubendem Tempo. Investitionen in Infrastruktur wurden jahrelang sträflich unterlassen. Die ökologische Wende blieb heiße Luft – ebenso wie der Ausbau der E-Mobilität. Die Wohnungsnot treibt die Mieten in die Höhe und löst dadurch soziale Not aus. „Häuslebauer“ zu sein, ist ein Traum für viele, aber erfüllen können ihn sich immer weniger.

Hohe Energiepreise treiben exportorientierte Firmen in die Insolvenz oder ins Ausland. Das Ergebnis dieser Politik: Unsere industrielle Basis schrumpft, wir sind seit zwei Jahren in einer Rezession, und der Ausblick vieler Institute ist düster. Eine schleichende Deindustrialisierung ist längst im Gange – mit weitreichenden Folgen

auch für Mittelstand und Handwerk. Diese Abwärtsspirale muss gestoppt werden!

2.1. Unser Wohlstand basiert auf Frieden

In wirtschaftlichen Notlagen liebäugeln Unternehmen mit den riesigen Rüstungsbudgets. Der grüne Ministerpräsident fordert gar die Rüstungsindustrie zu einem industriellen Schwerpunkt Baden-Württembergs zu entwickeln. Doch dies kann den Absturz von Unternehmen aus Automobil und Maschinenbau bei weitem nicht abfangen – und das wäre auch nicht sinnvoll. Rüstungsgüter sind konsumtiv und der am wenigsten wirksame Hebel der Wirtschaftsförderung. Gleichzeitig begeben wir uns auf diesem Weg wirtschaftlich in eine Abhängigkeit von der Rüstungsindustrie. Im Zweifel stehen so wirtschaftliche Interessen in direkter Abwägung zu diplomatischen und friedenspolitischen Bemühungen. Die maßlose Aufrüstung ist eine Vergeudung von Steuergeldern. Krieg bedeutet neben einer humanitären Katastrophe die Zerstörung von Ressourcen. Panzer stellen nichts her – Werkzeugmaschinen schon. Wohlstand auf Waffenproduktion aufzubauen, ist kein tragfähiges Zukunftsmodell. Das BSW will die Rückkehr zur friedlichen internationalen Zusammenarbeit.

Das ist auch deshalb notwendig, da fast 40 Prozent aller Waren, die in Baden-Württemberg hergestellt werden, in den Export gehen. Kein anderes Bundesland ist so auf Frieden und internationalen Handel angewiesen wie unseres. Die orientierungslose Außenpolitik der letzten Jahre, Kriege, Konflikte, Sanktionen und Zölle kosten hierzulande Arbeitsplätze. Die Abhängigkeit von den unberechenbaren USA ist größer geworden statt kleiner. Der Handel mit China bricht unter anderem wegen der ohne Not verhängten Strafzölle auf chinesische Autos stark ein und die vielen Sanktionspakete gegen Russland schaden uns selbst.

Baden-Württembergs Industrie braucht eine Außenwirtschaftspolitik, die auf stabile, friedliche Handelsbeziehungen mit möglichst vielen Partnern setzt, statt auf neue Blockbildung. Wir treten für eine Wirtschaftspolitik ein, die unsere Versorgung mit Rohstoffen und preiswerter

Energie sicherstellt und internationale Lieferketten stabilisiert.

Unsere Ziele:

- Keine Umwandlung ziviler Industrie zu Rüstungsbetrieben.
- Rückkehr zur friedlichen internationalen Zusammenarbeit und einer Wirtschaftspolitik, die auf stabile und friedliche Handelsbeziehungen mit möglichst vielen Partnern setzt.
- Keine neue Blockbildung und ausufernde Sanktionen.
- Wir fordern die Wiederinbetriebnahme der Nord-Stream-Pipeline.

2.2. Mittelstand und Handwerk stärken

Baden-Württemberg wird um seinen starken Mittelstand weltweit beneidet. 99 Prozent aller Unternehmen in Baden-Württemberg gehören zu den kleinen und mittleren Unternehmen, ebenso wie zwei Drittel aller Arbeitsplätze. Mehr als ein Drittel des Gesamtumsatzes von Baden-Württemberg wird durch mittelständische Unternehmen erwirtschaftet. Sie tragen wesentlich zur Lebensqualität des ländlichen Raums bei, sind regional verankert und bestehen häufig aus Familienunternehmen, die im Rahmen der dualen Ausbildung eng mit Kommunen und Bildungsstätten kooperieren. Nicht weniger gilt für die Handwerker in unserem Land. Sie sind fast immer Mittelstand im besten Sinne. Als „Macher“ sind sie für Gesellschaft und Wirtschaft unerlässlich. Doch alle leiden unter den von der Politik selbst geschaffenen Problemen. Wir wollen das Handwerk bestmöglich in seiner Arbeit unterstützen. Handwerk und Mittelstand leiden besonders unter hohen Energiekosten, der überbordenden Bürokratie und unter dem eklatanten Mangel an Arbeitskräften. Unterfinanzierte Kommunen, unzureichende Infrastruktur und marode Schulen machen kleinen und mittleren Firmen das Leben schwer. Während Großkonzerne ihre Belange durchsetzen können, ist der Mittelstand den bürokratischen Gesetzgebungen von EU, Bund und Land ausgeliefert. Großkonzerne „optimieren“ ihre Steuern über komplexe Konstrukte. Der Mittelstand hat diese Möglichkeit nicht. Es kann nicht sein, dass

mittelständische Betriebe stärker belastet werden als Großkonzerne.

Wir wollen dafür sorgen, dass Kommunen ausreichend finanziert sind, um den lokalen Mittelständlern und Handwerkern die benötigte Infrastruktur an Straßen, Energie und Internet zu garantieren. Das duale Ausbildungssystem wollen wir erheblich stärken, damit dem Arbeitskräftemangel auf dem Land begegnet werden kann.

Unsere Ziele:

- Sicherstellung der ausreichenden Finanzierung der Kommunen.
- Mittelständische Betriebe dürfen nicht stärker belastet werden als Großkonzerne.
- Stärkung des dualen Ausbildungssystems.

2.3. Automobilindustrie – Rückgrat, Identität und Zukunft Baden-Württembergs

Die Automobilindustrie ist nicht nur ein Wirtschaftszweig, sondern das identitätsstiftende Fundament unseres Bundeslandes. Sie ist das technologische Herz einer führenden europäischen Wirtschaftsregion und Vorreiter der internationalen Kompetenz im Fahrzeugbau.

Hier entwickelten Carl Benz und Gottlieb Daimler das Automobil. Hier haben wir ein einzigartiges Ökosystem von Weltkonzernen und mittelständischen Spezialisten – Systemlieferanten, Teilefertigung, technischen Diensten und spezialisiertem Handwerk geschaffen, das Wohlstand schafft und unsere Gesellschaft prägt. In vielen Regionen hat sich eine extreme Verdichtung von Automobilzulieferern entwickelt, die sich gegenseitig stabilisieren und verstärken – eine Wertschöpfungskette mit Tiefenstruktur. Viele Zulieferer sind familiengeführte Betriebe – regional verwurzelt, mit Spezialisierungen, die weltweit einzigartig sind. Es sind Unternehmen, die ihre Kompetenz über Jahrzehnte aufgebaut haben und nicht ohne Schaden einfach umschwenken können.

Rund 500.000 Menschen arbeiten direkt und indirekt in der Automobilindustrie Baden-Württembergs – einer von vier Arbeitsplätzen hängt

an diesem Sektor. In den Regionen Stuttgart und Neckar-Alb konzentriert sich das bedeutendste Automobil-Cluster Europas: Zwei Drittel des baden-württembergischen Branchenumsatzes, etwa 90 Milliarden Euro jährlich, entstehen hier. Die Automobilindustrie ist der zweitgrößte industrielle Arbeitgeber des Landes und der umsatzstärkste Industriezweig – rund ein Viertel des gesamten deutschen Automobilbranchenumsatzes wird im Südwesten erwirtschaftet.

Diese Zahlen beschreiben nicht abstrakte Ökonomie. Sie bedeuten für Zehntausende Familien tarifgebundene Arbeitsplätze mit verlässlichen Einkommen, betriebliche Altersvorsorge und Betriebsratsmitbestimmung. Die Kaufkraft aus der Automobilindustrie belebt Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen und lokale Wirtschaft. Sie finanziert über Steuern kommunale Infrastruktur, Schulen und Kultureinrichtungen.

Die Automobilindustrie durchlebt eine existenzbedrohende Krise – allerdings nicht primär wegen des technologischen Wandels. Das Kernproblem liegt in ideologiegetriebener Politikgestaltung ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Schäden und sozialen Folgen. Betriebe wurden ermutigt, Milliardensummen in E-Mobilität zu investieren, während gleichzeitig verlässliche Rahmenbedingungen fehlten. Mercedes' „Electric-only“-Strategie und Porsches Cellforce als Batterie-Produzent: Milliardeninvestitionen sind nun zu Verlustgeschäften geworden. Das ist nicht Marktversagen – das ist Resultat von Planungsunsicherheit und Widersprüchlichkeit staatlicher Signale. Mit klimaneutralen Kraftstoffen betriebene hocheffiziente Verbrennungsmotoren werden noch lange eine wichtige Rolle spielen.

Die Transformation braucht ein kluges Gesamtkonzept, verlässliche Rahmenbedingungen, ein realistisches Tempo und Technologieoffenheit. Die Autoindustrie Baden-Württembergs hat Weltklasse-Potenzial bei Patenten und Innovationen. Dieses Potenzial kann nur entfaltet werden, wenn Planungssicherheit für Betriebe und Beschäftigte besteht – keine ständige politische Verunsicherung.

Unsere Ziele:

- Technologieoffenheit statt Verbrenner-Verbot: Das BSW sagt klar Nein! zu ideologisch motivierten Ausstiegsgesetzen.
- Planungssicherheit für Betriebe und Beschäftigte durch eine kluge und verlässliche Industriepolitik.
- Mitbestimmung bei Transformationsentscheidungen: Wir wollen, dass Arbeitnehmer, Betriebsräte und Gewerkschaften paritätisch in Umstrukturierungs- und Investitionsentscheidungen der Betriebe eingebunden sind.
- Tarifbindung und faire Lohnentwicklung stärken.
- Gezielte Unterstützung für kleine und mittelständische Zulieferer: Regionale Transformationsnetzwerke dauerhaft finanzieren. Beratung, Weiterbildung und Umstrukturierungshilfen für Betriebe, die sich auf neue Technologien und Märkte ausrichten müssen.
- Zuverlässige Ladeinfrastruktur, die im Bezahlssystem einheitlich und benutzerfreundlich ist. Das Laden von Fahrzeugen darf nicht komplizierter und teurer sein als Tanken.
- Investitionen in neue Mobilitätsfelder: Gezielte Förderung für Innovationen in autonomer Mobilität, neue Speichertechnologien, integrierte Mobilitätslösungen und digitale Dienste – Felder, in denen die deutsche Automobilindustrie weltführend sein kann.
- Erhalt von Forschung und Entwicklung im Südwesten. Baden-Württemberg muss Innovations- und Entwicklungszentrum bleiben.
- Bewahrung des Handwerks und der dualen Ausbildung: Die technische Ausbildung und das spezialisierte Handwerk im Automobilsektor sind Wettbewerbsvorteil. Investitionen in moderne Ausbildungsstätten und duale Modelle sichern Fachkräfte.
- Europäische Zusammenarbeit stärken: Strategische Neuausrichtung auf europäische Produktions- und

Zuliefernetzwerke. Abhängigkeit von globalen Lieferketten reduzieren; regionale Spezialisierung in Europa stärken.

2.4. Baden-Württemberg: Land der Tüftler und Erfinder

Erfinden und Tüfteln sind tief in der Identität unseres Bundeslandes verwurzelt. Bei den Patentanmeldungen liegt Baden-Württemberg in Deutschland mit Abstand an der Spitze. Fast 40 Prozent der deutschen Patentanmeldungen stammen aus Baden-Württemberg. Wir müssen dafür sorgen, dass das so bleibt. Der Wohlstand unseres Bundeslandes hängt auch davon ab, ob wir es schaffen, neue Industrien anzusiedeln, Zukunftstechnologien zu entwickeln und Gründer zu fördern.

Die Start-up-Szene braucht funktionierende Universitäten und leistungskräftige Unternehmen, um moderne Geschäftsmodelle zu skalieren. Die Gründer-Szene braucht die Unterstützung des Staates, ohne diese zu bevormunden oder sie von Wagniskapital von privater Seite abhängig zu machen. Dazu müssen wir zuallererst das Dickicht aus unüberschaubaren Fördertöpfen in einem Zukunftsfonds Baden-Württemberg konzentrieren und für Anleger öffnen. In Baden-Württemberg gab es zwischen 2021 und 2024 nach Angaben des Finanzministeriums über 300 verschiedene Förderprogramme, die komplex beantragt und verwaltet werden müssen. Unsere Idee eines Zukunftsfonds soll sich zukünftig an Gründungen beteiligen und die Gewinne im Erfolgsfall in den Fonds zurückfließen. Auf diese Weise können die Risiken von Gründungen durch flexible Finanzierungsmöglichkeiten von staatlicher und nichtstaatlicher Seite begrenzt werden. Wir wollen für Gründer bürokratische Hürden reduzieren und unterstützen sie bei der Vernetzung mit potenziellen Kapitalgebern und Forschungseinrichtungen.

Unsere Ziele:

- Konzentration der unüberschaubaren Fördertöpfe in einem Zukunftsfonds Baden-Württemberg.
- Ansiedlung neuer Industrien und Entwicklung von Zukunftstechnologien.

- Reduzierung bürokratischer Hürden für Gründer.
- Stärkung der Bildung auf allen Ebenen als Grundlage für Innovation.
- Unterstützung bei der Vernetzung von Gründern mit potenziellen Kapitalgebern und Forschungseinrichtungen.

2.5. Verlässliche Energieversorgung

Fast 40 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung Baden-Württembergs werden im produzierenden Gewerbe erbracht. Unsere starke Industriestruktur zeigt, dass wir besonders von den hohen Energiepreisen und der Rezession der letzten Jahre betroffen sind. Gleichzeitig ist die von der grün geführten Landesregierung versprochene energetische Transformation krachend gescheitert: 2024 gingen acht Windräder statt der geplanten 100 ans Netz. Mit Windkraft allein kann man den hochentwickelten Industriestandort Baden-Württemberg nicht betreiben.

Unsere Energiepolitik werden wir wieder vom Bedarf der Betriebe und der Bevölkerung ableiten. Solange die Erneuerbaren nicht ausreichend Energie liefern, können wir auf fossile Energieträger nicht verzichten. Eine exportstarke Industrie braucht wettbewerbsfähige Energiepreise und Versorgungssicherheit. Energieimporte sollten sich am Kriterium des niedrigsten Preises orientieren.

Unsere Ziele:

- Gewährleistung wettbewerbsfähiger Energiepreise und Versorgungssicherheit für die exportstarke Industrie.
- Energiepolitik an den Bedarfen der Bürger ausrichten und Energie dort beziehen, wo sie am günstigsten ist.

2.6. Investitionen in einen starken Standort Baden-Württemberg

Wider jede ökonomische Vernunft haben CDU, Grüne und SPD die Infrastruktur in Baden-Württemberg in den letzten 20 Jahren kaputtgespart. Die sog. „schwarze Null“ hat eine Spur der Verwüstung hinterlassen, die in allen Kommunen greifbar ist. Wir müssen jahrelang unterlassene Investitionen dringend nachholen – dank „schwarzer Null“ jetzt zu verdoppelten

Baupreisen und hohen Zinsen. Laut einer Studie des DGB beträgt der Investitionsbedarf in Baden-Württemberg 165 Milliarden Euro, um den Investitionsstau abzubauen und das Land fit für Herausforderungen wie den Klimawandel, die Digitalisierung und Demografie zu machen. Der ökonomische Schaden der Sparpolitik an unserem Land und der Zeitverlust sind immens. War jedoch zuvor noch nicht einmal Farbe für die Klassenräume in Schulen da, liegt jetzt im Bund eine Billion Euro für Rüstung und Infrastruktur bereit. Davon ist mehr als die Hälfte für die unproduktive Rüstungsindustrie vorgesehen. Man will allen Ernstes die „konventionell stärkste Armee Europas“ aufbauen, während man den Sozialstaat kaputtspart.

Ein modernes Baden-Württemberg braucht eine moderne Infrastruktur. Zahlreiche Brücken sind marode, Straßen, Schienen, digitale Netze und Schulgebäude teilweise seit Jahren sanierungsbedürftig. Wir brauchen eine Infrastruktur-Garantie für Baden-Württemberg. Wir wollen staatliche Investitionen der Zivilgesellschaft zugutekommen lassen statt der Rüstung. Massive Rüstungsinvestitionen lehnen wir ab. Transport, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Energie- und Wasserversorgung wollen wir am Gemeinwohl ausrichten und nicht am Profit. Neben der dringenden erforderlichen Infrastruktur-Sanierung müssen Gesundheit, Bildung und Wohnen zu Schwerpunkten der Landesausgaben werden.

Baden-Württemberg muss seinen Anteil am Sondervermögen des Bundes mit Eigenmitteln um mindestens 30 Prozent aufstocken, um den Wirtschaftsstandort zu stärken. Angesichts der drängenden Probleme in unserem Land müssen wir den neu verfügbaren finanziellen Spielraum der Schuldenbremse von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts konsequent nutzen.

Unsere Ziele:

- Infrastruktur-Garantie für Baden-Württemberg und eine Studie zur Erhebung der Infrastrukturmängel des Landes.
- Staatliche Investitionen der Zivilgesellschaft zugutekommen lassen. Massive Rüstungsinvestitionen lehnen wir ab.

- Transport, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Energie- und Wasserversorgung am Gemeinwohl ausrichten.
- Konsequente Nutzung des finanziellen Spielraums der Schuldenbremse.

2.7. Ausufernde Bürokratie abbauen

Die überbordende Bürokratie ist insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen längst ein Dauerbrenner und ständige Frustrationsquelle. Die Vielzahl von Berichten, Offenlegungen, Nachweispflichten, Erklärungen, Audits, Meldestellen und Diversity-Programmen ist Ausdruck einer Misstrauensgesellschaft, die nicht mehr auf Vernunft und auf Dialog setzt. Unternehmen werden durch den Staat gelähmt. Die Bürgerinnen und Bürger werden zu Bittstellern.

Die Folge sind Kostenbelastungen, die vor allem kleine und mittlere Unternehmen besonders hart treffen, von Förderchancen ausschließen und Innovationen verhindern. Eine Anfrage der ehemaligen Bundestagsgruppe Bündnis Sahra Wagenknecht hat offengelegt: Unter der Ampel-Regierung wurden die Bürokratiekosten für Unternehmen so hoch wie nie zuvor. Die Wirtschaft wird zunehmend durch Vorgaben ausgebremst, die weder praktikabel noch notwendig sind. Dieses Mehr an Bürokratie ist auch in Baden-Württemberg spürbar – und es kostet nicht nur Geld, sondern auch Vertrauen in den Staat.

Das zentrale Problem liegt in einer veralteten Verwaltungslogik, die Misstrauen statt Dialog zur Grundlage hat. Viele Behördenprozesse sind so konzipiert, dass sie von vornherein Kontrolle vor Vertrauen stellen.

Das BSW sagt klar: Wir wollen die Verwaltung neu aufstellen: Eine effiziente Verwaltung unterstützt und steigert Produktivität. Jede Entscheidung muss von einem Ermöglichungsverständnis geleitet sein. Wir sehen und gestalten den Staat als Partner von Bürgern und Unternehmen.

Das bedeutet konkret: Vertrauensbasierte Kommunikation statt starrer Dokumentationspflichten: Statt Unternehmen zur Ablage von Stapeln an Nachweisen zu verdammen, können digitale Schnittstellen direkte Datenabfragen

ermöglichen – mit gegenseitigem Vertrauen, nicht gegenseitiger Verdächtigung. Widersprüche zwischen Bundes-, Landes- und kommunalen Vorgaben führen zu Handlungsunsicherheiten und Verzug: Wir wollen transparente Regelwerke statt unübersichtlicher Regelkaskaden, die kein normaler Mensch noch durchschauen kann. Eine Digitalisierung, die komplexe Verfahren noch komplizierter macht, löst keine Probleme.

Unsere Ziele:

- Systematische Bestandsaufnahme staatlicher Berichts- und Nachweispflichten. Ziel: Mindestens 20 Prozent Reduktion innerhalb der Legislatur.
- „One-in-two-out“-Regel einführen: Für jede neue bürokratische Belastung fallen zwei alte weg.
- Bundesratsinitiative: Vereinfachte Buchführung, reduzierte Meldepflichten und Verzicht auf redundante Nachweise als Standard für Unternehmen bis 250 Mitarbeiter, Handwerk und Freiberufler.
- Digitalisierung hat dort Priorität, wo sie Prozesse wirklich vereinfacht – nicht dort, wo sie Kontrolle verschärft.
- Ein zentrales, benutzerfreundliches Online-Portal, über das Bürger und Unternehmen alle Anliegen mit der öffentlichen Verwaltung abwickeln. Nicht als digitale Kopie von Behördenchaos, sondern als echte Vereinfachung.

2.8. Fachkräfte für Baden-Württemberg ausbilden

Während die strukturelle Krise der Wirtschaft momentan den Mangel an Fachkräften überlagert, zeigen Prognosen ein dramatisches Szenario: 2035 werden schätzungsweise fast 380.000 Arbeitsstellen unbesetzt bleiben. Dies führt zu massiven volkswirtschaftlichen Verlusten – bis 2035 entgehen uns etwa 170 Milliarden Euro an Wertschöpfung, die durch ausreichend Fachkräfte generiert werden könnten.

Die Bekämpfung des Fachkräftemangels muss beim eigenen Potential beginnen. 2022 gab es in Baden-Württemberg fast 400.000 junge

Menschen zwischen 20 und 34 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Ein Skandal!

Wir müssen Wert auf gute Ausbildungen mit attraktiven Vergütungen legen, die jungen Menschen eine eigenständige Lebensführung ermöglicht. Berufsqualifizierungen, Meister-Weiterbildungen und Umschulungsprogramme wollen wir stärker fördern und bewerben.

Der Fachkräftemangel ist auch Ergebnis struktureller Defizite im Bildungssystem: zu wenige Lehrkräfte, daraus resultierender Unterrichtsausfall und unzureichende Ausstattung der Schulen. Wir brauchen mehr Investitionen in Bildung, kleinere Klassen und eine praxisnahe Berufsorientierung bereits in der Schule, damit junge Menschen ihre Talente und Interessen früh entdecken können.

Im Gesundheitswesen herrscht akuter Fachkräftemangel. Wir fordern deutlich mehr Medizinstudienplätze in Baden-Württemberg und weitere Reformen im Vergabeverfahren. Wir wollen den Zugang verbreitern, die Transparenz verbessern, die Zusätzliche Eignungsquote (ZEQ) erhöhen und Bewerber mit medizinischer Vorausbildung und der Bereitschaft zur Landarzt-tätigkeit stärker gewichten.

Ausbildungsplätze in der Pflege wollen wir massiv ausbauen und die Ausbildung finanziell stärker fördern. Fachkräfte aus ärmeren Ländern abzuwerben, ist nicht die Lösung – wir müssen selbst ausbilden.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in Baden-Württemberg durch zwei Faktoren begrenzt: mangelnde Kinderbetreuungsinfrastruktur (fehlende Krippenplätze und Ganztagschulen) und unzureichende Pflegeangebote für Angehörige. Dies zwingt Frauen in Teilzeitarbeit oder Berufspausen. Die Lösung erfordert drei Investitionen: flächendeckende Kinderbetreuung, Ausbau von Ganztagschulen und wohnortnahe Pflegeangebote mit professioneller Beratung. Diese Maßnahmen sind nicht nur Sozialpolitik – sie sind auch Wirtschaftspolitik gegen Fachkräftemangel.

Arbeitsmigration kann Teil der Lösung sein, muss aber klar von der Flüchtlingspolitik getrennt werden. Für ausländische Fachkräfte wollen wir die Attraktivität Baden-Württembergs stärken – durch schnellere Arbeitsmarktzugänge bei Beibehaltung strikter Qualifikationskriterien. Allerdings lehnen wir Anwerbeprogramme für hochqualifizierte Fachkräfte aus dem globalen Süden ab, wenn diese Länder selbst unter Fachkräftemangel leiden und dadurch ihre eigene Entwicklung gefährdet wird. Dies ist nicht nur ethisch geboten, sondern auch wirtschaftlich nachhaltig.

Unsere Ziele:

- Berufsqualifizierungen, Meister-Weiterbildungen und Umschulungsprogramme stärker fördern.
- Individuelle Berufsberatung ausbauen – lokal und digital.
- Medizinstudienplätze erhöhen, Zugang erweitern.
- Pflegeausbildung ausbauen und besser finanzieren.
- Trennung von Arbeitsmigration und Flüchtlingspolitik.
- Schnellerer Zugang zum Arbeitsmarkt für ausländische Fachkräfte in Bereichen, in denen Fachkräftemangel besteht unter Beibehaltung der erforderlichen Qualifikationskriterien.
- Kitaplätze und Ganztagschulangebote massiv erweitern.
- Entlastung und Unterstützung pflegender Angehöriger durch wohnortnahe Pflegeangebote und Beratung.

3. Für eine soziale Wende in Baden-Württemberg

Seit Jahren wächst auch in Baden-Württemberg die soziale Ungleichheit. Millionen Menschen arbeiten hart, um sich und ihren Familien ein gutes Leben zu ermöglichen. Sie sind es, die unsere Gesellschaft am Laufen halten und einen Großteil der Steuern zahlen. Doch statt dafür den gebührenden Respekt und soziale Sicherheit zu erhalten, ist ihr Leben in den letzten Jahrzehnten unsicherer und schwerer geworden.

Trotz Vollzeitstelle reicht das Einkommen bei vielen nicht mehr aus, um über den Monat zu kommen. Das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft gilt immer seltener. Ungenügend bezahlte Arbeit führt in der Folge zu geringen Renten, daher setzen wir uns über eine Bundesratsinitiative für einen Mindestlohn von 15 Euro ab dem 1. Juli 2026 ein.

Mit der zunehmenden Verlagerung von Unternehmensstandorten ins Ausland wächst bei vielen die Angst vor Jobverlust. Der industrielle Kern des Landes ist gefährdet, ganze Regionen drohen wirtschaftlich den Anschluss zu verlieren.

Diese Angst ist umso größer, als die neue Grundsicherung eine erhebliche Verschlechterung für Arbeitslose mit sich bringt. Das betrifft nicht nur die drastisch verschärften Sanktionen. Im Bürgergeld blieb das eigene Vermögen im ersten Jahr des Bürgergeldbezugs bis zu einer bestimmten Höhe (bei einer vierköpfigen Familie 85.000 Euro) unangetastet. Auch sein Zuhause musste man ein Jahr lang nicht verlassen, um in eine günstigere Wohnung umzuziehen. Diese sogenannte Kulanz soll jetzt aufgehoben werden. Gleichzeitig wird wieder eingeführt, dass die Vermittlung in einen Job, egal welcher Art, Vorrang von einer Qualifizierung hat. Das ist für eine dauerhafte Rückkehr in den normalen Arbeitsmarkt kontraproduktiv. Es erhöht den Druck auf die Arbeitslosen und damit auch die Angst der Beschäftigten vor Arbeitslosigkeit enorm.

Zugleich nimmt die Altersarmut zu und die Schlangen an den Tafeln werden länger. Millionen ältere Menschen können nach einem langen Arbeitsleben ihren Ruhestand nicht genießen, weil ihre Renten viel zu niedrig sind. Gesetzliche Renten unter 2000 Euro sollten steuerfrei bleiben. Dazu muss die nächste Landesregierung eine Initiative in den Bundesrat einbringen. Wir fordern ein Rentensystem nach dem Vorbild Österreichs, wo die Renten im Schnitt 800 Euro höher sind. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen, auch Abgeordnete, Selbständige und Beamte. Es darf nicht sein, dass unser Rentensystem zehn Prozentpunkte unter dem EU-Schnitt liegt.

Auch in Baden-Württemberg wurden über Jahre hinweg Wohnungen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Arztpraxen und andere gesellschaftlich wichtige Infrastrukturen an renditeorientierte Investoren verkauft. Die Folgen: steigende Preise, schwindende Qualität und eine zunehmende Versorgungslücke, vor allem auf dem Land.

Zahlreiche gesellschaftliche Probleme bleiben ungelöst. Es fehlt an ausreichend Frauenhäusern, in vielen Regionen gibt es keine sichere Unterbringung für von Gewalt betroffene Frauen. Auch Obdachlose finden in vielen Kommunen keine angemessene Unterkunft.

Wir wollen den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts stoppen und die Politik wieder am Gemeinwohl ausrichten. Unser Ziel ist eine faire Leistungsgesellschaft mit echter Chancengleichheit, sozialer Sicherheit und einem verlässlichen Sozialstaat – der Ängste abbaut und Menschen in Krisensituationen schützt.

Bei lebenswichtigen Leistungen wie Gesundheit, Pflege, Energie, Wasser und Wohnen muss das Gemeinwohl Vorrang haben. Wir setzen uns für eine Versorgungsstruktur ein, bei der Qualität und Bezahlbarkeit für die Bürger an erster Stelle stehen. Der Zugang zu staatlichen Leistungen und öffentlicher Infrastruktur darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Baden-Württemberg braucht eine soziale Wende.

3.1. Gute Arbeit in der Transformation – Regionale Vision und soziale Absicherung

Die „Vierte industrielle Revolution“ mit Automatisierung, Vernetzung und Künstlicher Intelligenz – einhergehend mit Dekarbonisierung und veränderten Lieferketten – trifft die Menschen in Baden-Württemberg mit voller Wucht. Nicht abstrakt, sondern konkret in ihren Berufsbiografien, Einkommen und Lebensperspektiven.

In den nächsten fünf Jahren könnten durch diese Transformationstreiber allein im Automobilsektor 66.000 Arbeitsplätze verloren gehen. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Land in Auftrag gegebene aktuelle Strukturstudie, die durch angekündigte Stellenstreichungen bei Porsche, ZF, Bosch, Trumpf und vielen weiteren untermauert wird. Für das BSW sind diese Zahlen mehr als bloße Statistik: Sie bedeuten 66.000 Menschen mit Familien, Hypotheken und Lebensentwürfen, die aus ihrer Arbeitserfahrung, gutem Einkommen und immer auch einem Teil ihrer sozialen Teilhabe gerissen werden.

Die etablierte Politik verleugnet die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen dieser Transformation und handelt nicht. Arbeitsplatzabbau ohne neue Perspektiven, Einkommensverzichte ohne Gegenleistung und staatlicher Sozialabbau lösen keine Probleme – sie verschärfen sie und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ganze Regionen haben ihre wirtschaftliche Identität in der Automobilindustrie. Wenn diese transformiert, dann transformieren die Regionen selbst – mit ihrer Finanzkraft, ihren sozialen Angeboten, der Anziehungskraft für Fachkräfte und kulturellen Vitalität.

Der Staat darf den wirtschaftlichen Umbau nicht als reine marktbedingte Bereinigung abtun. Regionen und ihre Menschen brauchen in diesem Prozess Unterstützung, politische Gestaltungskraft und Vision. Das BSW macht sich deshalb auch in Baden-Württemberg konsequent stark für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft. Wir stemmen uns dagegen, wegbrechende Arbeitsplätze zu akzeptieren und entwickeln Beschäftigungsperspektiven – durch Investitionen in Forschung, Innovation und

Zukunftstechnologien. Wir stehen solidarisch an der Seite der Beschäftigten und ihrer Familien. Wir schauen nach vorn und holen zukunftsfähige Geschäftsfelder, funktionierende Geschäftsmodelle mit gezielten Förderungen, überzeugenden Standortbedingungen und exzellenter Bildung nach Baden-Württemberg.

Wir wollen den Strukturwandel fair, solidarisch und regional verantwortungsvoll ausgestalten. Gute Arbeit entsteht nicht von selbst. Neben der originären Arbeitsgestaltung in den Betrieben sind einkommens-, beschäftigungs- und sozialpolitische Rahmenbedingungen entscheidende Handlungsfelder. Die Gewerkschaften dürfen in dieser Phase nicht geschwächt, sondern müssen gestärkt werden. Sie sind Partner und Mitdenker, nicht Hindernis.

Konkret heißt das: Transformation findet in den Regionen statt, gestaltet von lokalen Akteuren: Betrieben, Gewerkschaften, Kommunen, Wissenschaft und Verbänden. Diese regionalen Akteure brauchen verlässliche finanzielle und institutionelle Unterstützung. Sie müssen Transformationsstrategien entwickeln, Fachkräfte qualifizieren, neue Geschäftsmodelle pilotieren und Übergangsperspektiven für Arbeitnehmer schaffen.

Der Staat muss gezielt chancenreiche neue Geschäftsmodelle fördern: Wasserstofftechnologie, batterietechnische Speicher, digitale Mobilitätsdienste, Smart-Factory-Lösungen, grüne Infrastruktur. Neue Branchen brauchen staatliche Aufträge, Investitionen und Risikoübernahme. Wo der Staat neue Geschäftsmodelle gezielt fördert, entstehen oft bessere Arbeitsplätze.

Soziale Absicherung ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Transformation ohne soziale Absicherung führt zu Dauer-Arbeitslosigkeit, Armut, Abwanderung von Fachkräften und dem Zusammenbruch regionaler Infrastruktur. Deshalb wollen wir Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme massiv ausbauen und finanzieren, Lohnersatzleistungen für Übergangsphasen bereitstellen, die Erwerbstätigkeit für ältere Arbeitnehmer bis zum Renteneintritt absichern sowie Betriebsräte und Gewerkschaften bei

Umstrukturierungsprozessen paritätisch einbinden. Das ist nicht Sozialausgabe – das ist Investition in Stabilität, Fachkräfte-Bindung und in die Regionen.

Unsere Ziele:

- Alle landespolitischen Möglichkeiten nutzen, um Beschäftigten und Arbeitslosen Qualifizierung zu ermöglichen und in diesem Interesse im Bundesrat aktiv zu werden.
- Duale Ausbildung in neuen Technologiefeldern.
- Absicherung der Arbeitsplätze älterer Arbeitnehmer.
- Stärkung der Tarifbindung durch Anreize für tarifgebundene Betriebe. Transformation darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden. Erleichterung von Allgemeinverbindlicherklärungen von Tarifverträgen.
- Öffentliche Aufträge und Subventionen ausschließlich an tarifgebundene Unternehmen – der Staat darf nicht selbst Lohndumping fördern.
- Nachhaltige Mobilität und öffentliche Daseinsvorsorge.
- Investitionen in kommunale Infrastruktur verstärken: Schulen, Straßen, kulturelle Einrichtungen, Sportvereine und Jugendzentren. Soziale und kulturelle Stabilität bewahren.
- Transformationsstrategien für jede Region.
- Neue, regionale Technologie- und Innovationszentren und Pilot-Fabriken.
- Kompensationszahlungen für strukturschwache Landesteile zur Stabilisierung kommunaler Infrastruktur während des Strukturwandels; kommunalen Schuldenabbau unterstützen statt behindern.
- Gezielte Fachkräfteansiedlung durch regionale Anreize, Wohnraumförderung und Karriereprogramme – um Fachkräftemangel in strukturschwächeren Regionen entgegenzuwirken und die Attraktivität für Talente zu erhöhen.

Unterstützung von Start-ups, Gründerzentren, Innovationsclustern und Netzwerken, die junge Talente anziehen und binden.

- Arbeitnehmermitbestimmung bei Investitions- und Standortentscheidungen und transparente Information über Transformationspläne und deren Folgen.
- Regionale Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Berufsschulen für eine zukunftsorientierte Ausbildung.

3.2. Wohnungskrise endlich beenden

Bezahlbarer Wohnraum ist für viele Menschen in Baden-Württemberg längst zu einem Luxus geworden. In Städten wie Stuttgart, Freiburg oder Heidelberg sind die Mieten in den letzten Jahren massiv gestiegen. Selbst Menschen mit normalem Einkommen finden kaum noch eine passende Wohnung. Für Alleinerziehende, Rentnerinnen und Rentner, Menschen mit Behinderungen oder Beschäftigte im sozialen Bereich ist die Lage oft hoffnungslos. Viele werden aus den Städten verdrängt – und auch auf dem Land ziehen die Preise an.

Der soziale Wohnungsbau ist fast zum Erliegen gekommen. Vor 15 Jahren gab es in Deutschland noch fast zwei Millionen Sozialwohnungen. Heute sind es nur noch etwas über eine Million – ein Rückgang um fast die Hälfte. In Baden-Württemberg ist die Entwicklung besonders dramatisch: Während es Anfang der 2000er-Jahre noch mehr als 130.000 Wohnungen mit Mietpreisbindung gab, sind es heute nur noch rund 55.000. Über 200.000 Sozialwohnungen fehlen im Land. Nur ein Bruchteil der Menschen, die Anspruch darauf hätten, bekommt tatsächlich eine.

Die Politik hat zu dieser Misere selbst beigetragen. 2012 verkaufte die grün-rote Landesregierung über 21.000 Wohnungen der Landesbank Baden-Württemberg an private Investoren – und entzog dem Land damit dauerhaft bezahlbaren Wohnraum. Heute wird an vielen Orten weiter privatisiert, statt kommunalen Wohnungsbau zu stärken. Gleichzeitig stehen zehntausende

Wohnungen leer – oft aus Spekulationsgründen oder weil Eigentümer höhere Preise abwarten.

Auch die energetische Sanierung treibt viele Mieter und kleine Vermieter in die Enge. Was als Klimaschutzmaßnahme gedacht ist, wird zur sozialen Belastung, wenn die Kosten einfach auf die Miete aufgeschlagen werden. Dazu kommen steigende Nebenkosten, eine teure Grundsteuerreform und der Ausverkauf kommunaler Flächen an Investoren, die an einer Sozialbindung von Wohnraum kein Interesse haben.

Wer seine Wohnung verliert, hat kaum Chancen, eine neue zu finden. Die Zahl der Menschen ohne festen Wohnsitz wächst – ebenso wie die Zahl jener, die in überfüllten oder ungeeigneten Unterkünften leben müssen. Es ist beschämend, dass in einem reichen Land wie Baden-Württemberg immer mehr Menschen kein Dach über dem Kopf haben.

Wir setzen uns weiterhin für die zivile Nutzung von ehemaligen Bundeswehrliegenschaften ein, sie sind wichtige Pfeiler für die kommunale und regionale Entwicklung. Der angekündigte Umwandlungsstopp von 26 Grundstücken und Standorten in Baden-Württemberg durch das Verteidigungsministerium, lehnen wir strikt ab. Baden-Württemberg benötigt dringend bezahlbare Wohnungen statt Kasernen!

Unser Ziel ist eine soziale Wohnungswende, die das Gemeinwohl an die erste Stelle rückt. Wohnen ist kein Luxus und keine Ware, sondern ein Grundrecht. Das BSW steht für eine Politik, die Menschen schützt – nicht Spekulanten. Wir wollen, dass jeder Mensch im Land ein sicheres, bezahlbares Zuhause hat.

Unsere Ziele:

- Sozialer Wohnungsbau muss ein wichtiger Investitionsschwerpunkt der Landespolitik werden.
- Mieterschutz muss gestärkt, die Mietpreisbremse wirksam gemacht werden und die Wohnbauförderung sich stärker auf untere und mittlere Einkommen konzentrieren.
- Wohnen wieder gemeinnützig machen. Wohnen darf kein Geschäft mit der Not

sein. Über eine Bundesratsinitiative wollen wir eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen. Gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und Kommunen sollen steuerlich und rechtlich bessergestellt werden. Gewinne aus Mieteinnahmen müssen wieder dem Zweck dienen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

- Bundesratsinitiative: Mieten deckeln – in Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt fordern wir einen Mietendeckel. Bestehende Mieten sollen für sechs Jahre eingefroren werden.
- Sozialen Wohnungsbau massiv ausbauen: Das Land muss wieder selbst bauen und fördern. Wir setzen uns für den Neubau von mindestens 65.000 Wohnungen pro Jahr ein – davon 10.000 als geförderte Sozialwohnungen.
- Leerstand und Spekulation beenden: Wohnraum darf nicht leer stehen, während Menschen verzweifelt auf Wohnungssuche sind. Wir fordern eine landesweite Meldepflicht für Leerstand und Sanktionen gegen spekulative Nichtvermietung.
- Öffentliche Flächen behalten – Erbbau-recht statt Ausverkauf. Grundstücke und Gebäude im öffentlichen Eigentum dürfen nicht verkauft werden. Neue Bauprojekte sollen nach diesem Prinzip vergeben werden – für bezahlbare, planbare und dauerhaft soziale Wohnungsver-sorgung.
- Familien beim Erwerb des ersten selbstgenutzten Eigenheims von der Grunderwerbssteuer befreien.
- Zur Dämpfung der Baukosten müssen überzogene Bauvorschriften auf den Prüfstand gestellt werden.
- Wohnungslosigkeit verhindern. Jeder Mensch hat ein Recht auf ein Zuhause. Wir wollen landesweit mehr Wohnprojekte und Notunterkünfte schaffen. Zwangsräumungen aus rein finanziellen Gründen lehnen wir ab. Niemand darf

auf der Straße landen, weil er seine Miete nicht mehr zahlen kann.

- Wohnungen statt Kasernen!

3.3. Frauen stärken – Gleiche Chancen in Baden-Württemberg

Unser Ziel ist eine Gesellschaft freier und gleichberechtigter Menschen. Gleichstellung von Frauen und Männern ist verfassungsrechtlich verankert und Ausdruck demokratischer Verantwortung.

Frauen tragen in Baden-Württemberg in allen Bereichen Verantwortung – in Industrie, Forschung, Handwerk, Dienstleistungen, Pflege, Bildung und Wissenschaft. Sie halten unsere Gesellschaft zusammen, verdienen aber im Durchschnitt 18 Prozent weniger als Männer. Fast die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen arbeitet in Teilzeit, während es bei Männern nur rund zwölf Prozent sind. Diese Unterschiede schaffen eine Einkommenslücke, die sich später in einer Rentenlücke fortsetzt: Frauen verfügen im Alter über bis zu fünfzig Prozent niedrigere Rentenansprüche. Rund zwei Drittel aller Menschen, die von Altersarmut betroffen sind, sind Frauen.

Hinzu kommt: Frauen leisten den größeren Teil unbezahlter Sorgearbeit – Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen und Haushaltsarbeit. Sie bringen täglich durchschnittlich über 40 Prozent mehr Zeit dafür auf als Männer. Wer mehr Sorgearbeit trägt, verdient weniger und hat im Alter eine geringere Absicherung.

Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe. In allen Politikfeldern müssen Maßnahmen daraufhin geprüft werden, ob sie Selbstbestimmung, Teilhabe und Chancengleichheit von Frauen fördern oder behindern.

Statt endloser Debatten über Genderfragen setzen wir auf eine Politik, die sich an realen Lebenslagen orientiert. Uns geht es nicht um Symbolik, sondern um spürbare Verbesserungen: Gute Gesundheitsversorgung, wirksamen Gewaltschutz, faire berufliche Chancen und soziale Sicherheit. Gleichstellung braucht keine Ideologie, sondern praktische Lösungen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Schlüssel zur Gleichstellung. Wir wollen die freie Entscheidung von Müttern stärken, sich zweitweise mehr auf ihre berufliche Entwicklung oder auch auf ihre Mutterrolle zu konzentrieren, ohne sich durch gesellschaftlichen oder finanziellen Druck in eine der beiden Richtungen bewegen zu müssen. Eltern stehen jedes Jahr vor einer einfachen Rechnung: 67 schulfreie Tage der Kinder stehen 20 bis 30 Urlaubstagen gegenüber. Diese Lücke lässt sich nur schließen, wenn das Land verlässliche Ferien- und Ganztagsbetreuung finanziert und die Kommunen sie vor Ort umsetzen. Es muss klar sein: Wer Frauen stärken will, muss Kitaplätze schaffen! 430.000 Kitaplätze und 100.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlen in Deutschland. Das führt dazu, dass Mütter ungewollt in Teilzeit festhängen oder nicht in ihren Beruf zurückkehren können. Kitas müssen flächendeckend ausgebaut und gebührenfrei werden. Wir müssen dafür sorgen, dass jedes Kind einen Kitaplatz hat. Der Ausbau von Kinderbetreuung – einschließlich Ganztagschulen und Hortangeboten – ist nicht nur Familien-, sondern auch Gleichstellungspolitik und damit wirksame Altersarmutsprävention.

Wir bekämpfen Gewalt gegen Frauen mit klarer Verantwortung des Landes Baden-Württemberg. Frauenhäuser, Beratungsstellen und Schutzwohnungen brauchen eine dauerhafte, auskömmliche Finanzierung – Schutz darf nicht vom Wohnort oder von den finanziellen Ressourcen abhängen. In Baden-Württemberg fehlen rund 3.800 Frauenhausplätze – ein eklatanter Mangel, der zeigt, wie groß der Handlungsbedarf ist. Kein Schutzraum darf an Kapazitätsgrenzen scheitern.

Das neue Gewalthilfegesetz verpflichtet die Länder, ein flächendeckendes und qualitativ abgesichertes System aus Schutzunterkünften, Fachberatungsstellen und Notfallversorgung zu schaffen und dauerhaft zu finanzieren. Für Baden-Württemberg heißt das: Zuständigkeiten klären, Landesmittel verstetigen und verbindliche Qualitätsstandards festschreiben. Der Schutz vor Gewalt ist staatliche Kernaufgabe – keine freiwillige Leistung einzelner Kommunen.

Gewaltambulanzen sind langfristig abzusichern und landesweit auszubauen, auch mit telemedizinischen Angeboten. Femizide müssen systematisch erfasst werden. Das Landeskriminalamt soll ein eigenes Monitoring aufbauen, um Prävention und Strafverfolgung zu verbessern. Baden-Württemberg ist zur Umsetzung der Istanbul-Konvention verpflichtet und muss einen verbindlichen Landesaktionsplan mit klaren Zuständigkeiten, regelmäßiger Berichterstattung und Beteiligung der Zivilgesellschaft verabschieden.

Wir stehen für das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung. Die Versorgungslage beim Schwangerschaftsabbruch ist in Baden-Württemberg unzureichend. Wir wollen Anreize für Kliniken schaffen, sich an der medizinischen Versorgung zu beteiligen.

Gesundheitsversorgung ist Teil öffentlicher Daseinsvorsorge und gehört in öffentliche Verantwortung. Die zunehmende Ökonomisierung des Gesundheitswesens gefährdet insbesondere die medizinische Versorgung von Frauen – etwa durch die Schließung von Geburtshilfestationen und gynäkologischen Abteilungen im ländlichen Raum. Gleichstellungspolitik muss deshalb den verlässlichen Zugang zu Gesundheitsversorgung sichern – unabhängig von Wohnort und Einkommen.

Wir wollen Pflege gerecht gestalten. Frauen tragen den Hauptteil der familiären Pflegearbeit. Pflege ist Teil der Sorgearbeit – und ihre ungleiche Verteilung vertieft soziale Ungleichheit. Das Land muss Pflegestützpunkte ausbauen, kommunale Kurzzeit- und Tagespflegeangebote sichern und pflegende Angehörige gezielt unterstützen. Landesprogramme sollen Zuschüsse, Rentenboni und Entlastungsangebote fördern, damit Pflegearbeit nicht zur Armutsfalle wird.

Wir wehren uns entschieden gegen die Bestrebungen im Bundesland Baden-Württemberg und anderen Bundesländern, die verpflichtende Bestellung kommunaler Gleichstellungsbeauftragter abzuschaffen. Gleichstellungsarbeit ist kein bürokratischer Luxus, sondern ein Verfassungsauftrag. Ihre Abschaffung wäre ein fatales Signal – auch für Gleichstellungsakteure in

öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen. Sparprogramme dürfen nicht auf Kosten der Gleichstellung gehen.

Unsere Ziele:

- Maßnahmen in allen Politikfeldern müssen daraufhin geprüft werden, ob sie die Selbstbestimmung, Teilhabe und Chancengleichheit von Frauen fördern oder behindern.
- Führungskräfte sollen für eine gleichstellungsorientierte Personalpolitik qualifiziert werden.
- Das Land muss für verlässliche Ferien- und Ganztagsbetreuung sorgen.
- Ganztagsschulen und bedarfsgerechte Hortangebote sollen flächendeckend ausgebaut und Kitas gebührenfrei werden.
- Frauenhäuser, Beratungsstellen und Schutzwohnungen brauchen eine dauerhafte, auskömmliche Finanzierung durch das Land Baden-Württemberg.
- Flächendeckendes, qualitativ und finanziell abgesichertes System aus Schutzunterkünften, Fachberatungsstellen und Notfallversorgung.
- Gewaltambulanzen sind langfristig abzusichern und landesweit auszubauen.
- Femizide müssen systematisch erfasst werden; das Landeskriminalamt soll ein eigenes Monitoring aufbauen.
- Verabschiedung eines verbindlichen Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.
- Das Land muss Pflegestützpunkte ausbauen, kommunale Kurzzeit- und Tagespflegeangebote sichern und pflegende Angehörige gezielt unterstützen.
- Landesprogramme sollen Zuschüsse, Rentenboni und Entlastungsangebote fördern, damit Pflegearbeit nicht zur Armutsfalle wird.
- Keine Abschaffung der verpflichtenden Bestellung kommunaler Gleichstellungsbeauftragter.

3.4. Offene und vielfältige Kultur

Kultur ist die geistige Grundlage für ein gelingendes und erfülltes Leben, für Freiheit und eine demokratische Gesellschaft. Kultur hat auch in Baden-Württemberg Verfassungsrang. Wir stehen für den Erhalt der kulturellen Vielfalt im Land und das Recht auf barriere- und voraussetzungsfreien Zugang zu Kulturangeboten für alle, zu allen Genres und in allen Lebensräumen. Der Kulturbegriff muss weitergefasst werden. Kunst ist ein wichtiges Mittel für die Entwicklung sozialer Kompetenzen sowie zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Wir setzen uns ein für den Erlass eines Kulturfördergesetzes. Dabei können die positiven Erfahrungen aus Brandenburg, Sachsen und anderen Ländern genutzt werden. Ein solches Gesetz würde die Wertschätzung gegenüber Künstlerinnen und Künstlern zum Ausdruck bringen, die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Pflege der kulturellen Vielfalt stärken und eine Vielzahl bestehender Programme und Förderstrukturen systematisieren.

Ein zentraler Bestandteil soll die Ausweitung und Verstetigung der institutionellen Förderung gerade kleiner Einrichtungen im ländlichen Raum sein. Auch drittmittelfinanzierte Projekte müssen abgesichert werden. Bestehende Förderlücken – etwa zwischen institutioneller und projektbezogener Förderung – wollen wir schließen. Die freie Szene verdient bessere Planbarkeit und langfristige Strukturen, etwa durch Kulturstiftungen oder ähnliche Modelle.

Baden-Württemberg verfügt über eine vielfältige Theater- und Orchesterlandschaft – vom Staatstheater Stuttgart bis zu regionalen Bühnen. Diese kulturellen Leuchttürme müssen dauerhaft erhalten bleiben. Die Finanzierung muss verlässlich, dynamisiert und bestandsichernd ausgestaltet werden.

Auch die Musik- und Kunstschulen im Land verdienen eine verbesserte Unterstützung. Wir fordern eine soziale Zugangskomponente sowie eine tarifanaloge und landeseinheitliche Absicherung freier Lehrkräfte. Die Volkshochschulen, Museen, Gedenkstätten, Bibliotheken, Galerien und Kinos bilden das Rückgrat der

kulturellen Grundversorgung und sollen strukturell gestärkt und von konjunkturellen Schwankungen unabhängig gemacht werden.

Soziokulturelle Einrichtungen erfüllen eine zentrale Funktion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, insbesondere im ländlichen Raum. Sie müssen verlässlich finanziert und weiterentwickelt werden. Auch die lokale kulturelle Infrastruktur wie Fasnet-Vereine, Chöre oder Heimatmuseen gehört zur kulturellen Vielfalt des Landes. Deren Wertschätzung und Förderung sind uns ein Anliegen.

Die frühe kulturelle Bildung ist entscheidend. Der regelmäßige Kontakt von Kindern und Jugendlichen mit Theater, Musik, Kunst und Literatur soll gewährleistet sein – sowohl im Schulunterricht als auch durch gezielte Kooperationen mit Kultureinrichtungen. Eintrittsfreier Zugang zu Museen und Bibliotheken für Schülerinnen, Schüler, Auszubildende und Studierende ist dabei ein wichtiges Ziel. Die strukturelle Benachteiligung ländlicher Räume muss auch hier abgebaut werden, etwa durch die Förderung von Anreisen zu kulturellen Veranstaltungen.

Projektförderungen müssen diskriminierungsfrei und ohne politische Bekenntniszwänge erfolgen. Der Zugang zu öffentlichen Fördermitteln darf nicht von ideologischen Loyalitätsbekundungen abhängig gemacht werden. Antragstellende müssen durch Vorfinanzierungen, Planungssicherheit und den Abbau bürokratischer Hürden unterstützt werden.

Architektur ist der sichtbare Ausdruck unserer Kultur und Geschichte. Sie prägt das Gesicht unserer Städte und stiftet Identität. Wo Menschen auf ästhetische und ansprechende Architektur treffen, steigert sich auch das Wohlbefinden und die Aufenthaltsqualität. Unsere historischen Innenstädte sind dabei ein unschätzbares Erbe und Ausdruck von Handwerkskunst, zu dessen konsequenten Pflege, zum Erhalt und zur behutsamen Rekonstruktion wir uns bekennen. Wir stellen uns gegen die fortschreitende Verödung unserer Städte durch gesichtslose Betonwüsten und monotone Zweckbauten.

Dialekte sind ein essenzieller Bestandteil unserer Kultur und regionalen Identität. Für viele Menschen in Baden-Württemberg ist der eigene Dialekt unmittelbar mit dem Gefühl von Heimat verbunden. Doch egal ob Alemannisch, Schwäbisch, Kurpfälzisch oder Hohenlohisch - die verschiedenen Dialekte unseres Landes geraten im Zuge der Globalisierung und dem Aufstieg von Massenmedien und weltweiter Mobilität zunehmend unter Druck.

Wir bekennen uns zum Schutz und Erhalt dieser gelebten Kultur und wollen mehr Bewusstsein für unseren sprachlichen Reichtum schaffen.

Unsere Ziele:

- Einführung eines Kulturfördergesetzes zur nachhaltigen Sicherung kultureller Vielfalt in Baden-Württemberg, insbesondere durch stärkere institutionelle Förderung kleiner Einrichtungen und der Soziokultur.
- Museen und Bibliotheken sollen für alle Schüler, Auszubildenden und Studierenden im Land eintrittsfrei zugänglich sein.
- Die Förderung von Kunst und Kultur soll Pflichtaufgabe der Kommunen werden – mit verlässlichen Strukturen für die Freie Szene und gezielten Unterstützungsmaßnahmen für Kulturschaffende.
- Kulturelle Bildung stärken: durch mehr Musikunterricht, darstellendes Spiel sowie strukturell abgesicherte Kooperationen von Theatern, Orchestern und Museen mit Schulen – auch im ländlichen Raum.
- Projektförderung muss diskriminierungsfrei und ohne ideologische Auflagen erfolgen. Förderbedingungen sollen existenzsichernde Honorare ermöglichen und bürokratiearm gestaltet sein.
- Erhalt und Weiterentwicklung des Baden-Württembergischen Dialektpreises.
- Gezielte Förderung von Dialektbotschaftern (Kulturschaffende, Influencer) durch ein Mikroförderprogramm unter fachlicher Begleitung der Sprachwissenschaft.
- Landesförderung für historische Ortskerne: Gezielte Unterstützung der Kommunen bei Sanierung, Pflege und Rekonstruktion.
- Ästhetik statt Monotonie: Anpassung der Landesbauordnung, um gesichtslose Investorenarchitektur zu verhindern und Gestaltungsbeiräte zu stärken.

4. Bildungskrise überwinden: Kurswechsel für Baden-Württembergs Schulen

Lesen, Schreiben und Rechnen sind die Grundlagen jeder schulischen Bildung. Doch immer mehr Kinder in Baden-Württemberg verlassen die Grundschule ohne sichere Beherrschung dieser Kernkompetenzen. Laut bundesweiten Vergleichsstudien verfehlt inzwischen fast jedes fünfte Kind im Land die Mindeststandards im Lesen und sogar ein Viertel im Rechnen. Besonders betroffen sind Kinder aus bildungsfernen Haushalten. Das Bildungssystem steckt im Land in einer tiefen Personal- und Strukturkrise – und das von der Kita bis zur Hochschule. In Kitas fehlen zehntausende Betreuungsplätze und die Wartelisten werden länger. Erzieher werden unterbezahlt, Ausbildungsplätze reichen nicht aus, und die Personalschlüssel sind vielerorts so schlecht, dass Bildungsarbeit kaum noch möglich ist. An den Schulen arbeiten Lehrkräfte am Limit – mit ständig wachsenden Klassen, Überstunden ohne Ende und steigenden Burnout-Zahlen. Der Lehrkräftemangel führt zu Unterrichtsausfall, fachfremdem Einsatz und wachsender Belastung für das verbliebene Personal. Besonders skandalös: Baden-Württemberg ist bundesweiter Spitzenreiter bei der Sommerarbeitslosigkeit. Jedes Jahr werden rund 4.000 Referendare nach erfolgreicher Ausbildung für sechs Wochen ohne Bezahlung nach Hause geschickt – ohne Erlaubnis, ihren neuen Arbeitsplatz zur Vorbereitung zu betreten. Nicht wenige von ihnen müssen sich arbeitslos melden und Bürgergeld beantragen. Diese Praxis ist eine politische Entscheidung der Landesregierung. Dabei zeigen Bayern und Sachsen, wie es richtig geht – dort sind die Sommerferien in den Vorbereitungsdienst integriert und werden bezahlt. So gehört sich das auch für Baden-Württemberg.

Auch die Hochschulen des Landes leiden unter chronischer Unterfinanzierung, bürokratischen Fesseln und falschen Anreizen. Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Pädagogische

Hochschulen werden gegenüber den Universitäten strukturell benachteiligt, während studentischer Wohnraum unbezahlbar wird. In Städten wie Stuttgart, Freiburg oder Heidelberg liegen die Mieten für ein WG-Zimmer bei 500 Euro und mehr – für viele Studierende unbezahlbar. Wer kein wohlhabendes Elternhaus hat, muss umfangreich nebenher arbeiten, oft auf Kosten des Studienerfolgs. Wissenschaftlicher Nachwuchs wird mit Kettenverträgen, Teilzeit und fehlender Tarifbindung abgespeist. Das darf so nicht bleiben.

Diese Zustände sind politisch gemacht. Wer die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems sichern will, muss früh ansetzen – in der Kita, in der Schule und an der Hochschule. Baden-Württemberg braucht einen Kurswechsel hin zu mehr Personal, besserer Ausstattung, fairen Arbeits- und Studienbedingungen, bezahlbarem Wohnraum und einer konsequenten Konzentration auf pädagogische Qualität statt ideologisch getriebener Reformexperimente.

4.1. Baustelle Schule: Personalnotstand und Reformstau beheben

In Baden-Württemberg sind die strukturellen Voraussetzungen für guten Unterricht seit Jahren unzureichend. Die Heterogenität der Lern- und Leistungsvoraussetzungen in allen Schulklassen nimmt zu. Die notwendige und didaktisch geforderte Individualisierung von Lernangeboten stellt sowohl in der Vor- und Nachbereitung als auch in der Begleitung von Lernprozessen höhere Ansprüche an die Lehrkräfte. Kinder und Jugendliche mit Konzentrationsschwierigkeiten, sozial-emotionalen Belastungen, Verhaltensauffälligkeiten wie Aggression, oppositionelles Verhalten oder Rückzug, aber auch erhöhte Sensibilität und Verstimmtheit benötigen spezielle Unterstützung. Statt diese Unterschiedlichkeit als Unterrichtsstörung zu definieren, müssen Schulen die Aufgabe haben, auch diese Kinder angemessen zu fördern und zu unterstützen.

Die steigende Zahl von Kindern mit nichtdeutscher Herkunftssprache stellt das Bildungssystem vor zusätzliche erhebliche Herausforderungen. Viele dieser Kinder kommen bisher ohne

ausreichende Deutschkenntnisse in die Grundschule. Die Folge sind Lernrückstände, die sich über die gesamte Schullaufbahn ziehen.

Gleichzeitig steigt der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, insbesondere im Bereich der sozial-emotionalen Entwicklung. Inklusion wird in der Praxis oft unzureichend umgesetzt, weil die personelle und materielle Ausstattung fehlt: Sonderpädagoginnen und -pädagogen sind zu knapp, die Klassen zu groß. Zweitkräfte im Unterricht und Schulbegleiter sind kaum vorhanden. Lehrkräfte müssen die sonderpädagogische Betreuung zusätzlich zu ihrem regulären Unterricht leisten. Dies führt zur Überlastung der Lehrkräfte und wird den Bedürfnissen aller Kinder der Klasse nicht gerecht.

Ohne eine grundlegende Stärkung der personellen, materiellen und räumlichen Ressourcen droht Baden-Württemberg, bei der Unterrichtsqualität weiter zurückzufallen – mit gravierenden Folgen für die Bildungschancen aller Kinder und Jugendlichen im Land.

Lehrkräfte werden zunehmend mit zusätzlichen Aufgaben belastet. Ein Teil der zusätzlichen Belastung entsteht durch fehlendes unterstützendes Personal. Pädagogische Assistenten, Förderlehrkräfte (wie sie an bayrischen Schulen tätig sind), IT-Spezialisten, Schulsozialarbeiter oder Schulpsychologen sind in zu geringer Zahl vorhanden oder gar nicht an den Schulen tätig. Laut Erhebungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) verbringen Lehrkräfte inzwischen einen immer geringeren Teil ihrer Arbeitszeit tatsächlich mit Unterrichten.

Das Bundesarbeitsgericht hat die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung unterstrichen. Wir unterstützen die gewerkschaftliche Forderung, die Umsetzung datensparsam und manipulationssicher und unter Beteiligung der Personalräte in die Wege zu leiten.

Der Lehrkräftemangel ist eines der gravierendsten Probleme im baden-württembergischen Bildungssystem. Die Folge: immer mehr Unterricht wird von Quereinsteigern und fachfremdem Personal erteilt und ganze Fächer – insbesondere

Musik, Kunst oder Technik – fallen über Wochen aus. Gleichzeitig werden Jahr für Jahr immer noch Lehrkräfte nur befristet eingestellt.

Die Lehrerausbildung und der Lehrerberuf müssen attraktiver gestaltet werden. Die Senkung der Unterrichtsverpflichtung (Deputat) um ein bis zwei Unterrichtsstunden würde alle Referendare und Lehrkräfte entlasten und einen Ausgleich schaffen für die vielen Mehraufgaben der letzten Jahre. Denn die große Belastung im Beruf schreckt viele von vornherein ab. Viele Lehrkräfte bewältigen das große Aufgabenpensum nur, indem sie eine Teilzeitbeschäftigung mit entsprechenden finanziellen Einbußen ausüben. Die Kürzungen bei den sog. „Poolstunden“, bei der Altersermäßigung und bei den Anrechnungen für Zusatz Tätigkeiten müssen zurückgenommen werden. Darüber hinaus ist eine Aufstockung der Vertretungsreserve auf mindestens fünf Prozent des Grundbedarfs notwendig. Zur Entlastung von Lehrkräften und Schulleitungen fordern wir: Schulsekretariate sollen aufgewertet, ihre Aufgaben sollen ausgeweitet werden und sie sollen anteilig durch Kommunen und Land finanziert werden. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen, leistungsgerechte Bezahlung und die unbefristete Einstellung aller angestellten Lehrkräfte ein.

Die Nutzung von KI an Schulen der Sekundarstufe I und II darf kein Selbstläufer sein. Wir fordern einen Umgang, der den Bildungserfolg in den Mittelpunkt stellt und Schüler zu mündigen Nutzern ausbildet. Dazu brauchen wir klare Regeln, damit eigenständiges Denken nicht durch Algorithmen ersetzt wird – und ebenso neue Prüfungsformate, die echte Eigenleistung sicherstellen. Die Lehreraus- und -fortbildung soll dazu befähigen, Risiken zu verstehen und Lehrformate so zu gestalten, dass die individuelle Leistung der Schüler messbar und gerecht bewertet bleibt. Digitale Geräte wie Smartphones und Tablets dürfen nicht in den Mittelpunkt des Unterrichts gerückt werden, denn sie sind nicht die Lösung der Bildungsprobleme, sondern nur weitere Werkzeuge und Hilfsmittel zu einer modernen Bildung wie zuvor z. B. Taschenrechner oder Schüler-PCs. In der Grundschule beeinträchtigt der Einsatz von digitalen Geräten den

Erwerb der grundlegenden Fähigkeiten. Deswegen lehnen wir ihren Einsatz dort ab.

Das baden-württembergische Schulsystem muss unterschiedliche Begabungen gleichermaßen fördern. Werkrealschulen, Realschulen und Gemeinschaftsschulen leisten hierbei einen unverzichtbaren Beitrag. Daher müssen sie gestärkt und aufgewertet werden. Sie bieten praxis- und berufsorientierte Bildungswege an. Diese sind für viele Kinder, die nach dem Abschluss eine Berufsausbildung anstreben, besser geeignet als das Gymnasium. Längeres gemeinsames Lernen ist unser Ziel.

Wir begrüßen die flächendeckende Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9). Die allgemeinbildenden Gymnasien leiden unter den hohen Übergangsquoten und der entsprechend großen Heterogenität der Lern- und Leistungsvoraussetzungen. Das Abitur gilt oft als einziger Weg zum Erfolg. Dieser Druck belastet Familien und führt oft dazu, dass Kinder auf dem Gymnasium angemeldet werden, obwohl eine andere Schulform ihre Talente besser fördern würde. Dauerhafte Überforderung, Leistungsdruck, teure Nachhilfestunde und das Risiko des Scheiterns sind die Folgen. Wir setzen uns daher für klar definierte Zugangsvoraussetzungen ein und für eine stärkere Durchlässigkeit zwischen den Schularten, damit Bildungswege flexibler und individueller gestaltet werden können.

Bildung ist ein Menschenrecht. Nur wenn Bildung an den Bedürfnissen und Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes ausgerichtet ist, können Chancengleichheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt gewährleistet werden. Jedes Kind in Baden-Württemberg verdient eine faire Perspektive auf erfolgreiche Bildung – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, der Herkunft oder den materiellen Möglichkeiten der Schule. Dies erfordert nicht nur ausreichende finanzielle Mittel, sondern vor allem politischen Willen und eine Rückbesinnung auf das Wesentliche: pädagogische Qualität, Zeit für die individuelle Förderung, soziales Lernen in Gemeinschaften und die Konzentration auf den Bildungsauftrag

Der Sanierungsstau an den Schulen im Land ist immens. Die Ausstattung vieler Schulen in Baden-Württemberg ist unzureichend: Marode Gebäude, undichte Dächer, veraltete Heizungen, unzureichender Lärm- und Brandschutz, schlechte Raumakustik und marode Sanitäranlagen sind keine Einzelfälle. Technische Geräte fehlen oder sind veraltet, und defekte Ausstattung wird oft erst nach langen bürokratischen Prozessen ersetzt. Auch die digitale Ausstattung ist oft mangelhaft – veraltete Endgeräte, instabile Netze und fehlende IT-Betreuung verhindern, dass digitale Unterrichtskonzepte verlässlich umgesetzt werden können. Die Verantwortung für den baulichen Unterhalt liegt bei Kommunen und Landkreisen, doch viele sind finanziell überlastet. Wir brauchen für unsere Schulen moderne, intakte und funktionale Räumlichkeiten sowie ein effizientes, personell gut ausgestattetes Verwaltungsmanagement, das schnelle Reparaturen und Investitionen ermöglicht. Besonders im ländlichen Raum drohen Schulschließungen, wenn Mindestschülerzahlen unterschritten werden. Statt innovative Lösungen für den Erhalt kleiner Standorte zu entwickeln, setzen Land und Kommunen häufig auf Zentralisierung. Für viele Kinder bedeutet das: deutlich längere Schulwege, weniger Freizeit und eine Einschränkung der sozialen Teilhabe.

Unsere Ziele:

- Die Unterrichts- und Umgangssprache an baden-württembergischen Schulen ist Deutsch. Ihre sichere Beherrschung ist die Grundvoraussetzung für jeden Unterricht.
- Keine Smartphones und Tablets im Unterricht bis zur 4. Klasse.
- Alle Grundschüler sollen am Ende der 4. Klasse die Mindeststandards im Lesen, Schreiben und Rechnen sicher erreichen.
- Flächendeckende und bedarfsgerechte Entwicklung der verpflichtenden „Juniorklassen“ für Schüler mit festgestelltem Sprachförderbedarf.
- Reduzierung der Klassengrößen (insbesondere an Schulen mit hohem Anteil an Kindern ohne deutsche

Muttersprache) – Senkung/Verbindlichkeit des Klassenteilers.

- Senkung der Unterrichtsverpflichtung an allen Schularten um mindestens eine Unterrichtsstunde – Rücknahme der Kürzungen beim allgemeinen Entlastungskontingent und bei der Altersermäßigung.
- Umsetzung der Arbeitszeiterfassung als Chance, die Arbeitsbelastung von Lehrkräften sichtbar zu machen.
- Stärkung der Schulleitungen und Entlastung der Lehrkräfte durch besser ausgestattete Schulsekretariate und mehr Leitungszeit.
- Erhalt der noch verbliebenen Werkrealschulen – Stärkung von Realschulen und Gemeinschaftsschulen.
- Erhalt kleiner Schulstandorte im ländlichen Raum – keine Schließungen aufgrund starrer Mindestschülerzahlen.
- Kein Wehrkundeunterricht, keine Werbung durch Jugendoffiziere.

4.2. Bei Kindern beginnen: Gleiche Startchancen in Baden-Württembergs Kitas

Frühkindliche Betreuung und Bildung sind entscheidend für gleiche Startchancen und die gesunde Entwicklung aller Kinder. In Baden-Württemberg fehlen jedoch weiterhin viele Kita-Plätze, besonders im Krippen- und Ganztagsbereich. Auch werden seit Jahren zu wenig Erzieher ausgebildet. Dies verschärft den bestehenden Fachkräftemangel weiter. Dieser Mangel führt zu eingeschränkten Betreuungszeiten, langen Wartelisten und zu einer wachsenden Belastung der Beschäftigten. Für die Entwicklung von Kindern ist die Erfahrung von sozialem Miteinander elementar. Kitas sollen gebührenfrei werden. Frühkindliche Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe und darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen.

Trotz bundesweit vergleichsweise guter Betreuungsschlüssel ist die Realität vor Ort von Engpässen geprägt: In vielen Einrichtungen fehlen qualifizierte Fachkräfte. Immer häufiger werden unqualifizierte Hilfskräfte eingesetzt, um überhaupt den Betrieb aufrechterhalten zu können.

Während 2017 noch knapp 39 Prozent der Kitas im Land über einen hohen Fachkräfteanteil verfügten, waren es 2023 nur noch rund 26 Prozent. Vertretungs- und Qualifizierungszeiten werden in der Personalplanung vieler Träger kaum berücksichtigt. Dadurch nehmen Überlastung und hohe Fluktuation im Beruf zu.

Eine grundlegende Reform des Kindertagesbetreuungsgesetzes ist überfällig. Sie muss dafür sorgen, dass die Ausbildungskapazitäten für staatlich anerkannte Erzieher deutlich ausgebaut und der Mangel an Studienplätzen in der Kindheitspädagogik behoben werden. Ausbildungsberufe im frühkindlichen Bereich müssen durch gute Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung und eine faire Vergütung für Auszubildende aufgewertet werden. Zudem braucht es wissenschaftlich fundierte Bildungskonzepte, die gemeinsam mit Fachverbänden erarbeitet und regelmäßig evaluiert werden. Um den gestiegenen pädagogischen Anforderungen des Berufsbildes der Erzieherin gerecht zu werden und die Attraktivität des Berufes nachhaltig zu steigern, gilt es, neue Perspektiven zu eröffnen.

Durch die hohe Zahl nicht-deutschsprachiger Kinder besteht besonderer Handlungsbedarf bei der sprachlichen und sozialen Förderung von Kindern in Kitas und Ganztagschulen. Hierzu gehören auch verbindliche Tests zum Sprechen und Verstehen der deutschen Sprache. Die Gesundheitsämter im Land leisten mit der Einschulungsuntersuchung aller Vierjährigen einen wichtigen Beitrag, um bereits im Vorschulalter entsprechende Entwicklungsrisiken festzustellen. Gemeinsam mit den Jugendämtern tragen sie mit geeigneten Fördermaßnahmen dazu bei, die Entwicklungschancen aller Kinder sicherzustellen. Allerdings müssen die Ressourcen mit den wachsenden Anforderungen Schritt halten. Dies gilt besonders im Hinblick auf die geplante Ausweitung der Reihenuntersuchungen und auf die Einführung der verpflichtenden „Juniorklassen“ ab Schuljahr 2026/27. Diese sollen Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf als zusätzliches Jahr der Förderung auf den Bildungsgang der Grundschule vorbereiten.

Die Landesregierung hat bislang noch keine schlüssigen Konzepte für die „Juniorklassen“ vorgelegt. Wir fordern dringend, dass die Beteiligten zusammen mit den Trägern und Fachverbänden ein Konzept erstellen, das flächendeckend und bedarfsgerecht allen Kindern einen guten Schulstart ermöglicht.

Inklusion muss endlich flächendeckend umgesetzt werden. Dies erfordert den landesweiten Einsatz professioneller Inklusionsfachkräfte und eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung aller Einrichtungen bei gleichzeitiger Erhaltung der sonder- und heilpädagogischen Angebote für schwer- und mehrfach behinderte Kinder.

Unsere Ziele:

- Ein warmes, gesundes und vollwertiges Mittagessen an Kindertagesstätten, Horten und Grundschulen muss für alle Kinder sichergestellt werden.
- Gebührenfreie Kitas, um Bildungsgerechtigkeit zu fördern und Familien zu entlasten.
- Ausbau der Ausbildungskapazitäten für staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher und Aufwertung des Berufsbildes.
- Flächendeckende Umsetzung der Inklusion durch ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung.
- Verpflichtende Sprachförderung für Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen vor Schuleintritt, verbunden mit einem vorbereitenden Vorschuljahr in Kooperation mit Bildungsträgern und Fachkräften.

4.3. Soziale Infrastruktur an Schulen sichern – für Chancengleichheit

In Baden-Württemberg ist die Schulsozialarbeit vielerorts weder flächendeckend noch langfristig abgesichert. Stellen sind häufig befristet, oft nur in Teilzeit und nicht selten an externe Träger ausgelagert. Dies führt zu einem Flickenteppich an Zuständigkeiten. Besonders kleinere Schulen und der ländliche Raum sind massiv unterversorgt – laut aktuellen Erhebungen verfügt etwa

jede dritte Schule über keinerlei Schulsozialarbeit. Hinzu kommt, dass die Landesförderung seit Jahren nicht am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet ist: Für große Schulen reicht die Finanzierung oft nur für eine halbe Stelle. Geplante Kürzungen der Landesmittel würden den Betreuungsschlüssel weiter verschlechtern und gerade an sozialen Brennpunkten dramatische Folgen haben.

Multiprofessionelle Teams - bestehend aus Schulsozialarbeit, psychologischem Dienst, Verwaltungspersonal, Inklusionsfachkräften und IT-Unterstützung - gibt es bislang viel zu wenig. Eine verbindliche Ausstattung jeder Schule mit einem multiprofessionellen Team, orientiert am Sozialindex, ist längst überfällig. Dabei muss auch der Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften endlich zum Standard werden, wie dies in anderen Bundesländern längst etabliert ist.

Brennpunktschulen erhalten zudem zu wenig gezielte Unterstützung. Familienzentren, die in belasteten Stadtteilen Soziale Arbeit und Elternberatung mit dem Schulalltag verbinden könnten, sind kaum vorhanden. Gleichzeitig ist die Zahl der Plätze im Freiwilligen Sozialen Jahr an Schulen so gering, dass der wachsende Unterstützungsbedarf nicht annähernd gedeckt werden kann. Notwendig ist eine deutliche Ausweitung dieser Angebote und eine dauerhafte Entlastung der Lehrkräfte, damit sie sich wieder auf ihre pädagogischen Kernaufgaben konzentrieren können, anstatt die Lücken eines unterfinanzierten Systems notdürftig zu füllen.

Ganztagschule ist keine Aufbewahrung am Nachmittag. Es bedarf des weiteren Ausbaus pädagogisch hochwertiger Angebote für die Ganztagsbetreuung von Schulkindern mit qualifiziertem Personal nach den bewährten Standards der Schülerhorte. Alle Kinder, die ab dem Schuljahr 2026/27 eingeschult werden, haben bundesweit einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Damit ist eine Reihe von Herausforderungen verbunden. Noch fehlt es auch in Baden-Württemberg an Plätzen, Räumen und Personal. Der derzeitige Ausbau der Ganztagschulen ist in Baden-Württemberg auf einem zu niedrigen Niveau. Das Deutsche Jugendinstitut prognostiziert,

dass bis zum Schuljahr 2029/30 in Baden-Württemberg 60.600 bis 87.000 zusätzliche Ganztagsplätze nötig sein werden. Es ist zu befürchten, dass angesichts des hohen Ganztagsplatzbedarfs unverbindliche, sparsame Lösungen gesucht werden und die Qualität der Bildung, Erziehung und Betreuung auf der Strecke bleibt. Das Wohl der Kinder und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten – ein guter Ganztagsplatz – müssen bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs im Mittelpunkt stehen.

Unsere Ziele:

- Flächendeckender, personell, räumlich und finanziell verlässlich ausgestatteter Ausbau von Ganztagschulen.
- Ausbau der Schulsozialarbeit – mindestens ein Schulsozialarbeiter pro 300 Schüler.
- Mehr Sonderpädagogen, Schulpsychologen, Assistenzkräfte und Therapeuten zur Unterstützung inklusiver Beschulung.
- Erhalt und gezielte Förderung von Förderschulen für Kinder, die ein spezialisiertes Lernumfeld benötigen.
- Größere finanzielle Unterstützung der Kommunen und Landkreise bei Bau-, Umbau-, Sanierungs- und Investitionsprogrammen für Schulgebäude.
- Stabile digitale Infrastruktur mit aktueller Hardware und dauerhafter IT-Betreuung durch externe Dienstleister an allen Schulen.

5. Freie Wissenschaft, starke Hochschulen, faire Studienbedingungen

Baden-Württemberg verfügt über eine dichte Hochschullandschaft mit Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW), Pädagogischen Hochschulen (PH) und der Dualen Hochschule (DHBW). Wir setzen uns für deren Erhalt und Ausbau ein. Wir wehren uns gegen alle Tendenzen zur Einschränkung der Freiheit von Forschung und Lehre und der akademischen Selbstbestimmung. Wir unterstützen die Selbstverpflichtung von Hochschulen, Forschung und Lehre ausschließlich zu friedlichen Zwecken und zum Nutzen der Menschen zu betreiben und für Rüstungsforschung keine Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

5.1. Hochschulen für Frieden und akademische Freiheit

In einem überarbeiteten Hochschulgesetz soll das Recht der Hochschulen auf den Beschluss von Zivilklauseln festgeschrieben werden, welche die Nutzung universitärer Ressourcen zu militärischen Zwecken ausschließen. Die Einschränkung der Entscheidungsfreiheit von Hochschulen durch externe Institutionen, privaten Akkreditierungsagenturen und von Akkreditierungsräten ist zurückzudrängen.

Wir unterstützen die europäischen Kooperationsprojekte und die Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union. Wir unterstützen den internationalen studentischen Austausch im Rahmen von Erasmus-Projekten und wollen die Möglichkeiten des Austausches von Gastwissenschaftlern ausbauen. Wir sehen die internationale wissenschaftliche Kooperation auch als Möglichkeit, gegenseitiges Verständnis zu stärken und für die Sicherung des Friedens zu arbeiten. Dies kann nicht auf die Europäische Union beschränkt bleiben, sondern muss alle Länder einbeziehen. Baden-Württemberg darf keinesfalls dem Beispiel der bayerischen Landesregierung folgen und chinesische Wissenschaftler,

Doktoranden und Studenten ablehnen, wenn ihre Stipendien staatlich finanziert werden. Die Diskriminierung von Studenten, Doktoranden und Professoren aufgrund ihrer staatlichen und nationalen Herkunft ist nicht akzeptabel.

Wir wollen den Ausbau von Grundfinanzierung statt Programmforschung! Baden-Württemberg ist unter den Bundesländern besonders erfolgreich in der Drittmittelerwerbung, und ein immer größerer Teil der Hochschulfinanzen kommt von privaten, industriellen Projektpartnern, von nationalen und europäischen Institutionen zur Forschungsförderung oder direkt von Landes- und Bundesregierung. Aufgrund der Knappheit der Mittel müssen auch diese Gelder zur Finanzierung der Grundaufgaben der Hochschulen herangezogen werden. Wir fordern den Ausbau der Grundfinanzierung, um die Unabhängigkeit der Hochschulen von dritter Seite zu stärken. Insbesondere die so genannte Programm-Forschung, an der staatliche Stellen Forschungsinhalte vorgeben, auf die sich auch Hochschulen bewerben können, schränkt die freie Entscheidung in Forschung und Lehre der Hochschulen beträchtlich ein.

Der Bau von Hochschulgebäuden ist in Baden-Württemberg dem Finanzministerium untergeordnet, er kommt dem erforderlichen Ausbau der Hochschulkapazitäten bei weitem nicht nach. Hinzu kommt, dass viele ältere Gebäude nicht mehr oder nur noch eingeschränkt nutzbar sind, sei es, dass Dächer und Fenster undicht, Installationen nicht mehr funktionsfähig oder Räume schlicht unbenutzbar geworden sind. Wir setzen uns entschieden dafür ein, den Investitionsstau an den Hochschulen vordringlich abzubauen, teure Laboreinrichtungen durch Gebäudeschäden nicht weiter zu gefährden und Mitarbeitern angemessene Arbeitsplätze zuweisen zu können.

Unsere Ziele:

- Unterstützung der Zivilklauseln an den Hochschulen und keine staatliche Förderung der Rüstungsforschung.
- Keine Konversion von ziviler zu militärischer Forschung und Produktion.

- Kein Zwang für wissenschaftliche und technische Mitarbeiter zur Mitwirkung an Rüstungsforschung und -produktion.
- Keine militärische Geheimhaltung und keine Geheimdienste an den Hochschulen.
- Kein Ausschluss von Doktoranden und Stipendiaten aufgrund ihrer Nationalität.
- Unterstützung der friedlichen wissenschaftlichen Zusammenarbeit anstatt Einschränkung internationaler Kontakte.
- Erhöhung der Grundmittel der Hochschulen anstatt Verstärkung der Programmforschung.
- Erhalt und Ausbau der universitären Infrastruktur, der Hörsäle und der Labore.
- Energetische Sanierungen von Hochschulgebäuden fördern.

5.2. Demokratische und soziale Rechte der Studierenden und des akademischen Mittelbaus stärken

Wir unterstützen die Erweiterung der Mitwirkungsrechte der Studentenschaft in den Hochschulgremien und den Studierendenwerke. Es fordert die Unterstützung und ausreichende Finanzierung der studentischen Vertretung in den Fachschaften und allgemeinen Studentenausschüssen. Die Möglichkeiten der Sozialreferate müssen ausgebaut werden, um Studenten in finanziellen, gesundheitlichen und psychischen Notlagen zu unterstützen.

Wir fordern eine signifikante Erhöhung der Sätze nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und des Elternfreibetrags. Während bei der Einführung des BAföG im Jahr 1971 circa 44 Prozent der Studenten von BAföG profitieren konnten, sind es gegenwärtig etwas mehr als zwölf Prozent. Dadurch hat das BAföG seine Funktion weitgehend verloren, Kindern aus finanziell schwächeren Familien eine Aufstiegsmöglichkeit durch ein Studium zu geben. Wer kein wohlhabendes Elternhaus hat, ist gezwungen, neben dem Studium oft auf Kosten des Studienerfolgs umfangreich zu arbeiten. Studentische Hilfskräfte und Tutoren sind eine wesentliche Stütze der Forschung und Lehre in den Hochschulen. Wir fordern die

leistungsgemäße Erhöhung der Stundensätze und eine angemessene Urlaubsregelung.

Auch Studenten sind von der prekären Wohnsituation in baden-württembergischen Städten betroffen. In Städten wie Stuttgart, Freiburg oder Heidelberg liegen die durchschnittlichen Mieten für ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft mittlerweile bei über 500 Euro und sind für viele Studenten unbezahlbar. Die Zahl der Wohnheimplätze deckt nur einen Bruchteil des Bedarfs. Studierendenwerke kämpfen mit steigenden Bau- und Energiekosten. Wir fordern den signifikanten Ausbau von Wohnheimen für Studenten, eine ausreichende Finanzierung der Studierendenwerke und Unterstützungsprogramme für Studenten in Not, insbesondere zu Semesterbeginn.

Der akademische Mittelbau, die wissenschaftlichen Mitarbeiter, Assistenten und akademische Räte, schultern die größte Last in Forschung und Lehre an den Hochschulen. Der unzureichende Ausbau der Hochschulkapazitäten führt oft zu einer großen Überlast und einem unzureichenden Personalschlüssel. Zugleich sehen viele Wissenschaftler einer ungewissen Zukunft entgegen, da sie mit Zeitverträgen oder gar Kettenverträgen beschäftigt werden. Wir unterstützen Bestrebungen, planbare akademische Karrieren in den Hochschulen einzurichten.

Unsere Ziele:

- Ausbau und finanzielle Förderung von Studentenwohnheimen.
- Bessere Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs durch verbindliche Mindestvertragslaufzeiten, Tarifverträge für studentische Beschäftigte und Einrichtung von wissenschaftliche Karrierewegen (Tenure Tracks).

5.3. Vielfalt der Hochschulen erhalten und stärken

In Baden-Württemberg tragen die Universitäten den Löwenanteil in der Hochschulausbildung. Von den 354.000 an Hochschulen in Baden-Württemberg eingeschriebenen Studenten studieren 168.000 an einer der neun

Landesuniversitäten. Diese Universitäten nehmen im nationalen Vergleich in den Rankings eine Spitzenposition ein, sind jedoch im internationalen Vergleich mit US-amerikanischen, chinesischen oder auch Schweizer Universitäten eher im Mittelfeld. Ein wichtiger Grund hierfür sind die Überbelastungen, die aus dem schlechten Personalschlüssel resultieren. Bereits das reguläre Lehrdeputat eines Universitätsprofessors oder eines wissenschaftlichen Mitarbeiters übersteigt bei weitem das international geforderte Deputat in Spitzenuniversitäten, und aufgrund der Überlast werden an vielen Universitäten und in vielen Studiengängen sogar diese Deputatsgrenzen nicht eingehalten. Wir fordern in den betroffenen Fachrichtungen den angemessenen Ausbau an Personal und Ausstattung sowie den Erhalt kleinerer Studienfächer. Ökonomische Kriterien dürfen nicht allein über Wissenschaft und Lehre entscheiden.

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAWs) und die duale Hochschule (DHBW) nehmen einen großen Anteil der baden-württembergischen Studenten auf. Sie zeichnen sich durch engen Praxisbezug aus und sind eine wichtige Unterstützung für den Nachwuchsbedarf der regionalen Industrie. Ihre Ausstattung an Laboren, Räumen und Personal muss diesen Ansprüchen gerecht werden. Ein duales Studium, bei dem die Studierenden von den Ausbildungsfirmen angestellt werden und neben einem Wechsel von Theorie- und Praxisphasen auch über die gesamte Studiendauer eine monatliche Vergütung erhalten, wird auch oft von jungen Menschen mit eher bildungsferner Herkunft gewählt.

Wir fordern daher, die dualen Studiengänge durch das Land aktiv und verstärkt, zu fördern, um dadurch zum einen die Bildungsungerechtigkeit aber auch den Fachkräftemangel zu lindern.

Wie bei den Universitäten ist das Lehrdeputat der Professoren an den HAWs und der DHBW bei Weitem zu hoch, um Forschungskoperationen auch mit der lokalen Industrie in angemessenem Umfang durchzuführen. Wir fordern eine Reduktion des Lehrdeputats in diesen Hochschulen, eine bessere Ausstattung durch

wissenschaftliche Mitarbeiter und den Ausbau entsprechender Forschungsmöglichkeiten. Insbesondere wir weitergehende Maßnahmen zur Förderung der kooperativen Promotionen zwischen Hochschulen der angewandten Wissenschaften, Dualen Hochschule und Universitäten. Solche Promotionsmöglichkeiten werden helfen, Assistenzstellen an diesen Hochschulen attraktiver zu machen und Personal zu gewinnen.

Die Lehrerausbildung in Baden-Württemberg findet sowohl an den Universitäten als auch an den pädagogischen Hochschulen statt. Wir unterstützen Bestrebungen, die bei der Lehrerausbildung eine gute Theorie mit Praxisnähe verzahnen. Internationale Vergleiche, nationale Rankings und Erfahrungen mit der Studierfähigkeit von Erstsemestern machen deutlich, dass im deutschen Schulsystem die Qualität des Unterrichts und die Fähigkeiten der Schüler in den letzten Jahren stark abgenommen haben. Sowohl die Lehrerausbildung als auch der Lehrerberuf müssen attraktiver gemacht werden, um hochmotivierte und engagierte Lehrkräfte zu gewinnen, die auch die besonderen Anforderungen der durch die Migration sehr heterogenen Schulklassen bewältigen können.

Während deutsche Politiker in der Welt herumreisen, um medizinisches Personal und Ärzte aus ärmeren Ländern abzuwerben, gibt es in Deutschland für das Medizinstudium immer noch einen Numerus Clausus. Wir fordern, mit dieser unsolidarischen Praxis Schluss zu machen und in Deutschland, auch in Baden-Württemberg, mehr Studienplätze für das Medizinstudium einzurichten.

In Baden-Württemberg gibt es fünf Universitätskliniken, die in das allgemeine Konzept eingebunden werden sollen, die zivile Infrastruktur des Landes kriegstüchtig zu machen. Es finden vermehrt Notstandsmanöver zusammen mit der Bundeswehr statt, um die Bewältigung großer Zahlen von Verletzten zu üben. Wir lehnen jede Bestrebung ab, Kliniken, auch Universitätskliniken, in militärische Konzepte einzubinden. Die zusätzlichen Kosten, die solche Militärübungen und die Einrichtung für militärischer Resilienz verursachen, sind besser beim Ausbau der

medizinischen Versorgung und der Lehrleistung der Universitätskliniken eingesetzt.

Unsere Ziele:

- Stärkung der Hochschullandschaft Baden-Württembergs entsprechend den Bedürfnissen des Landes auch durch Kooperation mit Handwerk, Industrie und regionaler Wirtschaft.
- Reform des Lehramtsstudiums mit stärkerem Praxisbezug, um fachlich und pädagogisch exzellent ausgebildete Lehrer zu gewinnen. Durchgängige Bezahlung von Referendaren über das gesamte Jahr.
- Ausweitung der Stipendienprogramme für die Medizinstudenten, die sich verpflichten, als Mediziner in Baden-Württemberg in Fachrichtungen oder Orten mit Unterversorgung tätig zu werden.

6. Schutz von Grundrechten, demokratische Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Das Verhältnis zwischen Bürger und Staat muss neu justiert werden. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und ungefilterte Information über die gesamte Medienbreite ist für uns nicht verhandelbar! Wo immer Probleme und Herausforderungen zum Anlass gemacht werden, den Meinungskorridor einzuschränken, Andersdenkende zur Gefahr zu erklären und Bürgerinnen und Bürger anlasslos zu überwachen, ist das BSW da und sagt STOP!

Wir stehen für eine vernünftige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit. Einen übergriffigen oder autoritären Staat lehnen wir ab. Grenzen jeden staatlichen Handelns sind die Verhältnismäßigkeit der Mittel, die Unschuldsvermutung und das Recht auf Privatheit. Jeder Mensch soll sich frei in der Öffentlichkeit bewegen können – ohne Angst vor Bewertung und Überwachung – und ohne unter Generalverdacht zu geraten. Wir schützen das Recht auf Privatheit der Kommunikation – zuhause, am Telefon und im Chat.

Gewaltbereiten Ideologien stellen wir uns genauso entschieden entgegen wie den zunehmenden Angriffen auf die Meinungsfreiheit durch Cancel-Culture, Gender-Ideologie und Konformitätsdruck.

Auch der neue politische Autoritarismus – der sich anmaßt, Menschen zu erziehen, ihre Sprache zu kontrollieren oder ihre Lebensweise vorzuschreiben – ist mit echter Freiheit nicht vereinbar. Das BSW lehnt Melde- und Überwachungsplattformen kategorisch ab. Die Kontrolle straffreier Äußerungen schafft ein Klima der Einschüchterung und ist ein Angriff auf Pluralität und Ideenwettbewerb.

6.1. Demokratische Teilhabe

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in politische Institutionen ist in den vergangenen Jahren stark erschüttert worden. Viele Menschen empfinden politische Entscheidungen als abgehoben, einseitig oder nicht mehr nachvollziehbar. Fast die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger sind unzufrieden mit der Demokratie. Gerade in Krisenzeiten zeigt sich: Ein Rechtsstaat erfordert transparente Institutionen, die Widerspruch, kontroverse Debatte und unterschiedliche Meinungen zulassen – ohne Denkverbote.

Auch in Baden-Württemberg beobachten wir eine zunehmende Entfremdung vieler Menschen von der Politik. Komplexe Verwaltungsstrukturen, intransparente Entscheidungsprozesse und die geringe Nutzung direkter Demokratieinstrumente verschärfen dieses Problem. Demokratie lebt von Beteiligung und echter Mitsprache – auch zwischen den Wahlen.

Digitalisierung bietet Chancen, aber nicht jeder möchte immer und überall in der digitalen Welt leben. Wir respektieren die Entscheidung für ein Leben ohne digitale Endgeräte und fordern ein Recht auf analoge Zugänge zu staatlichen und gesellschaftlichen Angeboten.

Viele Bürger empfinden die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien als einseitig, ideologisch gefärbt und regierungsnah. Über 40 Prozent der Deutschen besitzen wenig oder gar kein Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das jüngste Urteil des Bundesverwaltungsgerichts hat bestätigt, dass die Beitragspflicht verfassungswidrig sein kann, wenn der Rundfunk seinen Auftrag, ausgewogen zu berichten und die Meinungsvielfalt abzubilden, über längere Zeit grob verfehlt. Ein funktionierender öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist jedoch für die Demokratie unverzichtbar, weil er im Gegensatz zu privaten Medien unabhängig von Werbung, Einschaltquoten oder politischer Einflussnahme wirken soll.

Es braucht eine grundlegende Reform bei den Programmen, Strukturen, Kosten und in den Führungssetzen. Die Rundfunkanstalten müssen ihrem Auftrag zu objektiver Information,

Pluralität und gleichberechtigter Abbildung unterschiedlicher gesellschaftlicher Perspektiven wieder gerecht werden. Die teils schwindelerregenden Gehälter in der Führungsebene stehen in keinem Verhältnis zu den wachsenden finanziellen Belastungen der Beitragszahler. Der Rundfunkbeitrag ist für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zu hoch und sollte sich auf zehn Euro im Monat belaufen. Vetternwirtschaft, parteipolitische Einflussnahme und intransparente Entscheidungsstrukturen untergraben zusätzlich das Vertrauen. Wir wollen einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der parteifern organisiert ist, aufklärt und echte Meinungsvielfalt abbildet, statt einseitig Regierungsnarrative zu verbreiten oder Kritiker auszugrenzen.

Unsere Ziele:

- Wir wollen die Hürden für Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Bürgeranträge senken und rechtlich absichern.
- Keine Meldeportale zur Kontrolle von Äußerungen unterhalb der Straftatenschwelle.
- Bürgerbudgets müssen weiter ausgebaut werden.
- Verpflichtung öffentlicher Stellen zu transparenter Kommunikation und offener Bürgerbeteiligung als Grundprinzip.
- Alltägliche Vorgänge wie das Bezahlen, die Kommunikation mit Behörden oder der Zugang zu Informationen müssen weiter auch analog und ohne Smartphone möglich sein.
- Wir fordern eine Neugestaltung und Verschlankung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks und Neudefinition des „Grundversorgungsauftrages“: Information, Bildung, Kunst, Kultur.
- Keine Erhöhung des Rundfunkbeitrags und maximal zehn Euro monatlicher Rundfunkbeitrag für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen.

6.2. Gesellschaftlicher Zusammenhalt als Herzstück der Demokratie

Grundlage eines funktionierenden Miteinanders ist, Widerspruch und andere Meinungen auszuhalten. Wer Andersdenkende pauschal ausgrenzt, Haltungen überprüft und Bekenntnisse einfordert, zerstört den offenen demokratischen Diskurs, den eine freie Gesellschaft dringend braucht. Mittlerweile haben 44 Prozent der Deutschen das Gefühl, dass man lieber vorsichtig sein sollte, seine politische Meinung frei zu äußern. Seit 2021 liegt die gefühlte Meinungsfreiheit auf einem historischen Tiefstand. Diese Art der Spaltung akzeptieren wir nicht.

Unsere Gesellschaft muss es aushalten, auch zu kontroversen Themen Debatten zu führen. Nicht einseitig im digitalen Raum, sondern im echten Dialog und Wettstreit um die besseren Argumente. Dafür braucht es einen breiten Meinungskorridor, Respekt und Toleranz. Wir wollen mit allen Menschen in Baden-Württemberg ins Gespräch kommen, über Lösungen diskutieren – und gemeinsam den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

7. Zuwanderung wirklich begrenzen – Integration voranbringen

Wir erkennen das individuelle Recht auf Asyl an, setzen dabei jedoch klar auf eine geregelte Migrationspolitik, die sowohl humanitäre als auch nationale Interessen berücksichtigt. Seit Jahren fordern viele Menschen ein Bleiberecht in Deutschland ein, deren Ansinnen zwar verständlich, aber weder durch Grundgesetz oder Genfer Flüchtlingskonvention begründet ist. Derzeit bekommt jeder zweite Asylbewerber keinen Schutzstatus, darf aber auf absehbare Zeit bleiben. Wirklich Schutzbedürftige erreichen Deutschland zumeist nicht.

Unser Staat muss die Kontrolle darüber zurückgewinnen, wer ins Land kommt und hier lebt. Unser Land, unsere Gesellschaft, die Kommunen, das Bildungswesen und die sozialen Sicherungssysteme dürfen nicht weiter über die Grenze des Leistbaren und der Integrationsfähigkeit geführt werden.

Wir sprechen uns für rechtsstaatliche Asylverfahren an den EU-Außengrenzen und in Drittstaaten aus, um den Zugang nach Europa nicht kriminellen Schleppernetzwerken zu überlassen. Hierfür wollen wir mit Transitländern diplomatisch zusammenarbeiten.

Wir wollen es nicht bei Versprechungen belassen, sondern tatsächlich sicherstellen, dass Personen ohne Bleiberecht unser Land unverzüglich wieder verlassen. Viele Menschen empfinden es als Staatsversagen, wenn die Ausreise nicht mit Nachdruck verfolgt und erfolgreich durchgesetzt wird.

Ein Schwerpunkt ist die Abschiebung von Straftätern, Extremisten, Gefährdern und Personen, die in strafbarer oder missbräuchlicher Weise versucht haben, ein Aufenthaltsrecht zu erlangen.

Sozialleistungen für abgelehnte Asylbewerber ohne Schutzstatus wollen wir auf das verfassungsrechtliche Minimum beschränken und

flächendeckend über die einheitliche Bezahlkarte gewähren. Deutschland zahlt im Vergleich zu anderen EU-Ländern überdurchschnittlich hohe Leistungen an abgelehnte Bewerber, was als Anreiz zur Migration wahrgenommen wird.

Die zügige Integration der Personen mit Bleibeperspektive – vorrangig durch Beschäftigung – ist für uns Grundlage einer erfolgreichen Migrationspolitik und ein wichtiger Aspekt für die Sicherheit in Deutschland. Wir begrüßen die Drei-Monats-Frist des baden-württembergischen Anerkennungsgesetzes und fordern ihren Erhalt. Arbeitsgenehmigungen müssen zeitnah und unbürokratisch erteilt werden. Das entlastet die Sozialsysteme und erleichtert Integration. Es ist nicht akzeptabel, dass der Beschäftigungsanteil von Flüchtlingen in vielen europäischen Ländern deutlich höher ist als hierzulande. Während des Verfahrens sollen Asylbewerber regelmäßig gemeinnützige Arbeit leisten, um von Anfang an in unser Gemeinwesen integriert zu werden.

Wer nach Deutschland kommt, muss sich aktiv um Spracherwerb, Arbeit und Qualifizierung bemühen. Wir fordern verpflichtende Deutsch-Tests für alle Kinder ab drei Jahren. Bestehen Defizite, muss der Kita-Besuch verpflichtend sein. Wir wollen mehr Deutschkurse und das ehrenamtliche Unterrichten aufwerten.

Wir wollen Fluchtursachen an ihren Entstehungsorten reduzieren. Dafür fordern wir eine Neuausrichtung der EU-Außenpolitik- und Handelspolitik, die darauf abzielt, Konflikte in den Herkunftsländern zu beenden und Lebensbedingungen zu verbessern. Dies beinhaltet unter anderem den Stopp von Waffenexporten in Krisengebiete, gerechte Handelsstrukturen mit den Ländern des globalen Südens sowie die Schaffung individueller Perspektiven vor Ort. Wir setzen uns für ein schnelles Ende des Krieges in der Ukraine durch Verhandlungen ein, viele Menschen könnten dann in die Ukraine zurückkehren.

Wir setzen uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung humanitärer Organisationen wie dem UNHCR ein, um Flüchtlingen in Krisensituationen effektiv helfen zu können.

Rassistischer und ausländerfeindlicher Stimmungsmache stellen wir uns mit voller Kraft entgegen. Dafür wollen wir kulturelle Begegnungen und integrative Stadtteilarbeit in den Kommunen fördern, um Ängste abzubauen und Integration zu verbessern.

Gleichzeitig fördern und fordern wir die Akzeptanz der Regeln des Grundgesetzes für ein friedliches Zusammenleben. Wir wissen, dass die große Mehrheit der Muslime sich für ein friedliches Zusammenleben der Religionen einsetzt. Einen radikalen Islamismus, der die Schaffung eines Kalifats in Deutschland herbeisehnt oder Hass auf unsere Kultur schürt, lehnen wir ab.

Flüchtlingspolitik und Arbeitsmigration sind klar voneinander zu trennen. Wir wollen die Attraktivität Deutschlands für ausländische Arbeits- und Fachkräfte gezielt stärken. Dazu fordern wir einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt unter Beibehaltung der jeweils erforderlichen Qualifikationskriterien.

Zugewanderte Menschen, die sich durch jahrelange Tätigkeit eine Existenz aufgebaut haben, gehören zu Deutschland, verdienen Respekt und Schutz vor Diskriminierung. Anwerbeprogramme für gut ausgebildete Fachkräfte aus dem globalen Süden lehnen wir ab, wenn diese Fachkräfte in den Herkunftsländern fehlen.

Unsere Ziele:

- Wir unterstützen wirksame Grenzkontrollen und eine strukturierte Grenzüberwachung durch die Bundespolizei – solange, bis europäische Regelungen gleichwertig funktionieren.
- Ausreisepflichtige Personen wollen wir konsequent zurückführen. Dazu unterstützen wir behördenübergreifenden Ausreisezentren und verfassungskonforme Zuständigkeitserweiterungen der Bundespolizei.
- Wir wollen gerichtliche Asylverfahren durch geänderte Verfahrensregeln zeitlich straffen.
- Restriktiver Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte, um

Migrationsanreize zu reduzieren und die Steuerung der Zuwanderung zu sichern.

- Wir setzen uns für Migrationsabkommen mit den Hauptherkunftsländern ein und unterstützen die regelmäßige Überprüfung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten. Für schwerste Straftäter muss eine Abschiebung auch in Länder wie Afghanistan, Syrien und Libyen möglich sein.

8. Gesundheit, Pflege und Teilhabe – Gemeinwohl statt Profitlogik

In Baden-Württemberg wird deutlich, wie stark sich soziale Spaltung, Privatisierung und politische Fehlsteuerungen im Gesundheitswesen gegenseitig verstärken. Jahrzehntelange Sparpolitik, Personalmangel und ein überlastetes System führen zu einer Krise, die für viele Menschen spürbar ist: Krankenhäuser schließen, Pflegeeinrichtungen stehen unter Druck, Fach- und Hausärzte fehlen. Überfüllte Notaufnahmen, lange Wartezeiten und steigende Eigenanteile in der Pflege sind zur Normalität geworden.

Gleichzeitig nehmen psychische Belastungen, Einsamkeit im Alter und die Überforderung in Familien zu. Während Milliarden in militärische Aufrüstung fließen, wird bei der sozialen Daseinsvorsorge gespart. Das Gesundheitswesen wird inzwischen teilweise sogar als Teil einer sogenannten „Kriegsinfrastruktur“ betrachtet. Im Ernstfall soll eine „negative Triage“ greifen – also die vorrangige Behandlung verwundeter Soldaten vor zivilen Opfern. Das Bündnis Sahra Wagenknecht steht für eine klare Kehrtwende: Gesundheit ist keine Ware und keine militärische Verhandlungsmasse – sie ist ein Menschenrecht.

Allein im Jahr 2022 betrugen die Ausgaben für Gesundheitsleistungen in Baden-Württemberg 62,8 Milliarden Euro – und doch erleben viele Menschen das System als unzureichend. Baden-Württemberg hat mit über 30 geschlossenen Klinikstandorten seit 2016 eine der höchsten Krankenhaus-Schließungsraten in Deutschland. Unter dem ehemaligen Gesundheitsminister Lucha wurde dieser Prozess ideologisch vorangetrieben. Die Landesregierung spricht von „Konzentration“, in Wahrheit geht es um Einsparungen und Profitlogik. Dabei ist das Land laut Verfassung verpflichtet, Investitionen in Krankenhäuser zu tätigen und ausreichend Bettenkapazitäten für die Bevölkerung vorzuhalten. Diese Pflicht wird seit Jahren unzureichend

erfüllt – viele Häuser sind baulich überaltert, Modernisierungen werden verschleppt, und Personalmangel, insbesondere der Pflegenotstand wird durch Sparmaßnahmen weiter verschärft.

Gleichzeitig treiben große private Träger wie Helios oder Artemed die Kommerzialisierung voran. Über die Hälfte der öffentlichen Kliniken schreibt rote Zahlen. Finanzinvestoren übernehmen Arztpraxen und wandeln sie in renditegetriebene Versorgungszentren um – besonders im Bereich Zahnmedizin und Radiologie. Das Ergebnis: Behandlung nach Profit, nicht nach Bedarf.

Das deutsche Gesundheitssystem ist eines der teuersten der Welt, leidet aber an massiver Fehlverteilung der Mittel. Es gibt Überversorgung in einigen Bereichen, etwa bei Herzkatheteruntersuchungen oder Endoprothetik, während in der Grundversorgung und Pflege Versorgungsengpässe herrschen.

Baden-Württemberg braucht eine konsequent gemeinwohlorientierte Gesundheitswende. Gesundheit muss für alle zugänglich sein – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort. Wir fordern eine solidarische Bürgerversicherung für alle, die die Zwei-Klassen-Medizin beendet. Pläne, medizinische Leistungen durch Zusatzbeiträge zu steuern, lehnen wir als unsolidarisch ab. Das Erstzugangsrecht zu psychotherapeutischen Behandlungen muss erhalten bleiben.

Unsere Ziele:

- **Gesundheit als Menschenrecht:** Gesundheit darf keine Ware und kein militärisches Instrument sein. Jede und jeder muss Zugang zu medizinischer Versorgung haben – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort.
- **Bürgerversicherung für alle:** Wir wollen eine solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems, die die Zwei-Klassen-Medizin beendet. Zusatzbeiträge oder Selbstbeteiligungen lehnen wir ab.

8.1. Pflege und Versorgung

Ein Drittel der zu Hause lebenden Pflegebedürftigen wird durch ambulante Dienste versorgt, zwei Drittel weiterhin allein durch Angehörige. Pflegearbeit wird größtenteils privat getragen – oft von überlasteten Familienmitgliedern oder osteuropäischen Pflegekräften, die unter prekären Bedingungen arbeiten. Die Abschaffung des Pflegegrads I verteuert diese häusliche Pflege zusätzlich.

Gleichzeitig steigen die Eigenanteile für stationäre Pflege weiter dramatisch. In Baden-Württemberg liegen sie mittlerweile bei durchschnittlich über 3.000 Euro im Monat – mehr als viele Menschen an Rente erhalten. Pflege darf keine Armutsfalle sein. Pflegenden Angehörige brauchen Entlastung, finanzielle Absicherung und gesellschaftliche Anerkennung. Das Land muss Pflegestützpunkte ausbauen, Kurzzeit- und Tagespflegeangebote sichern und Programme zur Altersvorsorge und Entlastung auflegen.

In der Altenpflege fehlen tausende Fachkräfte. Laut Prognosen werden bis 2040 rund 24.000 zusätzliche Pflegekräfte gebraucht. Doch die Arbeitsbedingungen sind so schlecht, so dass laut der Gewerkschaft Verdi die Unzufriedenheit in diesem Ausbildungsberuf extrem hoch ist. Über 80 Prozent der Pflegeeinrichtungen im Land klagen über unbesetzte Stellen. Diese Lücke gefährdet die Versorgung und letztlich Menschenleben.

Wir fordern: ein Betrieb – eine Belegschaft – ein Tarifvertrag. Löhne und Arbeitsbedingungen dürfen nicht durch Tochterfirmen gedrückt werden. Die Einführung einer Pflegekammer lehnen wir ab: Pflegekräfte verdienen Mitbestimmung, keine Zwangsstrukturen.

Unsere Ziele:

- Pflege darf keine Armutsfalle sein: Wir fordern eine solidarische Pflegevollversicherung und die Deckelung der Eigenanteile auf Höhe von 1000 Euro. Die Eigenanteile dürfen die durchschnittliche Rente nicht übersteigen.
- Pflegenden Angehörige entlasten: Finanzielle Leistungen, wohnortnahe

Pflegeangebote und Beratungsstellen müssen deutlich ausgebaut werden.

- Faire Arbeitsbedingungen: Ein Betrieb – eine Belegschaft – ein Tarifvertrag. Die Einführung einer Pflegekammer lehnen wir ab.

8.2. Psychische Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe

Immer mehr Menschen in Baden-Württemberg kämpfen mit psychischen Erkrankungen – ausgelöst durch Stress, Armut, Vereinsamung, Unsicherheit oder überlastende Lebensverhältnisse. Die Zahl der Krankenschreibungen wegen Depressionen und Angststörungen steigt seit Jahren. Gleichzeitig fehlen Therapieplätze und niedrigschwellige Hilfsangebote, besonders für Kinder und Jugendliche. Die Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung ist unzureichend – viele Weiterbildungsstätten und Praxen können so keinen Nachwuchs heranbilden. Land und Bund müssen diese Weiterbildung finanziell absichern und gesetzlich verankern.

Die psychosozialen Folgen der Coronapolitik, Existenzängste und Vereinsamung haben die Situation weiter verschärft. Der Zugang zu Hilfe hängt oft vom Wohnort oder Einkommen ab – das ist unhaltbar. Baden-Württemberg braucht flächendeckende Beratungsstellen, Krisendienste und eine öffentliche Kampagne zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen.

Unser Ziel:

- Psychische Gesundheit stärken: Ausbau wohnortnaher Therapie- und Beratungsangebote sowie von Suizidprävention, Sicherung der psychotherapeutischen Weiterbildung, Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen.

8.3. Geburtshilfe und Frauengesundheit

Die Lage in der Geburtshilfe ist alarmierend. Immer mehr Kliniken schließen geburtshilfliche Abteilungen, Hebammen stehen unter immensem Druck – zwischen Bürokratie, Haftpflichtkosten und ungleichen Vergütungen. Geburt darf kein Risiko durch Kostendruck sein. Das Land muss geburtshilfliche Stationen erhalten und Hebammen besser absichern.

Unser Ziel:

- Starke Geburtshilfe: Erhalt geburtshilflicher Abteilungen, bessere Absicherung und Bezahlung von Hebammen, Förderung wohnortnaher Geburtshäuser.

8.4. Strukturelle Verantwortung des Landes

Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge und regionale Aufgabe. Sie findet vor Ort statt. Das Land muss seine Investitionspflicht ernst nehmen und die kommunalen Krankenhäuser baulich und personell stärken. Der Erhalt und Ausbau von Krankenhausstrukturen soll sich am tatsächlichen Bedarf orientieren – an Flächenversorgung und Bevölkerungszahlen, nicht an Konzerninteressen.

Wir fordern eine prospektive Bedarfsplanung: Krankenhausbetten, Haus- und Fachärzte, Psychotherapie, Pflege, Hebammen und Prävention müssen nach regionalen Erfordernissen geplant werden. Dafür braucht es eine abgestimmte Zusammenarbeit von ambulanten und stationären Versorgungsbereichen – statt Konkurrenz zwischen Sektoren.

Die medizinische Grundversorgung in strukturschwachen Regionen soll durch kommunale Gesundheitszentren, Gemeindeschwestern und mobile Dienste gesichert werden – nach dem erfolgreichen schwedischen Modell. Auch die Landarztquote ist fortzuführen und durch zusätzliche Studienplätze für angehende Ärztinnen und Ärzte in Baden-Württemberg zu ergänzen.

Unsere Ziele:

- Krankenhausinvestitionen müssen dauerhaft und verfassungsgemäß gesichert sein.
- Weitere Schließungen von Notfallpraxen verhindern
- Regionale Versorgungsnetze: Ambulante und stationäre Einrichtungen sollen kooperativ und bedarfsorientiert arbeiten – mit prospektiver Planung von Betten, Ärzten, Pflege und Prävention.
- Landarztquote und Ausbildung: Erweiterung der Studienplätze, Förderung regionaler Primärversorgungszentren und

Gemeindeschwestern nach skandinavischem Vorbild.

- Rettungsdienste stärken: Flächendeckende Versorgung und einheitliches Telenotarztssystem in ganz Baden-Württemberg.

8.5. Friedenspolitik im Gesundheitswesen

Jegliche Militarisierung des Gesundheitswesens lehnen wir entschieden ab. Gesundheit darf niemals Teil einer Kriegslogik werden – sie dient dem Leben, nicht dem Krieg. Weder Bundeswehr noch Rüstungsindustrie dürfen Einfluss auf medizinische Infrastruktur, Ausbildung oder Versorgungskonzepte nehmen. Gesundheit ist und bleibt ein Menschenrecht.

8.6. Pharma, Arzneimittel und Versorgungssicherheit

Die Versorgung mit lebenswichtigen Medikamenten darf nicht von globalen Lieferketten abhängen. Baden-Württemberg soll die eigene Herstellung und Lagerung wichtiger Arzneimittel fördern, ein Frühwarnsystem bei Engpässen einführen und den Erhalt wohnortnaher Apotheken sichern. Wir fordern unabhängige Impf-, Arzneimittel- und Leitlinienkommissionen, die frei von wirtschaftlichen und politischen Interessen arbeiten.

Unser Ziel:

- Pharmaunabhängigkeit: Förderung der eigenen Herstellung wichtiger Arzneimittel, strategische Lagerhaltung und unabhängige Kommissionen.

9. Lehren aus der Corona-Zeit

In der Corona-Zeit wurden Grundrechte in bisher nicht gekanntem Maße eingeschränkt. Es hat sich herausgestellt, dass viele der Maßnahmen keine tragfähige wissenschaftliche Grundlage hatten und mehr Schaden als Nutzen brachten. Kritiker aus Wissenschaft und Öffentlichkeit, die frühzeitig vor Überreaktionen und ungeeigneten Maßnahmen warnten, wurden als Quacksalber, Rechtsradikale oder Schwurbler verunglimpft und an den Rand gedrängt. Menschen, die sich die neu entwickelten und im Eilverfahren zugelassenen Impfstoffe nicht verabreichen lassen wollten, wurden diskriminiert, sozial ausgegrenzt und zum Teil unter erheblichen Druck gesetzt.

Mittlerweile liegen zahlreiche Hinweise vor, dass der Nutzen der Impfstoffe überschätzt und ihre Risiken systematisch verharmlost wurden. Immer mehr Menschen berichten von zum Teil schweren Impfnebenwirkungen, während Krankenkassendaten und ärztliche Berichte zeigen, dass Langzeitfolgen bis heute nicht ausreichend erforscht oder dokumentiert sind. Auch das Paul-Ehrlich-Institut und das Bundesgesundheitsministerium stehen in der Pflicht, hier vollständige Transparenz zu schaffen. Zur besseren medizinischen Versorgung von Menschen mit Post-Vac-, Post-Covid- und ME/CFS fordern wir die Einrichtung spezialisierter Hochschulambulanzen in Baden-Württemberg.

Neue Enthüllungen – darunter die sogenannten RKI-Files – legen offen, dass zentrale Begründungen für Maßnahmen wie Lockdowns, Schulschließungen oder Ausgangssperren politisch motiviert und wissenschaftlich unzureichend fundiert waren. Die millionenschweren Maskendeals unter Beteiligung führender Bundespolitiker, bei denen auch baden-württembergische Unternehmen profitierten, werfen Fragen nach Transparenz, Vorteilsnahme und politischer Verantwortung auf.

Wir fordern deshalb einen Untersuchungsausschuss im baden-württembergischen Landtag, wie er bereits auf Initiative des BSW in Sachsen, Brandenburg und Thüringen angestoßen wurde. Die Konsequenzen aus der Corona-Zeit müssen gezogen werden – politisch, juristisch und gesellschaftlich. Eine Enquete-Kommission reicht dafür nicht aus.

Untersucht werden müssen:

- Die Entscheidungsprozesse auf Landesebene während der Pandemie,
- Die wissenschaftliche Grundlage von Grundrechtseingriffen,
- Die Rolle der Landesregierung, ihrer Ministerien, Behörden und beratenden Expertenräte,
- Wirtschaftliche Nutznießer der Pandemie, insbesondere bei Masken- und Testverträgen,
- Die Verabreichung, Bewerbung und politische Durchsetzung der Corona-Impfstoffe,
- Die Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche, Pflegebedürftige und andere vulnerable Gruppen,
- Sowie der Umgang mit Kritik und kritischen Stimmen in Medien und Gesellschaft.

Alle relevanten Protokolle und Dokumente von Behörden, Ministerien und Expertenräten, aus denen die Entstehung und Datengrundlage der getroffenen Entscheidungen hervorgeht, sind zu veröffentlichen.

Auch die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist kritisch zu prüfen: Hat sie ihrem gesetzlichen Auftrag zur objektiven Information und zur Staatsferne entsprochen – oder hat sie unkritisch Regierungsnarrative verstärkt?

Menschen, die wegen der Nichtbeachtung untauglicher oder überzogener freiheitseinschränkender Maßnahmen Strafen zahlen mussten, sollen diese zurückerstattet bekommen. Wir fordern ein Amnestie- und Rehabilitationsgesetz für all jene, die ihrem Gewissen folgend anderen geholfen haben, sich dem Impf- und

Maskenzwang zu entziehen oder sich der Diskriminierung Ungeimpfter zu widersetzen.

Ohne eine solche Aufarbeitung kann es keine politische Erneuerung geben. Baden-Württemberg darf einem neuen Pandemievertrag auf WHO-Ebene nur dann zustimmen, wenn zuvor die Rolle der WHO, ihrer Finanzierung und ihrer Abhängigkeiten von privaten Stiftungen und Konzernen umfassend untersucht wurde. Weitere Souveränitätsabgaben an supranationale Institutionen ohne parlamentarische Kontrolle lehnen wir ab.

10. Entschlossen für Sicherheit und Ordnung – Schutzauftrag des Staates und Freiheitsrechte im Einklang

Wir sind der Überzeugung, dass Sicherheit nicht primär durch repressives Handeln gewährleistet werden kann, sondern soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit voraussetzt. Effizient organisierte, technisch und personell bestens ausgestattete Sicherheitsbehörden mit zeitgemäßen und klaren Befugnissen erreichen dann die besten Ergebnisse, wenn sie für eine sozial gerechte Gesellschaft arbeiten. Diese zeichnet sich durch exzellente Bildung und Aufstiegsperspektiven unabhängig von Herkunft und Status aus.

Die Polizei hat ihre höchste Verpflichtung darin, unseren demokratischen Rechtsstaat zu schützen und die Grundrechte der Bürger als Abwehrrechte gegen staatliche Eingriffe zu garantieren. Alle Sicherheitsbehörden sind den verfassungsmäßigen Freiheitsgarantien als höchstem Recht verpflichtet - nicht herrschenden Eliten, Parteipolitik oder Ideologien. Der Schutz der Versammlungsfreiheit, der politischen Betätigung und der Meinungsfreiheit sind die zentralen Aufgaben jeder Polizistin und jedes Polizisten – jeden Tag und überall im Land. Der Polizeieinsatz vom 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten war für Baden-Württemberg eine Zäsur für das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern und bleibt erschütternde, lebendige Mahnung für ein jederzeit rechtmäßiges und verhältnismäßiges Einschreitverhalten sowie eine vollständige strafrechtliche und politische Aufarbeitung, wenn der Staat seine Handlungsbefugnisse überschreitet.

Besonders wichtig ist uns, dass aus rechtswidrigem Handeln niemand einen Vorteil hat. Dies gilt im Einzelfall, besonders jedoch für den Bereich der organisierten Kriminalität. Wir verurteilen jede Form von gewalttätigem Extremismus, sei er links-, rechts- oder religiös motiviert. Besonders besorgniserregend ist die zunehmende

Radikalisierung Minderjähriger. Zum Schutz der Menschen und unserer Freiheit brauchen wir hier einen handlungsbereiten Staat.

Unser Land steht vor komplexen und vielschichtigen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Der erste Schritt zur Lösung ist, terroristische Gefahren und neue Bedrohungsformen gerade auch im Cyberraum ernst zu nehmen und die strukturellen Defizite bei den Sicherheitsbehörden anzuerkennen. Hierfür braucht es politischen Willen, ein klares Bekenntnis zu den Sicherheitsbehörden und seinen Beschäftigten sowie ordnungspolitische Stärke.

Baden-Württemberg zeigt mit vergleichsweise geringer Kriminalitätsbelastung (2024: 4.882 Straftaten je 100.000 Einwohner) bei solider Aufklärungsquote (60,3 Prozent), dass es Sicherheit kann – und eines der sichersten Länder Deutschlands ist. Wir wollen, dass das so bleibt: Mit klarem Bekenntnis zu stetigen Verbesserungen bei Einsatzmitteln und Sicherheitsausrüstung sowie zeitgemäßen Befugnissen stehen wir für eine moderne Sicherheitsarchitektur und verantwortungsvolle Sicherheitspolitik.

Dennoch treten gravierende Defizite, ein massiver Nachholbedarf, strategische Fehlentscheidungen und gescheiterte Vorhaben offen zutage – das Ergebnis der grün-schwarzen Koalition. Kaputtgesparte Sicherheitsbehörden, fehlende Antworten auf die absehbare Pensionierungswelle, eine zu späte und gescheiterte Einstellungsoffensive und durchgehend koalitionsinterne Brüche und ideologische Grabenkämpfe haben zu fatalen Versäumnissen geführt.

Schluss damit! Es braucht jetzt eine Sicherheitspolitik, die nicht Spielball parteipolitischen Gezänks ist.

Unsere Ziele:

- Bürgerrechte wahren – Rechtsstaat stärken: Sicherheit und Freiheit bedingen einander. Echte Sicherheit entsteht durch Vertrauen zwischen Bürgern und Staat, nicht durch Überwachung. Das BSW fordert eine Balance zwischen dem Schutzauftrag des Staates und

den Freiheitsrechten der Bürger. Die Sicherheitsbehörden bekommen zeitgemäße Befugnisse mit klaren Einschreitschwellen und Grenzen. Bei hoher Eingriffstiefe kontrolliert das Parlament.

- Die Polizei steht im Dienst des Rechts und der Bürger – nicht im Dienst politischer oder wirtschaftlicher Eliten. Ihr Auftrag ist es, unsere bürgerlichen Freiheitsrechte als höchstes Gut des Staates zu schützen.
- Erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung heißt vor die Lage kommen: Die Landesregierung handelt seit Jahren reaktiv, d.h. auf tragische Ereignisse folgen Versprechen und Gesetzesverschärfungen. Wir kehren diesen falschen Ansatz um. BSW-Sicherheitspolitik bedeutet verantwortungsvolles Handeln aus einem Guss. Wir erwarten vom Staat, dass die Bürger ohne Ansehen der Person wirklich geschützt werden.
- Gewaltbereiter Extremismus zerstört unser Gemeinwesen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der zunehmenden Radikalisierung bei Minderjährigen begegnen wir mit einem ganzheitlichen Ansatz: Wir setzen auf eine abgestimmte Kombination aus Bildung, Prävention und konsequenter Strafverfolgung. Jugendstrafverfahren müssen beschleunigt werden, damit die Sanktion als Konsequenz des Verhaltens spürbar ist.
- Konsequente Gewinnabschöpfung bei kriminellen Clanstrukturen.
- Sicherheit ist keine Ware, sondern Daseinsvorsorge des Staates: Über 3.000 unbesetzte Polizeistellen zeigen das Versagen der Landespolitik. Das BSW fordert 4.000 zusätzliche Polizeistellen und bessere Arbeitsbedingungen. Hoheitliche Aufgaben gehören uneingeschränkt in staatliche Hand.
- Ursachen bekämpfen statt nur Symptome behandeln: Nachhaltige Sicherheit entsteht, wenn Prävention und Repression Hand in Hand gehen – nicht durch immer härtere Strafen. Kriminalität hat

soziale Ursachen: Armut, Perspektivlosigkeit, fehlende Bildung. Das BSW setzt sich für beste Bildung und Wertevermittlung, eine durchlässige Gesellschaft, gleiche Startchancen für alle unabhängig von Herkunft und Status ein. Eine gerechte Gesellschaft ist eine sichere Gesellschaft.

10.1. Sicherheit ist staatliche Kernaufgabe

Sicherheit ist Daseinsvorsorge und gehört in die professionellen Hände der Polizei. Die Polizei übt das Gewaltmonopol des Staates aus und ist der Sicherheitsgarant einer freien und gerechten Gesellschaft – denn Sicherheit ist keine Ware und darf weder privatisiert werden noch vom Geldbeutel abhängen.

Ebenso wenig dürfen finanzschwache Kommunen mit hoheitlichen Sicherheitsaufgaben überlastet werden.

Das BSW steht für eine moderne Sicherheitspolitik. Der Rechtsstaat darf sich nicht unterwandern lassen. Eine Preisgabe von Räumen oder die Resignation vor organisierter Kriminalität sind weder vernünftig noch gerecht. Wir wollen unsere Polizeien auf Augenhöhe mit kriminellen Netzwerken und der Organisierten Kriminalität bringen. Wir stärken daher die Ermittlungsbehörden, um eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung auf der Grundlage des Legalitätsprinzips zu gewährleisten. Denn nur wer die großen Fische fängt, schützt die ehrlichen Bürger wirkungsvoll.

Hierbei gilt: Alle Befugnisse müssen den Sicherheitsbehörden genau die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen rechtlichen Handwerkzeuge geben und immer eindeutige und klare Grenzen definieren. Ermächtigungsgrundlagen mit besonders hoher Eingriffstiefe – wie die KI-basierte Auswertung von Bestandsdaten oder der automatisierte Datenabgleich – sind nur da erforderlich, wo unsere Gesellschaft vor extremistischen, terroristischen oder schwersten Straftaten geschützt werden muss.

Wir lehnen Palantir und die neu geschaffene, weitreichende Befugnis zur automatisierten Datenanalyse ab. Die Software verknüpft automatisiert Millionen Polizeidaten – auch Unbeteiligter

– zu umfassenden Profilen. Eine wirksame und effektive demokratische Kontrolle ist faktisch unmöglich. Der Einsatz verstärkt systematisch polizeiliche Massenüberwachung und macht Baden-Württemberg auf gefährliche Weise abhängig von einem privaten US-Konzern, dessen Daten auch dem amerikanischen Behördenzugriff unterliegen. Für eine zeitgemäße polizeiliche Datenauswertung setzen wir auf in Deutschland oder Europa entwickelte Softwarelösungen, deren Algorithmen und Datenflüsse vollständig nachvollziehbar sind, Datensicherheit garantieren und strikten, eindeutigen Anwendungsbegrenzungen unterliegen.

Wir werden alle Gesetzgebungsvorhaben zur Ausweitung polizeilicher oder geheimdienstlicher Befugnisse fachkompetent-kritisch flankieren und für die grundrechtskonforme und strikt zweckbezogene Ausgestaltung eintreten.

Unsere Ziele:

- Klare gesetzliche Abgrenzung zwischen staatlichen und privaten Sicherheitsaufgaben.
- Keine privaten Sicherheitsdienste bei hoheitlichen Aufgaben und keine Auslagerung von Verkehrsüberwachung an private Firmen.
- Stopp der Kommunalisierung von Polizeiaufgaben.
- Community-Policing statt „Bürgerwehren“.
- Wir fordern die zweckgebundene, passgenaue Ausgestaltung polizeilicher Befugnisse, die in ausgewogener Balance zu den bürgerlichen Freiheitsrechten steht.
- Wir verlangen die strikte Begrenzung verdeckter Maßnahmen wie Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Online-Durchsuchung auf besonders schwerwiegende Einzelfälle.
- Nein zu Palantir: Digitale Souveränität statt Massenüberwachung. Palantir gefährdet Datenschutz und Grundrechte und bringt Baden-Württemberg in eine gefährliche Abhängigkeit von US-Geheimdiensten und -Konzernen.

- Für uns ist unverzichtbar, dass beim Einsatz Künstlicher Intelligenz die finale Entscheidung durch einen Menschen getroffen wird.
- Polizeiliche Befugnisse dürfen nicht zu einer Überwachung der großen Masse rechtstreuer Bürger führen.
- Wir wollen, dass die Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten zur Vermögensabschöpfung krimineller Strukturen zum Standard wird.

10.2. Sicheres und lebenswertes Lebensumfeld

Der öffentliche Raum – Straßen, Plätze und Parks – sind das erweiterte Wohnzimmer aller Bürger. Gewalt, Straßenkriminalität, Fehlnutzungen und Verwahrlosung stehen den Freiheitsrechten der Menschen und der unbeschwerten Teilhabe entgegen. Es sind Zeichen des Scheiterns und des Aufgebens.

Zu Sicherheit und Ordnung gehören neben der Kriminalprävention gerade auch die Pflege und sinnstiftende Ausstattung der öffentlichen Räume, ein gutes Sicherheitsgefühl, wertschätzender Umgang miteinander sowie gelebter Respekt für unsere Regeln und Normen.

Hierfür braucht es das Zusammenwirken vieler Akteure im Land und gerade auch das zivilgesellschaftliche Engagement eines jeden. Daher fordern wir mehr Polizeipräsenz, klare rechtliche Befugnisse, soziale Gerechtigkeit, den Aufbruch in ein neues Miteinander und ausreichende Mittel für attraktive Innenstädte und lebenswerte Dörfer.

Wir geben ein ordnungspolitisches Versprechen: Unsere Viertel und Stadtteile sollen endlich wieder stärkende Lebensräume mit echter Aufenthaltsqualität und vielfältigen Nutzungsangeboten für alle Bürgerinnen und Bürger werden.

Unsere Ziele:

- Null-Toleranz und täterorientierte Ermittlungs- und Kontrolleinheiten an innerstädtischen Kriminalitätsschwerpunkten.

- Aufgabenunabhängige Ansprechbarkeit und Präsenz der Polizei – unterstützt durch datenschutzkonforme Videoüberwachung an Kriminalitäts-Hotspots wie zentralen Plätzen, Bahnhöfen und Fahrradabstellanlagen oder Bereichen der Drogenszene.
- Konsequente Beseitigung von Verwahrlosung, Präsenzoffensive in „No-Go-Areas“ sowie Belebung, Aufwertung und neue Nutzungen für durch einzelne Nutzergruppen übernommene Bereiche.
- Weitere Etablierung der Polizei als Träger öffentlicher Belange (TÖB) sowie städtebaulich-kriminalpräventiv spezialisierten Anhörungs- und Beratungspartner – mit standardisierten Beratungsstrukturen und mit Erfolgskontrolle.

10.3. Gewaltschutz on- wie offline: Ordnungspolitische Stärke trifft auf Kriminalprävention

Kluges Sicherheitsmanagement setzt nicht an aufgestauten Problemen an, sondern sieht diese voraus und schafft strategisch gute Rahmenbedingungen. Verantwortungsvolle Sicherheitspolitik investiert in Prävention – sie ist der Schlüssel zu einer Gesellschaft, in der Menschen ohne Angst leben können.

Der öffentliche Personenverkehr und innerstädtische Brennpunkte verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit. Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Mädchen und Frauen, Gewalt bei Sportveranstaltungen, in Jugendgruppen sowie im Netz sind inakzeptable Entwicklungen. Wir wollen diese Entwicklung mit der Intensivierung ganzheitlicher Konzepte vom Kindesalter an stoppen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Mädchen und Frauen besser vor Gewalt geschützt sind. Maßstab ist die Istanbul-Konvention, deren Umsetzung erhebliche Defizite aufweist.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Respekt, Vertrauen und gewaltlose Konfliktlösung als Gemeinschaftsleistung verschiedenster Akteure verstanden und erreicht wird: Staat, Zivilgesellschaft, Familien und Religionsgemeinschaften.

Unsere Ziele:

- Professionalisierung und personelle Absicherung der Programme für besonders auffällige junge Straftäter (BajuS) und erwachsene Mehrfach- und Intensivtäter (MIT).
- Verstärkte interdisziplinäre Verzahnung zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendämtern, Jugendgerichtshilfe, sozialen/psychosozialen Diensten, Schulen und Gerichten.
- Schwerpunkt auf bürgernahe, gemeinorientierte Polizeiarbeit (Community Policing).
- Regionaler Dialog zwischen Politik, Polizei und Bürgern – Vernetzung zur Bildung von Synergien und die Stärkung der Legitimität der Polizeiarbeit.
- Bedarfsgerechte Mittel für Bildung, Jugendhilfe, Gewaltprävention und soziale Projekte. Jeder investierte Euro in Gewaltprävention spart durchschnittlich 12 Euro an gesellschaftlichen Folgekosten.
- Spezieller Schutz für situationsabhängig vulnerable Gruppen wie Ältere, Kinder und Jugendliche, Frauen, Familien mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit Behinderungen.
- Stärkung und Schutz von Kindern und Jugend durch Aufklärung über digitale Gewalt und Cybermobbing.
- Frühzeitige Gewaltprävention durch Präventionsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen.

10.4. Personalmangel bei der Polizei beheben – Handlungsfähigkeit sichern

Erfolg, Qualität und jede Weiterentwicklung polizeilichen Wirkens steht und fällt mit einer aufgabengerechten Personalausstattung.

Gegenwärtig gefährden allerdings dramatische Personalengpässe die öffentliche Sicherheit; Baden-Württembergs Polizei erlebt eine nie dagewesene Personalkrise: Über 3.000 Stellen sind unbesetzt – jede zehnte Polizeistelle ist vakant. Mehr als 2.700 Polizistinnen und Polizisten fehlen für die Grundversorgung der öffentlichen Sicherheit. Erstmals konnten 2024 sogar 150

Ausbildungsplätze nicht besetzt werden, während gleichzeitig über 20 Prozent der Auszubildenden ihre Ausbildung abbrechen. Baden-Württemberg trägt bei der Polizeidichte im Bundesvergleich die rote Laterne.

Ein wesentlicher Grund für die heutigen Defizite sind jahrelange falsche Prioritäten, ideologische Kämpfe in der grün-schwarzen Koalition und die intransparenten Sparabsprachen zu Beginn der grün-schwarzen Koalition 2016: Der verabredete Abbau von 5.000 Stellen bis 2020 bedeutet ein strukturelles Versagen, da die Pensionierungswelle der Baby-Boom-Generation, zurückgehende Bewerberzahlen und wachsende Anforderungen bei Terrorismus, Cybercrime und politischem Extremismus absehbar waren.

Unsere Ziele:

- Mehr Aufgaben und wachsende Komplexität brauchen mehr Personal: 4.000 zusätzliche Stellen bis zum Ende der Legislatur, davon 1.000 Stellen im Verwaltungsdienst zur Entlastung der Vollzugskräfte.
- Als unmittelbare Reaktion auf den dramatischen Personalmangel fordern wir den Ausbau der Polizeihochschule mit beiden Standorten und die Verdopplung der Ausbildungsplätze von 1.200 auf 2.400 Plätze – alle mit Übernahmegarantie.
- Ausbildung und Rekrutierung revolutionieren: Zugangshürden senken, Ausbildungsvergütung auf Mindestlohn-Niveau, Wohnheimplätze für Auszubildende, Quereinstiegsprogramme für Fachkräfte ab 35 Jahren.
- Mentoring macht's: Strikt leistungsorientierte Förderung für Nachwuchsführungskräfte aus allen gesellschaftlichen Gruppen.
- Defizite in der Personalführung beheben: Wir fordern ein Leitbild (Code of Conduct) – von den Beschäftigten entwickelt – und ein Beurteilungssystem.
- Harte Arbeit – gutes Geld: Besoldungsanpassung an das Niveau der Bundespolizei. Dazu: Ein Zulagensystem, das

die wirklichen Belastungen kompensiert – auch für Bedienstete mit psychisch besonders belastenden Tätigkeiten. Und: Schnellere Auszahlbarkeit für Mehrarbeitsstunden.

- Zuverlässige Kinderbetreuung am Dienstort.
- Biete gute Jobs – und rede darüber: Baden-Württemberg ist ein guter Platz zum Leben und Arbeiten: Mit einer Image-Kampagne, einer Social-Media-Offensive sowie verstärkter Berufsorientierung in Schulen und Berufsmessen, wollen wir Berufseinsteiger ansprechen.

10.5. Schutz und Wertschätzung für alle Einsatzkräfte

Gewalt gegen Einsatzkräfte erreichte mit einem Anstieg um 7,2 Prozent auf fast 6.400 Straftaten einen neuen Höchststand.

Polizeidienstkräfte, Feuerwehrangehörige, Rettungs- und Katastrophenschutzkräfte, Ärzte und Angehörige der Gesundheitsberufe sowie unzählige Ehrenamtler stehen jeden Tag für das Leben und die Sicherheit der Menschen ein. Wenn es darauf ankommt, müssen sie Leben und wichtige Sachwerte wirksam schützen und bewahren. Für diesen Einsatz und das leidenschaftliche Engagement brauchen diese Alltagshelden unseren Rückhalt.

Unsere Ziele:

- Respekt zeigen: Wir wissen: solide Stellenausstattung, modernste Ausstattung mit Einsatzmitteln, Gebäuden und IT sind nicht nur elementare Arbeitsgrundlage, sondern Ausdruck von Wertschätzung.
- Exzellente Aus- und Fortbildung in modernen Akademien und Trainingszentren, weiterhin auch in Deeskalationstechniken und interkultureller Kompetenz.
- In der Mitte der Gesellschaft: Die Leistung der Einsatz-, Rettungs-, und Bevölkerungsschutzkräfte müssen in der Öffentlichkeit sichtbar sein.

- Wir machen Druck: Der Bund muss Vollstreckungsbeamte, Rettungskräfte und medizinisches Personal durch einen einheitlichen Tatbestand für verbale und tätliche Angriffe, schnellere Anklagen und Strafvollstreckungen besser schützen.

10.6 Verfassungsschutz – kontrollieren und Befugnisse klar begrenzen

Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden ist das frühzeitige Erkennen extremistischer Bestrebungen, die Verhinderung terroristischer Gewalt oder staatsgefährdender Aktivitäten sowie der Schutz vor politischer und wirtschaftlicher Spionage. Verfassungsschutz darf weder als Regierungsschutz oder Repressionsinstrument wirken noch die Kerngrundrechte wie die freie Meinungsbildung, Presse- und Informationsfreiheit oder das Versammlungs- und Vereinigungsrecht beschädigen. Als wichtiges Korrektiv zur Weisungsgebundenheit des Verfassungsschutzes ist die parlamentarische Aufsicht und Kontrolle zu verstärken und wirksam und tiefgreifend auszuüben.

Wo im Parlament vertreten, wird das BSW die Kontrollrechte umfassend nutzen und sich für mehr Transparenz einsetzen.

Unsere Forderungen zur Rückführung des Verfassungsschutzes auf seinen verfassungsgemäßen Auftrag:

Unsere Ziele:

- Verfassungsschutz sammelt Informationen, Polizei handelt. Kein Verwischen des Trennungsgebotes. Keine Befugnisausweitung auf Meinungsdelikte – auch nicht durch unbestimmte Formulierungen in Verfassungsschutzgesetzen.
- Politische Grundrechte schützen: Der Beobachtungsbereich „Delegitimierung des Staates“ ermöglicht willkürliche Überwachung und Kriminalisierung legaler politischer Kritik. Wir wollen diese Aufgabe abschaffen.
- Mündige Bürger: Macht- und Regierungskritik ist für uns Bestandteil einer lebendigen Demokratie und nicht

Anlass zur Beobachtung. Wir fordern als einzig vernünftige Reaktion hierauf eine bessere Politik im Interesse der Menschen.

11. Für eine effektive Justiz in Baden-Württemberg

Eine funktionierende Justiz ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Doch in Baden-Württemberg geraten die Gerichte zunehmend an ihre Belastungsgrenzen: Die Zahl offener Verfahren steigt, Verfahren dauern zu lange, der Nachwuchs fehlt. Wer Recht sucht, darf nicht durch überlange Verfahrensdauern oder unüberschaubare Vorschriften abgeschreckt werden.

Gesetze müssen verständlich und bürgernah sein. Gerade für juristische Laien ist das Rechtssystem oft zu komplex. Deshalb fordern wir: Rechtliches Grundwissen muss bereits in der Schule vermittelt werden. Der Besuch von Gerichtsverhandlungen oder der Austausch mit Juristinnen und Juristen soll selbstverständlicher Bestandteil schulischer Bildung werden. Wir setzen uns für den Ausbau rechtlicher Bildungsangebote und die Verankerung des Themas Justiz in den Lehrplänen ein.

Rechtsschutz darf nicht am Geldbeutel scheitern. Beratungsangebote wie die Beratungshilfe beim Amtsgericht sind wichtige Anlaufstellen für Menschen mit geringem Einkommen. Wir unterstützen die öffentliche Finanzierung und den bedarfsgerechten Ausbau dieser Stellen, insbesondere im ländlichen Raum. Viele Menschen kennen ihre Rechtsansprüche nicht – deshalb müssen Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe aktiv bekannt gemacht und niedrigschwellig zugänglich sein.

Die Unabhängigkeit der Justiz ist kein abstraktes Prinzip, sondern Grundvoraussetzung für das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat. Doch deutsche Staatsanwaltschaften gelten nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs aufgrund ihrer Weisungsgebundenheit nicht als unabhängige Justizbehörden – ein unhaltbarer Zustand, der Deutschland international isoliert.

Wir fordern die weitgehende Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften von politischer Einflussnahme. Das ministerielle

Einzelweisungsrecht in konkreten Ermittlungsverfahren muss abgeschafft werden. Justizminister dürfen Staatsanwälten nicht aus politischen Erwägungen vorschreiben, wie sie in einzelnen Fällen zu ermitteln haben.

Verbleibende Weisungsrechte müssen transparent, schriftlich begründet und parlamentarisch kontrollierbar sein. Weisungen dürfen ausschließlich bei klaren Rechtsfehlern erfolgen – nie aus sachfremden oder politischen Motiven.

Baden-Württemberg muss sich im Bundesrat für eine entsprechende Gesetzesänderung einsetzen. Gerade in Zeiten, in denen der Rechtsstaat unter Druck gerät, brauchen wir eine Staatsanwaltschaft, die frei von politischer Instrumentalisierung arbeiten kann. Nur eine unabhängige Staatsanwaltschaft ist eine glaubwürdige Staatsanwaltschaft.

In Baden-Württemberg gehen bis 2031 voraussichtlich rund 1000 Richter und Staatsanwälte in den Ruhestand. Trotz Stellenausbau droht eine erhebliche Lücke. Besonders in ländlichen Regionen bleibt die Personalgewinnung eine Herausforderung.

Deshalb wollen wir die Nachwuchsgewinnung deutlich stärken: Bereits an Schulen und Universitäten soll für die juristischen Berufe geworben werden. Baden-Württemberg muss als moderner Arbeitgeber auftreten, der Berufs- und Privatleben vereinbar macht. Die Ausbildungskapazitäten im juristischen Bereich sind zu sichern und auszubauen.

Baden-Württemberg ist bei der Digitalisierung der Justiz bundesweit führend, etwa durch die Einführung der elektronischen Gerichtsakte. Dennoch darf Digitalisierung nicht zum Selbstzweck werden. Sie muss den Zugang zum Recht erleichtern, nicht erschweren.

Videoverhandlungen dürfen echte Verhandlungen nur in Ausnahmefällen ersetzen. Der Ausbau digitaler Infrastruktur muss Hand in Hand gehen mit Fortbildung, ausreichender personeller Ausstattung und technischer Unterstützung. Gerichtsstandorte im ländlichen Raum müssen erhalten bleiben. Wir unterstützen ein bundesweites Justizportal mit einheitlichen Standards.

Die Zahl offener Strafverfahren ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Um Verfahren zügig abzuschließen, braucht es mehr Personal und eine Entlastung der Justiz durch gut ausgebildete Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger. Zu einem fairen Verfahren gehört eine Entscheidung in angemessener Frist. Konsequente und schnellere Verfahren sind daher nicht nur „als Strafe, die auf den Fuß folgt“ geboten, sondern rechtsstaatlich gefordert.

Wer im Justizvollzug arbeitet, sorgt für die Sicherheit der Allgemeinheit und verdient unsere Anerkennung. Private Betreiber und Sicherheitsdienste in Gerichten und Justizvollzugsanstalten lehnen wir ab. Strafvollzug ist hoheitliche Aufgabe des Staates.

Prävention ist uns ein zentrales Anliegen. Gerade junge Menschen müssen durch eine gute Sozialarbeit und Aufklärung über Recht und Unrecht gestärkt werden. Deshalb fordern wir mehr Schulsozialarbeiterinnen und Streetworker. Der Rechtsstaat muss für alle erfahrbar, verständlich und erreichbar sein.

Unsere Ziele:

- Stärkung rechtlicher Allgemeinbildung in Schulen.
- Ausbau öffentlich finanzierter Rechtsberatungsstellen im ländlichen Raum.
- Finanzielle Stärkung der Beratungs- und Prozesskostenhilfe.
- Abschaffung der Weisungsgebundenheit von Staatsanwaltschaften.
- Nachwuchsförderung in juristischen Berufen durch bessere Ausbildungsbedingungen.
- Digitalisierung der Justiz: Technologie nutzen, niemanden zurücklassen. Keine Privatisierung im Justizvollzug.
- Keine Privatisierung im Justizvollzug.
- Frühzeitige Kriminalprävention durch Sozialarbeit und Bildung.

12. Bürgernähe und handlungsfähige Kommunen

Kommunalpolitik ist nicht abstrakt – sie entscheidet darüber, ob der Alltag gelingt. Doch in Baden-Württemberg kämpfen viele Kommunen mit massiven Problemen: explodierende Sozialausgaben, aufwändiges europäisches Vergaberecht, Fachkräftemangel, Investitionsstau und einer Verwaltung, die unter Personalmangel und wachsender Bürokratie leidet. Aber wenn der Bürger in das Bürgerbüro kommt, dann muss er sich vielerorts auf lange Wartezeiten einstellen. Kurzfristige Anliegen scheitern an der Erreichbarkeit von Ansprechpersonen. Das muss sich ändern!

12.1. Lebenswerte und handlungsfähige Kommunen für eine starke Heimat

In Städten, Gemeinden und Dörfern erleben die Menschen hautnah, was Politik tatsächlich bewirkt – und wo sie versagt. Sie merken, wenn Bushaltestellen verrotten, Arztpraxen schließen, Sporthallen gesperrt werden oder Kitaplätze fehlen.

Immer häufiger verausgaben sich Städte und Gemeinden durch ihre Pflichtaufgaben. Finanzieller Spielraum für eine gestaltende kommunale Selbstverwaltung fehlt. 31 der 35 Landkreise in Baden-Württemberg schreiben rote Zahlen. 25 der angeschlagenen Landkreise können noch auf Rücklagen zurückgreifen. Bei den übrigen Sechs ist bereits nichts mehr übrig. Sie schlagen zurecht Alarm und müssen nun entweder Schulden aufnehmen oder massiv kürzen. Damit steht auch das Haushaltsrecht der Kommunen dann nur noch auf dem Papier.

Die schwarz-grüne Landesregierung hat auf diese Entwicklungen nicht geantwortet. Komplexe Förderprogramme, bürokratische Hürden und aufwendige Verwendungsnachweise überfordern gerade kleine Gemeinden mit weniger leistungsfähiger Verwaltung.

Wir fordern daher eine umfassende Reform der kommunalen Finanzierung. Die Kommunen brauchen endlich eine verlässliche,

bedarfsgerechte Grundfinanzierung – entkoppelt von der jeweiligen Haushaltslage des Landes und zweckgebundener Zuweisungen. Dabei müssen auch die regionalen Unterschiede innerhalb Baden-Württembergs Berücksichtigung finden:

Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort wissen am besten, was gebraucht wird. Deshalb wollen wir die Entscheidungshoheit der Kommunen stärken. Das Notwendige muss umgesetzt werden können, unabhängig von den aktuellen Förderöpfen.

Besonders belastet werden die kommunalen Haushalte durch die stetig steigenden Sozialausgaben. Diese Aufgaben sind gesamtgesellschaftlich, die Lasten jedoch tragen zu einem hohen Teil die Kommunen. Wir setzen uns für eine gerechte Verteilung dieser sozialen Lasten ein und fordern eine spürbare Entlastung der Städte und Gemeinden.

Die überbordende Bürokratie hemmt nicht nur die Verwaltung, sondern auch das bürgerschaftliche Engagement. Wir wollen erfüllbare Regeln statt Gängelung.

Bei pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben muss die Landesregierung Verantwortung übernehmen, die Kommunen strukturiert zu unterstützen: im Kita- und Schulbereich, bei Bauplanungs- und Bauordnungsangelegenheiten oder bei der digitalen Infrastruktur. Interkommunale Zusammenarbeit wollen wir stärken – nicht als Sparmodell, sondern als solidarisches Prinzip.

Wir stehen für eine Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Gesundheit, Wohnen, Energie- und Wasserversorgung sowie Abfallwirtschaft sind keine Geschäftsmodelle. Rekommunalisierung statt Privatisierung ist der richtige Weg, um lebenswerte Kommunen zu schaffen.

Lebenswerte Kommunen brauchen Treffpunkte, Jugendhäuser, Läden, Gastronomie, Kultur und Sport – auch im ländlichen Raum. Wir setzen uns für alternative Betreibermodelle wie Genossenschaften ein, um auch in kleinen Gemeinden attraktive Lebensbedingungen zu schaffen. Wir fördern kommunale Ärztehäuser und renovieren Schwimmbäder.

Unsere Ziele:

- Lebendige Orte erhalten: Vereine,
- Treffpunkte, Jugendhäuser, Kultur, Gastronomie, Sport und kleine Läden machen das Leben vor Ort lebenswert.
- Wir fördern kommunale Ärztehäuser und renovieren Bäder zur Gewährleistung des Schwimmunterrichtes.
- Kommunen verlässlich finanzieren: Städte, Gemeinden und Landkreise brauchen eine solide Grundfinanzierung.
- Deutlich mehr Personal in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Pflege und öffentlicher Verwaltung.
- Vorrang für kommunale und gemeinnützige Anbieter bei Gesundheit, Wohnen, Energie- und Wasserversorgung; Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge – kostendeckende statt gewinnorientierter Gebühren.
- Faire Neuausrichtung des kommunalen Finanzausgleichs zur Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung und echter Entscheidung über freiwillige Leistungen.
- Abbau des Investitionsstaus durch auskömmliche Grundfinanzierung statt Projektförder-Wettrennen.
- Bürokratieabbau bei der Mittelvergabe – einfachere Verfahren, klare Zuständigkeiten.
- Stärkung von Bürgerhaushalten und direkter Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger auf die kommunale Politik.
- Bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Projektförderung zu Tierschutz und Tierheimen.

12.2. Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Die Sicherheit der Menschen in Baden-Württemberg hängt entscheidend von einer funktionierenden Gefahrenabwehr ab – bei Bränden, Unfällen, Extremwetter oder anderen Notlagen. Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz leisten Tag für Tag unverzichtbare Arbeit, oft unter großen persönlichen Risiken. Diese

Leistung wird überwiegend ehrenamtlich erbracht: Von rund 186.000 Feuerwehrangehörigen in Baden-Württemberg engagieren sich etwa 97 Prozent ehrenamtlich. Sie rücken jährlich zu rund 150.000 Einsätzen aus – im Schnitt alle 3,5 Minuten. Dieses Engagement verdient nicht nur Respekt, sondern konkrete Unterstützung.

Die landesweit eingeführte Ehrenamtskarte mit Vorteilen im ÖPNV sowie bei Kultur- und Freizeiteinrichtungen ist ein richtiger Schritt. Wir unterstützen diese Form der Wertschätzung ausdrücklich und wollen sie dauerhaft sichern. Darüber hinaus setzen wir uns für bessere Ausstattung und gezielte Aus- und Weiterbildung ein.

Die Kommunen stehen beim Brandschutz unter wachsendem Druck: Einsatzfahrzeuge veralten, Löschwasserreserven sind in trockenen Regionen zu knapp bemessen, digitale Alarmierung und Schutzkleidung oft nicht auf dem neuesten Stand. Gerade im ländlichen Raum fehlt es vielerorts an moderner Infrastruktur und qualifiziertem Personal.

Die Beschaffung technischer Ausstattung – von Fahrzeugen über Löschwassernetze bis hin zu Spezialgerät – darf nicht an zähen Förderverfahren scheitern. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Bearbeitungsdauer von Förderanträgen teilweise über zwei Jahre beträgt. Das Land muss diese Verfahren deutlich vereinfachen und den Kommunen schnell und unbürokratisch helfen.

Mit der zunehmenden Gefahr durch Wald- und Vegetationsbrände wie in der Rheinebene, im Schwarzwald oder auf der Schwäbischen Alb müssen neue Prioritäten in Finanzierung und Struktur des Brandschutzes gesetzt werden. Einsatzmittel, Schutzkleidung, Ausbildung und Prävention müssen mit der klimatischen Realität Schritt halten. Die luftgestützte Brandbekämpfung im Länderverbund und die zugehörige Löschwasserbereitstellung sind für uns ein wichtiges Thema.

Im Bereich der Führungsausbildung herrscht dringender Handlungsbedarf. Die Landesfeuerweherschule in Bruchsal bildet mit rund 40 Lehrkräften etwa 6.500 Teilnehmerinnen und

Teilnehmer jährlich aus. Die Schule muss personell und infrastrukturell ausgebaut werden.

Gleichzeitig müssen Arbeitgeber in die Pflicht genommen werden, Ehrenamtliche im Katastrophenschutz leichter freizustellen – mit rechtlichem Rückhalt und finanzieller Kompensation.

Private und betriebliche Feuerwehren im Land verfügen über Technik und Personal, das stärker in den örtlichen Katastrophenschutz eingebunden werden könnte. Hier müssen rechtliche Hürden abgebaut und Kooperationen gestärkt werden.

Wir lehnen die politische Vermischung von Katastrophenschutz und Zivilschutz ab, Katastrophenschutz ist Ländersache und liegt in den Händen Baden-Württembergs.

Unsere Ziele:

- Landeshilfen für Ausstattung, Fahrzeuge und Infrastruktur im Brand- und Katastrophenschutz – durch Förderung und Kostensenkung über zentralisierte Beschaffung.
- Unbürokratische, schnelle finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Notfallausstattung.
- Aufwertung des Ehrenamts durch eine landesweit einheitliche, dauerhaft gesicherte Ehrenamtskarte.
- Ausbau und Modernisierung der Landesfeuerweherschule.
- Klar geregelte Freistellungsregelungen für Ehrenamtliche.
- Waldbrandprävention als Heimatschutz, Ausrüstung und Ausbildung angepasst an klimatische Risiken in Baden-Württemberg.
- Einbindung betrieblicher Feuerwehren in die örtliche Gefahrenabwehr durch rechtssichere Kooperationsregelungen.

13. Solide Finanz- und Strukturpolitik

Baden-Württemberg braucht eine solide und gerechte Finanzpolitik, die den sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird. Die jahrelange Orientierung an der „schwarzen Null“ hat sichtbare Spuren hinterlassen: Sanierungsbedürftige Schulen, eine marode Verkehrsinfrastruktur, Investitionslücken im Gesundheitswesen und fehlender sozialer Wohnungsbau sind Ausdruck einer verfehlten Kürzungspolitik.

Dabei gibt es in Baden-Württemberg trotz vergleichsweise guter Haushaltslage längst einen riesigen Investitionsstau. Laut DGB Baden-Württemberg beträgt der Investitionsbedarf im Land allein in den kommenden zehn Jahren rund 165 Milliarden Euro. Öffentliche Investitionen wurden zurückgefahren, Fachfirmen sind vielerorts verschwunden, weil über Jahre hinweg keine kommunalen Aufträge mehr kamen. In vielen Kommunen wurde die notwendige Instandhaltung von Straßen, Brücken und öffentlicher Infrastruktur aus Kostengründen verschoben – mit steigenden Folgekosten.

Die Schuldenbremse, seit 2020 auch in der Landesverfassung verankert, verschärft das Problem weiter. Sie verhindert wichtige Zukunftsinvestitionen und engt den Handlungsspielraum von Land und Kommunen künstlich ein. Wir sagen klar: Die Schuldenbremse darf nicht den Fortschritt im Land bremsen. Investitionen in soziale und technische Infrastruktur müssen durch gezielte Kreditaufnahmen wieder ermöglicht werden. Es braucht ein langfristiges, umfassendes Investitionsprogramm – insbesondere für Schulen, Wohnungsbau, Digitalisierung, klimafreundliche Mobilität und die kommunale Daseinsvorsorge.

Die derzeitige Fördermittelpolitik ist häufig zu bürokratisch, unflexibel und führt zu langen Bearbeitungszeiten. Förderanträge werden von Kommunen aufgrund überzeichneter Programme, komplizierter Verfahren oder

mangelnder Planungssicherheit nicht oder verspätet abgerufen. Das muss sich ändern: Wir fordern eine unbürokratische, verlässliche und bedarfsgerechte Fördermittelvergabe.

Besonders die Kommunen brauchen mehr finanzielle Eigenständigkeit. Der kommunale Finanzausgleich in Baden-Württemberg muss reformiert werden. Ziel ist ein gerechter Schlüssel, der auch strukturschwachen Kommunen ermöglicht, ihre Aufgaben auskömmlich zu finanzieren. Das Konnexitätsprinzip – „wer bestellt, bezahlt“ – muss stets gelten. Neue Aufgaben dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden, ohne dass Land oder Bund die entsprechenden Mittel bereitstellen.

Rekommunalisierungen, etwa von Krankenhäusern, Wohnungen oder Energieversorgung, müssen erleichtert und gefördert werden. Dafür schlagen wir einen landeseigenen Rekommunalisierungsfonds vor. Der Verkauf öffentlichen Eigentums war ein Fehler, der korrigiert werden muss – die Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand.

Wir treten für eine gerechte Steuerpolitik ein – Baden-Württemberg soll sich mit einer Bundesratsinitiative für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer einsetzen. Eine Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit belegt ein zusätzliches Aufkommen von bundesweit bis zu 73 Milliarden Euro jährlich – Mittel, die den Ländern zugutekämen und erhebliche Spielräume für notwendige Investitionen eröffnen würden. Das BSW fordert die Besteuerung von besonders großen Vermögen nach folgendem Modell: ab 25 Millionen Euro ein Prozent, ab 100 Millionen Euro zwei Prozent und ab einer Milliarde Euro drei Prozent Besteuerung. Dies entspricht dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit, denn großes Vermögen entsteht zunehmend durch Erbschaften und Vermögenskonzentration, nicht durch eigene Leistung. Parallel dazu müssen Privilegien in der Erbschaftssteuer für Großvermögen abgebaut werden. Wir wollen ebenso Steuerschlupflöcher schließen und Tricks zur Steuervermeidung beenden, mit denen sich große Konzerne und Superreiche ihrer Verantwortung entziehen. Auch eine sozial gerechte Reform der Grundsteuer muss sicherstellen, dass keine

zusätzlichen Belastungen für Bürgerinnen und Bürger entstehen.

Unsere Ziele:

- Ein Investitionsprogramm für soziale und technische Infrastruktur in ganz Baden-Württemberg. Dafür wollen wir die umfassende Nutzung des neugeschaffenen finanziellen Spielraums der Schuldenbremse in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.
- Reform des kommunalen Finanzausgleichs und Einhaltung des Konnexitätsprinzips.
- Abschaffung der Schuldenbremse in der Landesverfassung für Investitionen
- Einrichtung eines Rekommunalisierungsfonds für den Rückkauf öffentlicher Daseinsvorsorge.
- Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer stärkeren Besteuerung großer Erbschaften.
- Bürokratieabbau bei Förderverfahren und planbare, verlässliche Mittelvergabe an Kommunen.
- Soziale Reform der Grundsteuer und gerechte Besteuerung von Vermögen und Einkommen.

14. Klima und Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft in Baden- Württemberg

Vernunft statt Verbot – Pragmatische Klimapolitik und echter Naturschutz, die Wirtschaft und Arbeitnehmer schützt, während Natur und regionale Strukturen bewahrt werden.

Klimawandel und Umweltschutz sind ernste Herausforderungen. Das BSW steht zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens und für durchdachte Lösungen, keinen blinden Aktivismus. Klimakiller Nummer eins ist Krieg. Er verursacht nicht nur unermessliches menschliches Leid. Zur Herstellung von Kriegsgewehr, während des Krieges und auch durch den anschließenden Wiederaufbau werden enorme Mengen an Treibhausgasen wie CO₂ und Methan freigesetzt. Bestehende CO₂-speichernde Ökosysteme werden zerstört. Krieg und Aufrüstung binden zudem enorme finanzielle und intellektuelle Ressourcen, die für Armutsbekämpfung und den Klimaschutz fehlen. Eine Studie der Organisation Oil Change International ergab, dass der 2003 begonnene Irakkrieg 141 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent ausgestoßen hat. In den ersten drei Jahren des Ukraine-Krieges wurden schätzungsweise 230 Millionen Tonnen CO₂ und im Gaza-Krieg nach nur 60 Tagen bereits 30 Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt.

Die Emissionen von Streitkräften verursachen auf globaler Ebene beträchtliche Schäden. Trotzdem wurde der CO₂-Ausstoß des Militärs auf Druck der USA im Pariser Klimaschutzabkommen 2015 ausgeklammert. Das US-Militär ist der weltweit größte institutionelle Verursacher von Treibhausgasen. Weltweit soll der militärische Sektor allein für circa sechs Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich sein.

Die Bundesregierung nimmt mit den extrem gesteigerten Rüstungsausgaben weitreichende

Klimaschäden wissentlich in Kauf. Deutschlands Militär hat bereits im Jahr 2019 circa 4,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent ausgestoßen, und damit wesentlich mehr als der innerdeutsche Flugverkehr mit 2,5 Millionen Tonnen.

Wer ernsthaft Klimaschutz will, muss sich gegen Krieg als Mittel der Politik stark machen und sich für weltweite Abrüstungsinitiativen und eine neue Entspannungspolitik einsetzen.

14.1. Energiewende: Regional und vernünftig

Das Verbrenner-Verbot und das Heizungsgesetz kosten die Bürger tausende Euro – bringen aber insgesamt keinen wirklichen Klimaschutz. Wir setzen auf Technologieoffenheit statt Verbotsideologie. Wir sagen: Stromnetze in öffentliche Hand, Netzentgelte senken und damit echte Entlastung für Haushalte und Betriebe schaffen.

Baden-Württemberg braucht sichere Energie. Diese basiert nicht allein auf Stromautobahnen, sondern vor allem einem Ausbau der dezentralen Energieversorgung. Wir wollen neue Gaskraftwerke in Baden-Württemberg bauen, um sichere Energie vor Ort zu erzeugen.

Energiegenossenschaften ermöglichen Bürgerengagement: Haushalte und Mittelständler können gemeinsam in Solaranlagen und Wärmenetze investieren, statt nur Strom zu kaufen. Biogas-Anlagen auf landwirtschaftlichen Höfen sichern Zusatzeinkommen und schafft eine Energie, die nicht auf Kosten der Nahrungsmittelherstellung geht. Photovoltaik auf Dächern, Parkplätzen und Werkshallen hat Vorrang – nicht auf wertvollen Ackerböden. Forschungsinvestitionen in neue Speichertechnologien schaffen Perspektiven für saubere Energie der Zukunft.

Gerade in Baden-Württemberg zeigen sich die Grenzen des Windkraftausbaus besonders deutlich. Viele Standorte liegen in sensiblen Wald- oder Höhenlagen, mit schwachem Windaufkommen und hohem naturräumlichem Wert. Der aktuelle Genehmigungsboom gefährdet Landschaftsbild, Artenvielfalt und Akzeptanz vor Ort – während Netzausbau, Speichertechnologien und Rückbaukonzepte kaum Schritt halten.

Windkraft kann Teil eines vielfältigen Energiemixes sein – dort, wo Windpotenzial, Umweltverträglichkeit und regionale Akzeptanz gegeben sind. Wir verlangen strenge Standortprüfungen, verbindliche Abstandsregeln, volle Kostenwahrheit sowie Rückbaupflichten mit finanziellen Sicherheiten. Kommunen und Bürger müssen beteiligt, Landschaft und Biodiversität konsequent geschützt werden.

Unsere Ziele:

- Ablehnung des Verbrenner-Verbots und des Heizungsgesetzes.
- Um Energie zu sparen, wollen wir Förderprogramme für Gebäudedämmung ausbauen.
- Technologieoffenheit statt Verbots-Ideologie.
- Verstaatlichung der Stromnetze und Senkung der Netzentgelte.
- Ausbau der Förderung von Energiegenossenschaften.
- Bau von Gaskraftwerken zur Sicherung der Energieversorgung vor Ort.
- Ausbau der dezentralen Energieversorgung. Gezielte Förderung der Forschung und Entwicklung zu Energieerzeugung und modernen Speichertechnologien.
- Strenge Standortprüfungen bei Windkraft.

14.2. Flächenschutz statt Zersiedlung - Natur und Arten schützen

Baden-Württemberg verliert täglich über fünf Hektar Fläche an Beton und Asphalt. Die Netto-Null-Neuversiegelung muss Wirklichkeit werden: Rückbau ungenutzter Brachen, nicht Zersiedlung von Feldern und Streuobstwiesen. Diese europaweit einzigartigen Bestände sind Schätze der Biodiversität und kulturelles Erbe – sie gehören geschützt. Wir wollen ein landwirtschaftliches Flächenkataster einführen, um Spekulationen auf Ackerland zu unterbinden und Böden vor Baudruckzonen zu bewahren. Dies erhöht den Anreiz für Betriebe, langfristige Investitionen und Umweltschutzmaßnahmen zu tätigen, da klar dokumentiert ist, wem die Fläche gehört.

Die Bodenerosion in den Höhenlagen des Schwarzwaldes und der Schwäbischen Alb verschärft sich durch Klimawandel und intensive Landnutzung. Wir fördern Erosionsschutzmaßnahmen durch Gehölzstreifen, Waldränder und differenzierte Bodenbearbeitung – das schützt gleichzeitig Gewässer vor Sedimenteintrag.

Der Biotopverbund muss 15 Prozent der offenen Landschaft umfassen, damit Wildtiere wieder wandern können. Wir fordern ein echtes Wildtiermanagement statt unkontrollierter Wiederansiedlung: Schadensausgleich für Nutztierhalter, wenn Wolf und Biber Schäden verursachen – und begrenzte Bestandsregulierung, wo Konflikte entstehen.

Der Schwarzwald leidet unter Trockenheit, Borkenkäfer und Klimawandel. Waldumbau statt Stilllegung ist die Antwort: Mit klimaresilienteren Mischbeständen und weniger Monokultur bauen wir zukunftsfähige Wälder auf, die gleichzeitig mehr Artenvielfalt bieten.

Private und kommunale Waldbesitzer brauchen weniger Bürokratie und mehr Förderung – nicht Verbote. Wir unterstützen die Waldrestholznutzung für Biomasse und Handwerk – auch, um Forstarbeitsplätze zu sichern. Zugleich schützen wir bedrohte Waldbewohner wie Auer- und Haselhühner durch gezielte Biotopmaßnahmen. Schonende Nutzung und Naturschutz gehören zusammen.

Über 95 Prozent der Moorflächen Baden-Württembergs sind durch Entwässerung geschädigt. Moore und Feuchtgebiete gerade in Oberschwaben müssen gezielt und schneller renaturiert und unter Schutz gestellt werden – sie sind unsere natürlichen Klimaspeicher, Wasserspeicher, Hochwasserschutz und auch wertvoller natürlicher Lebensraum. Die Moorschutzkonzeption Baden-Württembergs muss endlich mit echten Mitteln umgesetzt werden. Landwirte, die ihre Flächen vernässen, sind zu fördern oder entschädigen und kooperativ zu beteiligen.

Unsere Ziele:

- Netto-Null-Neuersiegelung: Rückbau von Brachen statt Zersiedlung; Streuobstwiesen und Ackerland schützen.
- Waldumbau mit Mischbeständen: Klimaresiliente Wälder statt Monokultur; Waldrestholz-Nutzung fördern.
- Biotopverbund und Wildtiermanagement: 15 Prozent Biotopverbund; Schadensausgleich für Nutztierhalter.
- Moore schneller renaturieren und schützen: Natürliche Klimaspeicher und Hochwasserschutz; Entschädigung für betroffene Landwirte.
- Umsetzung der Moorschutzkonzeption BW.
- Reduzierung von Bürokratie und Erhöhung der Förderung für private und kommunale Waldbesitzer.
- Erosionsschutzmaßnahmen durch Gehölzstreifen, Waldränder und differenzierte Bodenbearbeitung.

14.3. Gegen Verschleißpolitik

Geplante Obsoleszenz von Elektrogeräten kostet Verbraucher Milliarden. Wir wollen eine Kennzeichnungspflicht für die Lebensdauer von Produkten einführen und die Mehrwertsteuer auf Reparaturen senken – damit Reparieren sich wieder lohnt und regionale Handwerksbetriebe wachsen.

Unsere Ziele:

- Weitgehende Kreislaufwirtschaft, die darauf abzielt, Ressourcen sparsam einzusetzen, Materialien so lange wie möglich wiederzuverwenden, instand zu setzen und aufzuarbeiten.
- Reparaturen statt Wegwerfmentalität: Mehrwertsteuer auf Reparaturen senken und Reparaturbonus einführen.
- Kennzeichnungspflicht für Produktlebensdauer.

14.4. Landwirtschaft: Für bäuerliche Unabhängigkeit statt Agrar-Konzerne

Wir stehen an der Seite unserer Bäuerinnen und Bauern. Sie bewirtschaften das Land mit

Hingabe und Sachverstand, um uns täglich mit hochwertigen Lebensmitteln zu versorgen. Damit sichern sie nicht nur unsere Ernährung, sondern bewahren auch unsere Kulturlandschaft und die Vielfalt der ländlichen Räume. Politische Entscheidungen gegen eine funktionierende Landwirtschaft, Kostensteigerungen, Fachkräftemangel, Billiglohnkonkurrenz sowie klimatische Veränderungen und Schadinsekten belasten Land- und Forstwirte stark.

Schluss mit bürokratischer Gängelung - wir senken den Verwaltungsaufwand: Wir wollen auf Landesebene alle Möglichkeiten zu Verfahrensvereinfachungen ausschöpfen. Die Reduzierung von Doppel- und Mehrfachdokumentationen verfolgen wir auch auf EU-Ebene. Digitalisierung soll für – und nicht zulasten der Betriebe erfolgen.

Die Agrarförderung bedarf einer deutlichen Vereinfachung. Redundante Datenerfassungen für verschiedene Förderprogramme werden abgeschafft. Landwirtschaftliche Betriebe erhalten größere Flexibilität bei der Umsetzung von Auflagen, insbesondere bei wetterabhängigen und saisonalen Anforderungen während der Vegetationsperiode. Förderungen werden langfristig angelegt: Statt jährlicher Neubewilligungen braucht es mehrjährige Förderzusagen. Dies schafft Planungssicherheit und reduziert Verwaltungsaufwand auf beiden Seiten.

Der Zugang zu Grund und Boden ist die entscheidende Zukunftsfrage der Landwirtschaft in Deutschland. Das Agrarstrukturverbesserungsgesetz (ASVG) und die gemeinnützige Landsiedlung sind hier auf einem guten Weg. Trotzdem steigen Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Nutzflächen. Hinzu kommt die zunehmende Versiegelung von landwirtschaftlicher Nutzfläche. Wir setzen uns dafür ein, die Grundsteuer A abzuschaffen. Wir wollen Ackerland vor Preissteigerungen und Flächenraub durch Investoren schützen. Dazu fördern wir Bodenerwerb durch Landwirte und regionale Genossenschaften, damit Höfe in Familienhänden bleiben.

Nur gesicherte, planbare Nutzungszeiten für moderne Ställe ermöglichen Investitionen in echtes Tierwohl. Wir wollen flexiblere, praxisgerechte Alternativen zum derzeitigen starren Nachweis langfristiger Pachtverträge von Futterflächen und zehn Jahre Bestandsschutz bei vorübergehendem Leerstand. Agrardiesel muss bezahlbar bleiben. Wir wollen Tiertransportrouten und -zeiten auf das erforderliche Mindestmaß begrenzen und Schlachthöfe regelmäßig kontrollieren.

Agri-Photovoltaik,- das heißt landwirtschaftliche Produktion und Photovoltaik-Stromerzeugung auf derselben Fläche - muss Vorrang vor Freiflächen-Solar auf wertvollen Böden haben – damit Landwirtschaft und Energiewende zusammengehen. Waldrestholz, alternative Treibstoffe aus Reststoffen von Acker und Stall sowie Biogasanlagen sind wesentliche Komponenten der künftigen Energieversorgung.

Wir unterstützen und ergänzen die Maßnahmen für Aufbau und Erhalt von Humus im Boden, zum Schutz vor Starkregen, Hitze und Spätfrösten. Der Waldumbau zu klimaresistenteren Beständen ist dringend erforderlich – auch zur Reduktion von Waldbrandrisiken. Wir machen dies zu einer Priorität der Waldwirtschaftspolitik.

Wir lehnen das MERCOSUR-Abkommen ab und sehen Billigimporte kritisch. Ein Agrar-Marketing mit Qualitätszeichen stärkt regionale Strukturen, Erzeuger und Marken.

Regional verankerte Landwirtschafts- und Landschaftspflegeverbände sowie Naturschutzverbände beziehen wir in Beratungen fachlich ein.

Unsere Ziele:

- Langfristige Rechtssicherheit und eine verlässliche Agrarpolitik, damit Investitionen planbar sind und nicht zum Insolvenzrisiko werden.
- Verwaltungsaufwand reduzieren, nicht erhöhen: Stallgenehmigung mit flexiblen Nachweismöglichkeiten für Futterflächen und 10 Jahre Bestandsschutz bei vorübergehendem Leerstand.

- Finanzielle Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe bei der Anpassung an geänderte Klima- und Wetterbedingungen sowie beim Einsatz umwelt-, boden- und klimaschonender Agrartechniken und Anbausysteme.
- Förderung von Bodenerwerb durch Bauern und Genossenschaften: Landwirtschaftliche Flächen müssen vorrangig für ortsansässige Landwirte zur Verfügung stehen und dürfen nicht als Spekulationsgut für Investoren dienen:
- Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe durch langfristige Förderprogramme zur Vermarktung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte vor Ort.
- Erhöhung der Förderung für junge Landwirtinnen und Landwirte bei der Übernahme oder Gründung eines Agrarbetriebes.
- Schulprojekte vor Ort – für ein klares Verständnis, woher unsere Nahrung kommt – und zur Stärkung des Interesses an einer Ausbildung in landwirtschaftlichen Berufen.
- Photovoltaik auf Dächern und als Agri-PV, nicht auf Ackerland: Biogas-Anlagen auf Höfen.
- Ausbau des schnellen und flächendeckenden Internets als Voraussetzung für eine moderne Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft.
- Agrardiesel bezahlbar halten.

15. Sichere, gerechte und zukunftsfähige Mobilität für alle

Das BSW denkt Mobilität ganzheitlich: engmaschige Bus- und Bahnnetze, sichere Wege für Fuß- und Radverkehr, intelligente Vernetzung. Es gilt, den Menschen die freie Wahl des jeweils besten Verkehrsmittels zu ermöglichen, statt ideologische Lösungen zu diktieren. Die Menschen nutzen von sich aus öffentliche Verkehrsmittel, wenn sie verfügbar, schnell, preiswert, sicher, und zuverlässig sind.

Entscheidend ist auch, Verkehr zu reduzieren. Dies erreichen wir durch die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die örtliche Nähe von Wohnen, Arbeit und Freizeitangeboten.

15.1. Mobilität darf kein Luxus sein – Mobilität ist Daseinsvorsorge. Der Staat muss liefern

Ein leistungsfähiger, attraktiver und verlässlicher ÖPNV ist das Herzstück moderner Mobilität. Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge und darf nicht strukturell privatwirtschaftlich finanziert werden. Baden-Württemberg muss hier aufschließen. Die Schweiz und Österreich zeigen, wie es geht: dichte Vernetzung und verlässliche Pünktlichkeit – überall.

Die landeseigene ÖPNV-Strategie 2030 mit dem Ziel der Nachfrageverdopplung ist unzureichend finanziert. Kommunen und Landkreise, die ÖPNV anbieten sollen, sind finanziell überfordert. Verkehrsbetriebe können Fachkräfte oft nicht halten, die Modernisierung stagniert. Der Staat steht in der Verantwortung, die ÖPNV-Finanzierung verstetigt und bestandssichernd auszugestalten. Kurzfristige Förderprogramme führen zu Investitionsstaus und Fachkräftemangel. Wir fordern einen ÖPNV-Strukturfonds für Baden-Württemberg mit mehrjähriger Bindung, um Planung, Beschaffung und Betrieb abzusichern.

Unsere Ziele:

- Infrastrukturinvestitionen erhöhen, ÖPNV dynamisiert finanzieren: Bund und Land müssen Kommunen bei Verkehrsaufgaben ausreichend unterstützen. Mehrjährige Finanzierungsgarantien für Busse und Bahnen.
- Deutliche Erhöhung der ÖPNV-Fahrgastzahlen durch echte Investitionen.
- Privatisierung stoppen: Verkehrsinfrastruktur muss in öffentlicher Hand bleiben.

15.2. Fahrplandichte erhöhen – Taktsystem statt Chaos

Eng getaktete, integrale Fahrpläne müssen in Ballungsräumen Standard und auf dem Land klares Ziel sein. Systematische Umsteigeverbindungen zwischen Bus und Bahn schaffen Verlässlichkeit. Passende Anschlüsse, kurze Wartezeiten, einheitliche Fahrkarten – das sollte heute selbstverständlich sein, kein Luxus. Die Mobilitätsgarantie benötigt eine realistische Unterlegung mit Finanzmitteln. Bedarfsorientierte On-Demand-Shuttles („Rufbusse“) können den klassischen Bus sinnvoll ergänzen.

Fahrgäste wünschen sich einfache Nutzungsoptionen über alle Verkehrsmittel hinweg: Moderne Mobilitätsplattformen müssen Bus, Bahn, Car-Sharing und Rad niedrigschwellig integrieren.

Busse und Bahnen brauchen eigene Spuren, sichere und barrierefreie Ein- und Ausstiege und bevorzugte Ampelschaltungen. Wir setzen den Schwerpunkt auf Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und schnellerem Transit.

ÖPNV-Beschäftigte arbeiten oft unter schwierigen Bedingungen. Wir setzen uns flächendeckend für Tarifverträge, gute Löhne und sichere Arbeitsplätze im ÖPNV ein.

Unsere Ziele:

- Integrales Taktfahrplansystem: Systematische Vernetzung aller Verkehrsträger, kurze Umsteigezeiten, einheitliche Fahrscheine. Das ist kein Luxus, sondern Standard moderner Mobilität.

- Flexible Bedienformen im ländlichen Raum: Rufbusse und Ruftaxen als Ergänzung zum Linienverkehr.

15.3. Schiene in der Fläche stärken

Regionale Bahnen mit guten Anschlüssen in städtische und überregionale Netze sind das Rückgrat im Alltagsverkehr. Sie erschließen kleinere Ortschaften, verbinden Arbeitsplätze mit Wohnorten und reduzieren Pkw-Pendlerverkehr. Wo Besiedlung und Nachfrage es rechtfertigen, fordern wir die Prüfung von Streckenreaktivierungen auf der Grundlage moderner, flexibler Zugsysteme.

Gleichzeitig bedeuten mehr Güter auf der Schiene weniger Staus, weniger Emissionen, weniger Straßenverschleiß. Das spart Infrastrukturkosten und schafft bessere Arbeitsbedingungen für Lkw-Fahrer. Umschlaganlagen und Logistikzentren müssen mit Schienenanbindung geplant werden.

Unsere Ziele:

- Prüfung von Streckenreaktivierungen, wo Besiedlung und Nachfrage dies rechtfertigen.
- Güterverkehr wieder auf die Schiene verlagern: Mehr Güterzüge, weniger Lkw. Das entlastet Straßen, spart Kosten und schafft bessere Arbeitsbedingungen.
- Planung von Umschlaganlagen und Logistikzentren mit Schienenanbindung.
- Erhalt und Ausbau von regionalen Schienenprojekten wie der Gäubahn.

15.4. Rad- und Fußverkehr: Sichere Wege für kurze Distanzen

Kopenhagen, Amsterdam und Zürich zeigen eindrucksvoll, dass Radverkehr 20-30 Prozent aller Wege ausmachen kann. E-Bikes und Pedelecs machen Distanzen bis 15 Kilometer für viele leicht bewältigbar. In dicht besiedelten Regionen sind Kurzstrecken ideal für Radverkehr. Millionen Deutsche steigen auf – wenn die Infrastruktur stimmt.

Führende Fahrradländer zeigen: Sicherer Radverkehr basiert maßgeblich auf 2,5 bis drei

Metern breiten Wegen und Richtungsfahstreifen. Wo immer möglich, wollen wir separate und vom Kraftfahrzeugverkehr getrennte Radstrecken.

Sichere, regendichte, beleuchtete und überwachte Abstellmöglichkeiten für Pendler mit Ladestationen für E-Bikes und Kombi-Tickets (Rad + Bahn) – das ist es, was Radfahren zur Freude und das Rad zum alltagstauglichen Verkehrsmittel macht.

Zu Fuß gehen ist die natürlichste Mobilitätsform. Aber schmale, marode Gehwege sowie zu kurze Ampel-Grünphasen sind Ärgernis und Gefahrenquelle – besonders für ältere Menschen, Eltern mit Kinderwagen und Personen mit Behinderungen. Breitere Gehwege, bedarfsgerechte Querungshilfen, Fußgängerampeln und Beleuchtung mit gleichmäßiger Lichtverteilung machen einen Fußweg zum Spaziergang und Ortskerne attraktiver. Für uns gilt: Barrierefreie Wege sind Qualitätsmerkmale einer Stadt.

Beide Verkehrsarten brauchen sichere Infrastruktur.

Unsere Ziele:

- Sichere Radwege in und zwischen Kommunen.
- Definition eines Standards für sichere Radwege: 2,5 bis drei Meter Breite und Richtungsfahstreifen.
- Tempo 30 in geschlossenen Wohngebieten, Rückkehr zum Grundsatz von Tempo 50 auf innerörtlichen Durchfahrtsstraßen.
- Schaffung sicherer, regendichter, beleuchteter und überwachter Rad-Abstellmöglichkeiten.
- Verbesserung der Infrastruktur für Fußgänger: breitere Gehwege, bedarfsgerechte Querungshilfen, Fußgängerampeln und bessere Beleuchtung.

15.5. Mobilität und Aufenthaltsqualität

Heutige Mobilitätskonzepte rufen neben Sicherheitsaspekten auch nach Aufenthaltsqualität:

Wir setzen uns für breite, ruhige und angenehme Fußwege ein. Moderate Parkgebühren in Innenstädten unterstützen die Finanzierung von ÖPNV und Infrastruktur und lenken Autoverkehr zu peripheren Park-and-Ride-Plätzen. Das Auto wird vor allem für Menschen im ländlichen Raum ein unverzichtbares Verkehrsmittel bleiben und gehört deshalb zu einem klugen Verkehrsmix in Baden-Württemberg.

Straßen sind mehr als Verkehrsraum – sie sind öffentliche Räume. Orte mit Bänken, Wasser, Grün und Verschattung laden zum Verweilen ein. Menschen halten sich bevorzugt dort auf, wo es Läden und Gastronomie gibt. Ansprechende, gepflegte und vielfältig nutzbare Stadträume fördern lokales Leben, Sicherheit und Teilhabe. Das ist bürgernahe Stadtgestaltung.

Organisierte öffentliche Räume zeichnen sich durch systematische Abstellplätze für Fahrräder und E-Scooter aus – nicht durch chaotisches Parken auf Gehwegen. Flächensparende Mobilität wie Car- und Bike-Sharing entlastet den Straßenraum. Eine Flotte für viele spart dabei Platz und Ressourcen.

Unsere Ziele:

- Parkraumregelung in Innenstädten: Moderate Parkgebühren finanzieren ÖPNV und Infrastruktur, lenken Autoverkehr zu Parkplätzen an ÖPNV-Einstiegspunkten.
- Aufwertung von Straßen als öffentliche Räume durch Bänke, Wasser, Grün und Verschattung.
- Schaffung systematischer Abstellplätze für Fahrräder und E-Scooter.
- Förderung von Car- und Bike-Sharing zur Entlastung des Straßenraums.

15.6. Smart Mobility: Intelligente Vernetzung ohne Überwachung

Moderne Mobilität braucht intelligente Systeme – aber nicht auf Kosten der Privatsphäre. Digitale Infrastruktur, durchdacht und streng datenschutzkonform, kann Mobilität vereinfachen und effizienter machen, ohne dass Menschen ständig überwacht werden.

Wir wollen eine Plattform für alle Verkehrsmittel und setzen auf Echtzeit-Information und einheitliche Abrechnung für Bus, Bahn, Rad, Taxi und Auto-Sharing. Die Anwendung plant optimal von der Haustür bis zum Ziel, Menschen nutzen immer das gerade beste Verkehrsmittel für jede Fahrt.

Fahrpläne, Echtzeit-Informationen, Tarifstrukturen machen wir offen verfügbar. Innovative Anbieter entwickeln so bessere Apps, bessere Routenpläne, bessere Services. Das fördert Wettbewerb und Qualität – ohne dass ein großes Tech-Unternehmen alles kontrolliert.

Wir wollen intelligente Ampelsteuerungen, um so den Verkehrsfluss zu optimieren. Moderne Parkleitsysteme helfen, Zeit zu sparen und Verkehr zu reduzieren.

Ruftaxis fahren auf vorhersehbaren Routen dahin, wo die Nachfrage gering ist und Linienbusse unwirtschaftlich sind. Anrufbusse und Bürgerbusse ergänzen Linienverkehre. So gewährleisten wir mit neuen Konzepten ein verlässlicheres Verkehrssystem gerade auf dem Land.

Anonyme, aggregierte Daten sind für Verkehrsplanung sinnvoll und notwendig. Persönliches Tracking von Privatpersonen ist dabei für uns nicht akzeptabel. Das BSW achtet sorgfältig auf strikte Standards und die Datenautonomie der Nutzer: Keine Massenspeicherung, keine Datenweitergabe an Dritte ohne explizite Zustimmung. Das ist kein technisches Problem – das ist eine Frage von Regelwerk und politischem Willen.

Unsere Ziele:

- Digitale Mobilitätsplattformen: Echtzeit-Information, integrierte Ticketierung, offene Daten – aber mit Datenschutz. Überwachung nein, intelligente Planung ja.
- Einsatz von optimierter Ampelsteuerung und Parkplatzführungssystemen.
- Verwendung anonymer, aggregierter Daten für die Verkehrsplanung.

- Definition strikter Datenschutzstandards: Kein persönliches Tracking, keine Massenspeicherung, keine Datenweitergabe an Dritte ohne explizite Zustimmung.

15.7. Stuttgart 21

Stuttgart 21 steht sinnbildlich für ein gescheitertes Großprojekt, bei dem Kosten bewusst klein gerechnet, Risiken ignoriert und Bürger nicht einbezogen wurden. Viele Mitglieder des BSW sind seit Jahren in der Bewegung gegen das Milliardengrab Stuttgart 21 engagiert. Die Kostenexplosion auf mittlerweile elf Milliarden Euro, ständig neu auftretende Sicherheitsmängel, Zerstörung einer zuvor intakten Innenstadt samt jahrelangem Verkehrschaos und die festgestellten Kapazitätseinbußen geben den Gegnern recht: Das Projekt hätte nie genehmigt werden dürfen. Für eine umfassende Modernisierung des Kopfbahnhofes inklusive der Erhaltung notwendiger Gleise wollen wir die Expertise der S21-Bewegung in die Planungen des Verkehrsministeriums einbeziehen.

Unsere Ziele:

- Umfassende Modernisierung des Kopfbahnhofes – inklusive zukunftsfähigem Nutzungskonzept.
- Einbeziehung der Expertise und Umbaukonzepte der S21-Bewegung in die Planungen des Verkehrsministeriums.

15.8. Barrierefreie Mobilität für alle

Mobilität ist nicht für alle gleich. Menschen mit Behinderungen, Ältere mit Rollator, Eltern mit Kinderwagen, Menschen mit Sehbehinderung – sie alle nutzen Mobilität anders. Eine gerechte Mobilitätspolitik denkt diese Menschen nicht als Ausnahmefall, sondern von Anfang an mit.

Stufenfreie Züge und Busse müssen die Regel sein. Aufzüge müssen verlässlich funktionieren. Taktile Leitsysteme, Echtzeitinformationen in Brailleschrift und Sprachausgabe, klare und große Beschilderung ist Voraussetzung für Teilhabe. Wir wollen ausreichend Servicepersonal, um Menschen mit Behinderungen ohne Bevormundung zu unterstützen.

Breite Zuwege (für Rollator und Rollstuhl), ebene Beläge ohne Stolperkanten, sichere Querungen mit ausreichend Überquerungszeit, Sitzplätze für Ältere – das ist nicht nur für Menschen mit Behinderungen hilfreich, das verbessert die Stadt für alle und beweist ganz praktisch Respekt.

Nicht alle können oder wollen mit moderner Technologie umgehen. Herkömmliche Methoden für Information oder zum Erhalt von Fahrscheinen auf Papier müssen auch in der digitalen Welt gewährleistet sein.

Unsere Ziele:

- Barrierefreie Mobilität für alle: Gehwege, Haltestellen, Fahrzeuge – Menschen mit Behinderungen, Ältere und Eltern mit Kinderwagen müssen überall verlässlich teilhaben können.
- Stufenfreie Züge und Busse als Standard.
- Sicherstellung der zuverlässigen Funktion von Aufzügen an Bahnhöfen.
- Ausbau von taktilen Leitsystemen, Echtzeitinformationen in Brailleschrift, Sprachausgaben und klarer Beschilderung.
- Schaffung sicherer Querungen mit ausreichend Überquerungszeit.
- Beibehaltung analoger Möglichkeiten für die Teilnahme am ÖPNV.
- Steigerung der Aufenthaltsqualität an Umsteigebahnhöfen durch warme Wartebereiche und sanitäre Anlagen.

15.9. Tarifgerechtigkeit: Mobilität ist Grundrecht

Das Deutschlandticket und das D-Ticket JugendBW sind der Schlüssel zu einer sozial gerechten und bezahlbaren Mobilität. Beide wollen wir erhalten und wieder günstiger machen, damit Mobilität für alle Generationen erschwinglich bleibt. Menschen mit Behinderungen, Schüler und Rentner müssen weiter besonders entlastet werden. Dies erfordert eine Ausweitung und Vereinfachung der bestehenden Vergünstigungen, um deren Mobilität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nachhaltig zu fördern und zu

sichern Mobilität ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Das ist keine Großzügigkeit, das ist Gerechtigkeit.

Unser Ziel:

- Dauerhafte Absicherung und Senkung des Preises von Deutschlandticket und D-Ticket JugendBW.